



BA Justiz
E -2 Juni 2015
Act

Stadtpolizei Winterthur Obertor 13 - 8403 Winterthur

Bundesamt für Justiz  
Direktionsbereich Strafrecht  
Bundesrain 20  
3003 Bern

27. Mai 2015

## **Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Umsetzung von Art. 123c BV)**

Sehr geehrte Damen und Herren

Für die Gelegenheit zur Stellungnahme bedanken wir uns bestens.

Das geltende Bundesgesetz vom 13. Dezember 2013 über das Tätigkeitsverbot und das Kontakt- und Rayonverbot trat am 1. Januar 2015 in Kraft. Mit der hier zur Diskussion stehenden Vorlage sollen diese erst seit wenigen Monaten in Kraft stehenden Bestimmungen bereits wieder angepasst werden, allerdings nur beim Tätigkeitsverbot, nicht auch beim Kontakt- und Rayonverbot. Inwiefern sich mit der geplanten Verschärfung (Ausdehnung des Deliktekatalogs, Wegfall einer Mindeststrafe, zwingende Anordnung von Tätigkeitsverboten) tatsächlich eine verstärkte präventive Wirkung entfalten lässt, ist derzeit nicht abzuschätzen, gerade weil die kurze Zeit seit Inkrafttreten keine Evaluation der bereits geltenden Vorschriften zum Tätigkeits-, Rayon- und Kontaktverbot erlaubt.

Aus Sicht der städtischen Polizeikorps, die sich zwar nicht ausschliesslich, aber doch in erster Linie der Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum widmen, kommt dem Kontakt- und Rayonverbot grössere Bedeutung zu als dem Tätigkeitsverbot. Tatsächlich wurde denn auch schon zumindest in einer grösseren Stadt ein Vorstoss zum Erlass von kommunalen Rechtsgrundlagen eingereicht, mit denen man einschlägig verurteilten Personen den Zugang zu öffentlichen Schul- und Sportanlagen hätte verbieten wollen – er wurde mit Hinweis auf das übergeordnete Bundesstrafrecht abgelehnt.

Kontakt- und Rayonverbote erlauben es, dem Verurteilten zu untersagen, mit einer Person oder mit Personen einer bestimmten Gruppen Kontakt aufzunehmen, sich einer Person zu nähern bzw. sich in der Nähe ihrer Wohnung aufzuhalten oder sich an bestimmten Orten aufzuhalten (Art. 67b StGB). Nun konnten zwar auch hinsichtlich dieser vorliegend an sich gar nicht zur Diskussion stehenden Regelungen zum Kontakt- und Rayonverbot aufgrund der kurzen Zeitdauer ihrer Geltung bislang nicht ausreichend praktische Erfahrungen gesammelt werden, die eine empirisch verlässliche Aussage zur tatsächlichen Signifikanz ihrer präventiven Wirkung zulassen. Immerhin kann man in diesem Zusammenhang aber gleichwohl hinterfragen, weshalb die bestehende Regelung von Art. 67b StGB als blosse Kann-Vorschrift ausgestaltet ist. Bereits vor dem 1. Januar 2015 enthielten das Strafgesetzbuch wie auch die Strafprozessordnung Bestimmungen, die es eigentlich schon damals ermöglicht hätten, im Rahmen der Strafrechtspflege auch präventive Gewaltschutzmassnahmen





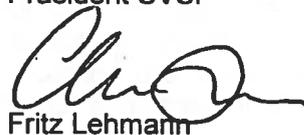
anzuordnen; sie wurden von den zuständigen Organen jedoch nur sehr zurückhaltend angewendet, mutmasslich wegen des mit solchen Anordnungen verbundenen erheblichen Arbeitsaufwandes bei gleichzeitig knappen Personalressourcen (vgl. dazu die Kritik im forumpoenale 2013, S. 229 ff.).

Will man dem Anliegen der Volksinitiative auch für den Bereich der Sicherheit im öffentlichen Raum, namentlich in der eher anonymen urbanen Umgebung, Rechnung tragen, so wäre aus unserer Sicht zu erwägen, ob nicht auch mit einer Verschärfung von Art. 67b StGB – zwingende Anordnung von Kontakt- und Rayonverboten unter bestimmten Voraussetzungen – ein Gewinn an Sicherheit erzielt werden könnte. Beispielsweise könnte man Eltern damit die Angst nehmen, dass Personen sich im Umfeld von Schul- und Sportanlagen aufhalten, die wegen Delikten gegen die sexuelle Integrität von Kindern (z.B. Art. 187 oder Art. 194 StGB) verurteilt worden sind. Die Initiative strebt offensichtlich die Unterbindung jeglichen Kontaktes von pädophilen Personen zu Minderjährigen oder zu anderen besonders schutzbedürftigen Personen an, weshalb Art. 67a Abs. 5 Bst. b des Entwurfs auch Tätigkeiten von einem Verbot erfasst wissen will, die vorwiegend oder wiederholt Dienstleistungen in Einrichtungen wie Schulen oder Pflegeanstalten und dergleichen anbieten (wie etwa Hauswartung, Reinigungspersonal) – mithin nicht allein solche, die den direkten Kontakt mit Minderjährigen betreffen (z.B. Lehrpersonen, Betreuungspersonal). Dann sollte man aber neben der zwingenden Anordnung von Tätigkeitsverboten konsequenterweise auch von Gesetzes wegen verhindern müssen, dass einschlägig verurteilte Personen sich in der Umgebung ebensolcher Einrichtungen aufhalten – und zwar unabhängig davon, ob diese Personen regelmässig beruflich oder im organisierten ausserberuflichen Rahmen mit potentiellen Opfern in Berührung kommen.

Im Zusammenhang mit dem Vollzug von Tätigkeits-, Rayon- und Kontaktverboten weisen wir abschliessend vollständigkeithalber darauf hin, dass mit der zur Zeit ebenfalls laufenden Revision des Strafregisterrechts (neues Strafregistergesetz) der Zugriff der Polizei – und zwar auch der städtischen, nicht nur der kantonalen Polizeikörper – auf das Strafregister gewährleistet sein sollte. Das ist heute nicht der Fall, was sich mit Blick auf den auch mit der vorliegenden Novelle verfolgten besseren Schutz vor (Gewalt-)Straftaten als suboptimal erweist. Werden künftig einem verurteilten Sexualstraftäter zur Prävention einschneidende Verbote auferlegt, müsste deren Einhaltung nicht allein von einer allenfalls gleichzeitig angeordneten Bewährungshilfe überprüft werden können, sondern auch von der Polizei, zumal ihre Missachtung mit Vergehensstrafe bedroht (Art. 294 StGB) ist. Sinnvollerweise sollte die Polizei bei drohenden Wiederholungsfällen nicht erst auf Anzeige hin einschreiten können, sondern möglichst noch bevor die betreffende Person von neuem delinquent. In diesem Sinne sieht denn auch das geltende Recht schon heute die Möglichkeit der technischen Überwachung von Kontakt- und Rayonverboten vor (electronic monitoring, Art. 67b Abs. 3 StGB). Ein umfassender Einblick der Polizei ins Strafregister erlaubte die Feststellung, ob eine bestimmte Person mit Tätigkeits-, Rayon- und/oder Kontaktverboten belegt ist (vgl. Art. 371 a Abs. 3 StGB). Je mehr mit dem Strafrecht Sicherheit angestrebt wird, desto stärker verlagert sich der Schwerpunkt der Intervention in zeitlich frühere Stadien und umso zentraler wird die Rolle der Polizei im Strafprozess. Folglich sollten ihr auch die entsprechenden Mittel und Möglichkeiten eingeräumt werden.

Für die wohlwollende Berücksichtigung unserer Stellungnahme danken wir Ihnen im Voraus.

Freundliche Grüsse  
Präsident SVSP



Fritz Lehmann





SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND  
UNION PATRONALE SUISSE  
UNIONE SVIZZERA DEGLI IMPRENDITORI

Eidg. Justiz- und Polizeidepartement EJPD  
3003 Bern

[corine.kloeti@bj.admin.ch](mailto:corine.kloeti@bj.admin.ch)  
[franziska.zumstein@bj.admin.ch](mailto:franziska.zumstein@bj.admin.ch)

Zürich, 4. Juni 2015/sm  
maeder@arbeitgeber.ch

**Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärgesetzes (Umsetzung von Art. 123c BV);  
Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 18. Mai 2015 wurden wir zur Stellungnahme zum obengenannten Geschäft eingeladen. Für die uns dazu gebotene Gelegenheit danken wir Ihnen bestens.

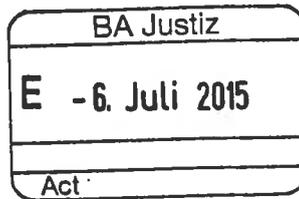
Da die Vorlage nicht unter die durch den Schweizerischen Arbeitgeberverband behandelten Themen fällt, resp. die Arbeitgeber nicht direkt betrifft, verzichten wir auf eine Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüssen

SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND

Prof. Dr. Roland A. Müller  
Direktor





Office fédéral  
de la justice  
Domaine de direction Droit pénal  
Bundesrain 20  
3003 Berne  
[corine.kloeti@bj.admin.ch](mailto:corine.kloeti@bj.admin.ch),  
[franziska.zumstein@bj.admin.ch](mailto:franziska.zumstein@bj.admin.ch)

Berne, le 29.06.2015

**Consultation sur la modification du code pénal et du code pénal militaire (mise en oeuvre de l'article 123c Cst)**

Madame, Monsieur,

AvenirSocial, l'association suisse des professionnel-le-s du travail social, vous remercie de l'opportunité de prendre part à la consultation portant sur la mise en œuvre de l'initiative « Pour que les pédophiles ne travaillent plus avec les enfants », adoptée par le peuple le 18 mai 2014. De nombreux professionnel-le-s du travail social étant en contact réguliers avec des enfants et des personnes particulièrement vulnérables, AvenirSocial est fortement concerné par cette question et considère la lutte contre les abus sexuels comme une thématique centrale. C'est pourquoi elle s'engage notamment dans le cadre de la Charte pour la prévention des abus sexuels, de la maltraitance et d'autres formes de violation de l'intégrité. Au niveau politique, AvenirSocial s'est également prononcé à de nombreuses reprises sur cette question, que ce soit dans le cadre de la consultation relative à l'interdiction d'exercer une activité, l'interdiction de contact et l'interdiction géographique, qu'elle a soutenue, et sur l'initiative populaire en question, qu'elle a appelé à rejeter, malheureusement sans succès.

**Considérations générales**

AvenirSocial salue la proposition du Conseil fédéral et privilégie l'option 1, en particulier car elle garantit le respect du principe de proportionnalité. Ainsi, ce principe phare de la Constitution suisse et de la CEDH peut être garanti, avec une marge de manœuvre (certes extrêmement limitée et uniquement pour les cas de faible gravité) pour les juges. La clause permettant aux juges de ne pas prononcer d'interdiction d'exercer une activité professionnelle ou extra-professionnelle en cas de cas de faible gravité (notamment lors de relations consenties entre adolescent-e-s) nous semble ainsi pertinente et adaptée pour le domaine social.

En ce qui concerne les personnes à protéger, le rapport du Conseil fédéral, se basant sur le texte de l'initiative, désigne quatre catégories de victimes potentielles : les enfants, les personnes incapables de résistance, les personnes incapables de discernement et les personnes dépendantes. De nombreux usager-e-s du travail social appartiennent à l'une ou à l'autre de ces catégories, que cela soit dans les crèches, les institutions pour enfants ou personnes handicapées, les services sociaux en charge de l'aide sociale (rapport de dépendance économique), pour les travailleurs sociaux en milieu scolaire, etc. Compte tenu donc de l'étendue des personnes à protéger, l'option 1, telle que préconisée par le Conseil fédéral, nous semble particulièrement adaptée, laissant au juge une marge d'appréciation sur l'interdiction systématique d'exercer une activité, professionnelle ou bénévole.

Enfin, la question juridique (pages 15 et 16 du rapport du Conseil fédéral) de savoir si le fait d'interdire à une personne condamnée pour les motifs mentionnés ci-dessus d'exercer une profession implique que la profession soit soumise à autorisation ou non est particulièrement pertinente pour le travail social, dans la mesure où tout un chacun peut aujourd'hui se déclarer et exercer comme travailleur/travailleuse sociale. En effet, de nombreuses personnes exerçant en tant que travailleurs sociaux sont sans formation dans ce domaine, c'est pourquoi AvenirSocial s'engage pour que le travail social soit protégé, au même titre que de nombreuses autres professions, et souhaite que l'ensemble des personnes exerçant dans ce cadre bénéficient d'une formation adaptée. Elle rend attentif le Conseil fédéral à la nécessité de traiter rapidement de cette thématique au niveau politique et juridique, indépendamment de cette question.

En l'absence de l'existence d'un Ordre du travail social, qui pourrait par exemple exclure un membre de la profession, AvenirSocial cherche à promouvoir l'éthique au sein de la profession, notamment en édictant un Code de déontologie du travail social en Suisse et en cordonnant une Commission d'éthique du travail social, qui peut être interpellée par des professionnel-le-s du domaine.

#### **Commentaires par article**

##### **- Art 50a, al. 5**

La liste d'activités mentionnée dans cet article est très générale et ne couvre pas tous les champs du travail social (animation et maître socio-professionnel notamment, qui sont fréquemment en contact avec des enfants ou des personnes vulnérables). Une formulation explicite relative à tous les champs professionnels du travail social permettrait d'améliorer le degré de précision de cet article. Par ailleurs, AvenirSocial salue le fait que ces dispositions s'appliquent à l'ensemble des personnes travaillant dans des établissements offrant des prestations à des mineurs ou des personnes particulièrement vulnérables.

##### **- Art 371a, al.1 et 3**

Nous saluons le fait que le casier judiciaire spécial soit également valable pour les postes en contact avec des personnes nécessitant une protection spéciale, et plus uniquement aux mineurs.

Concernant la mise en œuvre du casier judiciaire spécial, AvenirSocial souligne que si l'introduction d'un tel dispositif présente des avantages certains pour les employé-e-s (notamment en terme de protection des données) dans la mesure où il est ciblé sur les délits passés en lien avec l'activité, il pose de l'autre côté un certain nombre de problèmes dans la mise en œuvre, tel que cela a pu être constaté ces derniers mois. L'information sur les droits et devoirs des employeurs comme des employés doit encore être améliorée, compte tenu du fait que c'est une démarche volontaire de la part des employeurs. Cela soulève encore de nombreuses questions, particulièrement dans le travail social, qui est composé de nombreuses petites structures et ne doit pas être donné un faux sentiment de sécurité aux employeurs. Le casier judiciaire spécial est en effet loin d'être une garantie absolue face à des actes pédo-criminels dans une institution.

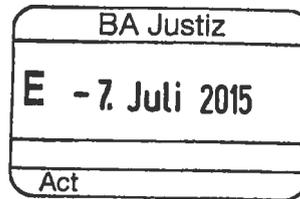
Au contraire, AvenirSocial tient à rappeler que la prévention est la méthode la plus efficace pour lutter contre les actes pédophiles, en particulier dans le domaine familial, et appelle le Conseil fédéral à dégager suffisamment de moyens dans ce domaine. Par ailleurs, la question de la formation des employé-e-s en contact direct avec des enfants et des personnes particulièrement vulnérables est centrale, notamment en terme de détection et d'intervention, et c'est pourquoi AvenirSocial s'engage que l'ensemble des personnes actives dans le travail social disposent d'une formation adéquate et spécifique en travail social.

Nous vous remercions de l'attention que vous accordez à notre réponse et vous transmettons, Madame, Monsieur, nos meilleures salutations.



AvenirSocial  
Émilie Graff et Stéphane Beuchat  
Co-secrétaires généraux





**Geschäftsstelle**

Bundesamt für Justiz  
Direktionsbereich Strafrecht  
Bundesrain 20  
3003 Bern

Aarau, 1. Juli 2015 He/100

**Vernehmlassungsverfahren  
Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes  
(Umsetzung Art. 123c BV)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Sommaruga  
Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung vom 18. Mai 2015 zur Vernehmlassung betreffend die Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Umsetzung Art. 123c BV) bedanken wir uns recht herzlich.

Der Zentralvorstand des Schweizerischen Turnverbandes hat die Vernehmlassungsvorlage mit Interesse zur Kenntnis genommen und intensiv diskutiert. Obwohl man von der Wichtigkeit einer möglichst konsequenten Handhabung und Umsetzung des Art. 123c BV überzeugt ist, anerkennt man doch auch die Notwendigkeit, in bestimmten Fällen die Verhältnismässigkeit des Grundrechtseingriffs zu prüfen. Gerade im Vereinswesen ergeben sich immer wieder Situationen, in denen es zu einer einvernehmlichen Jugendliebe kommen kann und deshalb eine Härtefallbestimmung zur Anwendung kommen soll. Aus diesem Grund unterstützt der Zentralvorstand des Schweizerischen Turnverbandes die vorgeschlagene Variante 1, welche eine solche Härtefallbestimmung in gewissen ausserordentlichen Fällen vorsieht.

Wir bitten Sie, sehr geehrte Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, unsere Stellungnahme in diesem Sinne entgegenzunehmen und in die Weiterbehandlung einfließen zu lassen.

Freundliche Grüsse  
**SCHWEIZERISCHER TURNVERBAND**  
Zentralvorstand

Erwin Grossenbacher  
Zentralpräsident

Ruedi Hediger  
Geschäftsführer

Main Partner

cornercard

Co-Partner

SWICA

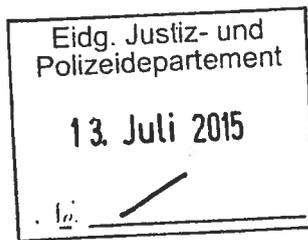
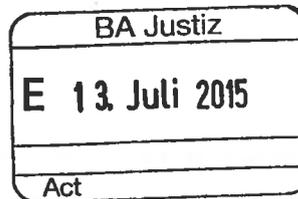
asics.

Bahnhofstrasse 38  
Postfach  
CH-5001 Aarau

+41 62 837 82 00  
www.stv-fsg.ch

CHE-107.083.938 MWST





Frau Bundesrätin  
Simonetta **Sommaruga**  
Bundesamt für Justiz  
Direktionsbereich Strafrecht  
Bundesrain 20  
3003 **Bern**

Zollikon, den 7. Juli 2015

**Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens:  
Änderung Strafgesetzbuch und Militärstrafgesetz (Umsetzung von Art. 123c BV)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihr Schreiben vom 18. Mai und die damit verbundene Einladung zur Stellungnahme im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zur Umsetzung von Art. 123c BV danken wir Ihnen. Gerne legen wir Ihnen unsere Überlegungen dar, wie Art. 123c BV korrekt umgesetzt werden kann.

**Bundesverfassung** (Initiativ- und heutiger Verfassungstext)

Art. 123c (neu) Massnahme nach Sexualdelikten an Kindern oder an zum Widerstand unfähigen oder urteilsunfähigen Personen.

Personen, die verurteilt werden, weil sie die sexuelle Unversehrtheit eines Kindes oder einer abhängigen Person beeinträchtigt haben, verlieren endgültig das Recht, eine berufliche oder ehrenamtliche Tätigkeit mit Minderjährigen oder Abhängigen auszuüben.

**Die Variante 1 des Bundesrates lehnen wir ab. Aus unserer Sicht kommt nur Variante 2 in Frage. Sodann ist bezüglich der Jugendlieben eine spezielle Ausnahmebestimmung vorzusehen.**

**1.1. Begrifflichkeiten**

Betreffend die Begrifflichkeiten stellt sich zunächst die Frage nach dem Täterkreis sowie nach der Bedeutung bzw. Tragweite des Begriffs „endgültig“.

Hinsichtlich des möglichen **Täterkreises** ist zu klären, ob auch **minderjährige Täter** von der Bestimmung erfasst werden sollen und ob die Bestimmungen ausschliesslich für **Pädophile im Sinne der Psychiatrie** Geltung entfalten sollen. Nach Auffassung des Bundesrates soll der Kreis der betroffenen Täter auf erwachsene Personen beschränkt werden<sup>1</sup>. Die Regierung begründet dies namentlich mit der „Eingriffsintensität der vorgeschlagenen Massnahme (zwingendes und lebenslangliches Tätigkeitsverbot)“<sup>2</sup>. Wengleich diese Begründung etwas erstaunt, ist zu unterstützen, dass Täter unter 18 Jahren von der Pädophilen-Initiative nicht erfasst werden sollen.

Ebenso ist der Begriff „**endgültig**“ klar. Der Bundesrat hält entsprechend im Erläuternden Bericht fest: „Sind die Voraussetzungen erfüllt, ist ein lebenslangliches Tätigkeitsverbot zu verhängen“<sup>3</sup>. Die Voraussetzungen wiederum sind erfüllt, wenn eine entsprechende **Verurteilung** vorliegt.

Vor diesem Hintergrund sind die Vorschläge des Bundesrates, den Art. 123c BV aufzuweichen und z.B. eine Möglichkeit zur Überprüfung der Aufrechterhaltung des Tätigkeitsverbots zu schaffen<sup>4</sup>, klar abzulehnen. Dass das Aufrechterhalten des Tätigkeitsverbots „nicht sachgerecht“ sei, wenn vom Täter „keine Gefahr mehr“ ausgehe, ist eine gefährliche und mit dem Text der Initiative nicht vereinbare Annahme.

<sup>1</sup> Erläuternder Bericht, S. 17.

<sup>2</sup> Erläuternder Bericht, S. 28.

<sup>3</sup> Erläuternder Bericht, S. 16.

<sup>4</sup> Erläuternder Bericht, S. 26.

## 1.2. Zum Prinzip der Verhältnismässigkeit

Wie dem Erläuternden Bericht zu entnehmen ist, beabsichtigt der Bundesrat, verschiedene Ausnahmen zum lebenslangen Tätigkeitsverbot vorzusehen. Er argumentiert diesbezüglich mit dem Prinzip der **Verhältnismässigkeit** (Art. 5 BV). Da der Grundsatz der Verhältnismässigkeit quasi ein „Leitgedanke“ der gesamten Rechtsordnung sei, ist dieser nach Auffassung des Bundesrates wichtiger als Art. 123c BV: „Da der Grundsatz das gesamte Staatshandeln leitet, kommt er auch bei der Verfassungsinterpretation zur Anwendung (...)“<sup>5</sup>.

Der Bundesrat schafft damit faktisch **zwei Kategorien von Verfassungsrecht** – etwas, was unserer Rechtsordnung bislang **unbekannt** war: Die herrschende Lehre geht von der **Gleichrangigkeit aller Verfassungsbestimmungen** aus<sup>6</sup>.

In der Lehre wird die Auffassung vertreten, dass das Verhältnismässigkeitsprinzip nur dann von einer anderen Verfassungsnorm derogiert werden kann, wenn dies in der derogierenden Norm explizit zum Ausdruck kommt<sup>7</sup>. Dieser Überlegung ist zuzustimmen, wobei anzufügen ist, dass es mitunter nicht um eine Derogation, sondern vielmehr um eine **Konkretisierung** des Verhältnismässigkeitsprinzips geht.

- Das **Verhältnismässigkeitsprinzip ist kein absoluter Wert**: Die Anwendung dieses Grundsatzes bedarf immer einer Konkretisierung. Bestimmungen wie Art. 123c BV stellen also keinen Widerspruch zum Verhältnismässigkeitsprinzip dar, sondern geben vielmehr den Rahmen vor, wie dieses zu **konkretisieren** ist. Die Konkretisierung des Verhältnismässigkeitsprinzips wiederum ist nicht nur eine juristische Frage, sondern ist auch immer mit persönlichen und politischen Wertungen verbunden<sup>8</sup>.
- Die schweizerische Bundesverfassung hält in **Art. 11** einen **besonderen Schutz der Unversehrtheit** von Kindern und Jugendlichen fest: „Kinder und Jugendliche haben Anspruch auf besonderen Schutz ihrer Unversehrtheit und auf Förderung ihrer Entwicklung“. Dieser Artikel wäre, da die von Art. 10 Abs. 2 gewährleistete körperliche und geistige Unversehrtheit Gegenstand des Schutzanspruchs ist, an sich verfassungsrechtlich gar nicht notwendig. Trotzdem entschied sich der Verfassungsgeber für diese Bestimmung, weil man der Auffassung war, die „Schwäche und Abhängigkeit, Erziehungs- und Betreuungsbedürftigkeit von Minderjährigen“ erfordere einen besonderen, über Art. 10 Abs. 2 hinausgehenden Schutz<sup>9</sup>. Diese Bestimmung korreliert direkt mit Art. 123c BV und eröffnet keinerlei Spannungsfelder zu letztgenannter Bestimmung.

Nach Auffassung des überparteilichen Komitees ist klar: **Der Schutz neuer potentieller Opfer muss einen höheren Stellenwert haben, als der Wunsch des Täters, wieder mit potentiellen Opfern arbeiten zu können**. Dies kommt in Art. 123c BV klar zum Ausdruck. Der deutliche Entscheid von Volk und Ständen in der Abstimmung vom 18. Mai 2014 untermauert dies. Sodann ist anzuführen, dass das Tätigkeitsverbot **keine Strafe** ist, sondern vielmehr eine **präventive Massnahme**, welche Wiederholungstaten und damit weitere Opfer verhindern soll.

Das von Art. 123c BV vorgegebene Tätigkeitsverbot bezieht sich, wie der Wortlaut klar zum Ausdruck bringt, lediglich auf berufliche oder ehrenamtliche **Tätigkeiten mit Minderjährigen oder Abhängigen**. Das Tätigkeitsverbot gilt nur für diesen Bereich: Ein verurteilter Täter kann alle anderen beruflichen und ehrenamtlichen Tätigkeiten, welche nicht mit Minderjährigen oder Abhängigen zu tun haben, uneingeschränkt ausüben. Die Verhältnismässigkeit des Eingriffs ist deshalb durchaus gegeben, weil sich dieser nur auf einen bestimmten Bereich beschränkt.

<sup>5</sup> Erläuternder Bericht, S. 11.

<sup>6</sup> Vgl. etwa René Rhinow/Markus Schefer, Schweizerisches Verfassungsrecht, 2. Auflage, Basel 2009, S. 14: „Grundsätzlich nehmen alle Normen der Bundesverfassung die *gleiche Ranghöhe* ein.“ Ähnlich auch Bernhard Ehrenzeller, Vorbemerkungen zu Art. 1-6, in: Bernhard Ehrenzeller/Benjamin Schindler/Rainer J. Schweizer/Klaus A. Vallender (Hg.), Die schweizerische Bundesverfassung. St. Galler Kommentar, 3. Auflage, Zürich/St. Gallen 2014, S. 65: „Wohl handelt es sich bei diesen ‚Allgemeinen Bestimmungen‘ um gleichrangige Verfassungsnormen. Als ‚allgemeiner Teil‘ aber durchdringen diese Grundsatzbestimmungen in ihrer Wirkung die anderen Ziele der Verfassung (...)“.

<sup>7</sup> D. Hofstetter, Verhältnismässigkeit als Grundsatz rechtsstaatlichen Handelns, S. 62.

<sup>8</sup> Vgl. hierzu bspw. Benjamin Schindler/Tobias Tschumi, Art. 5 BV: Grundsätze rechtsstaatlichen Handelns, in: Bernhard Ehrenzeller/Benjamin Schindler/Rainer J. Schweizer/Klaus A. Vallender (Hg.), Die schweizerische Bundesverfassung. St. Galler Kommentar, 3. Auflage, Zürich/St. Gallen 2014, S. 126: „Die Frage, welche *gesetzgeberische* Lösung den Verhältnissen angemessen ist, dürfte – ähnlich wie beim öffentlichen Interesse – in erster Linie eine politische Wertungsfrage sein.“

<sup>9</sup> Vgl. hierzu Ruth Reusser/Kurt Lüscher, Art. 11 BV: Schutz der Kinder und Jugendlichen, in: Bernhard Ehrenzeller/Benjamin Schindler/Rainer J. Schweizer/Klaus A. Vallender (Hg.), Die schweizerische Bundesverfassung. St. Galler Kommentar, 3. Auflage, Zürich/St. Gallen 2014, S. 315.

Sodann stellt sich im Zusammenhang mit dem Verhältnismässigkeitsprinzip die Frage, ob die Verhängung eines Tätigkeitsverbots vom Vorliegen einer **Mindeststrafe** abhängen soll. Die Initiative gibt explizit **keine Mindestanforderungen** bezüglich der Höhe der ausgefallenen Strafe vor.

Vor diesem Hintergrund ist der Vorschlag des Bundesrats, ein lebenslanges Tätigkeitsverbot bei Strafbefehlen (Strafen bis zu sechs Monaten) auszuschliessen<sup>10</sup>, klar abzulehnen. Dieser Gedanke, welcher faktisch auf das Erfordernis einer Mindeststrafe hinauslief, widerspricht der Initiative.

## 2. Umsetzungsvorschläge des Bundesrates: Varianten

### 2.1. Varianten des Bundesrates

Die Variante 1 des Bundesrates zu Absatz 4<sup>ter</sup> („Richterliches Ermessen in Härtefällen“) ist abzulehnen: Sie würde nicht einer korrekten Umsetzung der Initiative entsprechen.

Eine **Härtefallregelung** bzw. Ausnahmen für „leichte Fälle“<sup>11</sup> würden Tür und Tor für Ausnahmen öffnen: Die bundesrätliche Variante 1 sieht in Art. 67 Abs. 4<sup>ter</sup> StGB **nur in gewissen Fällen** zwingend ein **lebenslangliches Tätigkeitsverbot** vor: bei Art. 182 (Menschenhandel), Art. 189 (Sexuelle Nötigung), Art. 190 (Vergewaltigung), Art. 191 (Schändung) sowie Art. 195 (Förderung der Prostitution)<sup>12</sup>.

Das heisst umgekehrt: Bei folgenden anderen Delikten sollen gemäss Auffassung des Bundesrates **Ausnahmen für ein lebenslangliches Tätigkeitsverbot** möglich sein:

- Art. 187 (Sexuelle Handlungen mit Kindern)
- Art. 188 (Sexuelle Handlungen mit Abhängigen)
- Art. 192 (Sexuelle Handlung mit Anstaltspfleglingen, Gefangenen, Beschuldigten)
- Art. 193 (Ausnützung der Notlage)
- Art. 194 (Exhibitionismus, Antragsdelikt)
- Art. 197 (Pornographie)
- Art. 198 (Sexuelle Belästigung, Antragsdelikt)

Es ist zu befürchten, dass es bei einer Härtefallregelung für „leichte Fälle“ vor allem bei sexuellen Handlungen mit Kindern (Art. 187) und Kinderpornographie (Art. 197 Abs. 4) **etliche Ausnahmen** geben wird. Straftäter erhalten bei Verurteilungen aufgrund dieser Delikte oft bedingte Geld- oder Freiheitsstrafen. Sprechen die Richter so **milde Urteile** aus, ist davon auszugehen, dass sie auch **kein Berufsverbot** verhängen werden.

Die vom Bundesrat stets erwähnten Fälle, wo ein Tätigkeitsverbot „offensichtlich nicht notwendig“ sei, erweisen sich als **nicht stichhaltig**<sup>13</sup>. Fälle wie die angeführten Geschichten mit der Kioskfrau, dem Sozialpädagogen oder den Jugendlichen, die sich Pornos zeigen, führen offensichtlich **kaum je zu Problemsituationen**. Verschiedene diesbezügliche Anfragen im Nationalrat konnte der Bundesrat nicht mit dem Verweis auf konkrete Urteile beantworten:

- 15.5300, Rickli Natalie, [www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch\\_id=20155300](http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20155300)
- 15.3301, Rutz Gregor, [www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch\\_id=20155301](http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20155301)
- 15.5310, Darbellay Christophe, [www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch\\_id=20155310](http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20155310)
- 15.5304, Guhl Bernhard, [www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch\\_id=20155304](http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20155304)

Dies deutet darauf hin, dass es diese **Probleme** offensichtlich **gar nicht gibt** bzw. dass die Gerichte bereits heute den **notwendigen Spielraum** haben, um befriedigende Urteile zu fällen.

**Variante 1 kommt aus genannten Gründen u.E. nicht in Frage.** Für die obenstehenden Delikte ist ein Berufsverbot zwingend. Vor diesem Hintergrund sind wir der Auffassung, dass Variante 2 weiterzuverfolgen ist, die keine Ausnahmen in Art. 67 StGB vorsieht<sup>14</sup>.

<sup>10</sup> Erläuternder Bericht, S. 27 f.

<sup>11</sup> Vgl. Erläuternder Bericht, S. 34.

<sup>12</sup> Erläuternder Bericht, S. 34.

<sup>13</sup> Vgl. hierzu Erläuternder Bericht, S. 34 f.

<sup>14</sup> Erläuternder Bericht, S. 35.

## 2.2. Tätigkeitsverbot bei Strafbefehlen

Der Bundesrat schlägt vor, bei **Strafbefehls- oder Strafmandatsverfahren**, welche bei Strafen von bis zu sechs Monaten zur Anwendung gelangen können, ein **Tätigkeitsverbot auszuschliessen**<sup>15</sup>. Die Auffassung des Bundesrats, in den genannten Fällen ein lebenslanges Tätigkeitsverbot auszuschliessen, ist abzulehnen – sie **widerspricht der Initiative**. Die Argumentation, dass ein lebenslangliches Verbot „keine geringfügige Sanktion“ sei, was Spannungsfelder zur milden Strafe des Strafbefehls eröffnen könnte, ist ein Hohn für jedes Opfer.

Hingegen ist es aufgrund der oben erwähnten Gründe richtig, ein Tätigkeitsverbot im Rahmen des **Jugendstrafrechts** auszuschliessen<sup>16</sup>.

## 3. Regelung der sog. „Jugendlieben“

**Liebesbeziehungen unter Jugendlichen** waren im Abstimmungskampf verschiedentlich ein Thema. Über Parteigrenzen hinweg war man sich einig, dass solche Konstellationen – mitunter auch wenn die Grenze der Strafbarkeit überschritten ist – **nicht Grund für ein Tätigkeitsverbot** sein sollen.

Der Bundesrat hat dieses Anliegen aufgegriffen: Bei Jugendlieben soll richterliches Ermessen möglich sein<sup>17</sup>. Der Bundesrat will solche Fälle über seine Variante 1 lösen, indem in Art. 67 „leichte Fälle“ definiert werden. Dieser Ansatz ist u.E. falsch: Besser wäre eine Regelung in Art. 187 StGB.

An der strafrechtlichen Regelung von Jugendlieben, am Schutzalter und an den Voraussetzungen zur Strafbarkeit soll nichts geändert werden – dies war auch nicht Gegenstand der Debatte um den neuen Art. 123c BV.

Vor diesem Hintergrund schlagen wir vor, Art. 187 StGB wie folgt zu ändern:

### Art. 187 Ziff. 5 StGB (neu)

Hat der Täter zur Zeit der Tat das 22. Altersjahr noch nicht zurückgelegt und besteht zum mindestens 14jährigen Opfer eine Liebesbeziehung, ist unabhängig von einer Verurteilung Artikel 67 Absatz 3 nicht anwendbar.

Mit obigem Formulierungsvorschlag könnten folgende Wirkungen erzielt werden:

- Fälle von **Jugendlieben** werden **gezielt geregelt**: Ausnahme vom lebenslangen Tätigkeitsverbot, wenn eine Liebesbeziehung vorliegt und die Beteiligten höchstens 22 und mindestens 14 Jahre alt sind.
- An der **Strafbarkeit** wird **nichts geändert**: Das Schutzalter etc. bleibt bestehen. Sind die Tatbestandsmerkmale erfüllt, kommt es zu einer Verurteilung. Liegt das Alter von Täter und Opfer zwischen 14 und 22 Jahren, erfolgt aber kein lebenslangliches Tätigkeitsverbot.

Zudem hat der Richter nach wie vor die Möglichkeit, ein befristetes Tätigkeitsverbot zu verhängen, falls er dies für angezeigt hält.

## 4. Obligatorische regelmässige Überprüfung des Tätigkeitsverbots

Die Initiative formuliert **eindeutig**, dass verurteilte Personen **endgültig** das Recht verlieren, eine Tätigkeit mit Minderjährigen oder Abhängigen auszuüben. Es ist unverständlich, dass der Bundesrat diesen klaren Grundsatz in Art. 123c BV nicht umsetzen will. Am lebenslangen Tätigkeitsverbot ist festzuhalten.

Dass solche Täter zwingend durch Bewährungshilfe überwacht und betreut werden, ist sinnvoll und ist zusätzlich zum lebenslangen Tätigkeitsverbot umzusetzen. Ebenso ist der Begriff „endgültig“ klar – dies hält der Bundesrat klar fest: „Sind die Voraussetzungen erfüllt, ist ein lebenslangliches Tätigkeitsverbot zu verhängen“<sup>18</sup>. Die Voraussetzungen wiederum sind erfüllt, wenn eine entsprechende Verurteilung vorliegt.

Vor diesem Hintergrund sind wir dezidiert der Auffassung, dass der vorgeschlagene **Art. 67c** im Vorentwurf des Bundesrates, welcher eine **Überprüfung auf Gesuch des Täters** hin erlauben würde, **abzulehnen** ist<sup>19</sup>.

<sup>15</sup> Erläuternder Bericht, S. 27f.

<sup>16</sup> Erläuternder Bericht, S. 28f, vgl. oben Kap. 1.1.

<sup>17</sup> Vgl. z.B. Erläuternder Bericht, S. 21.

<sup>18</sup> Erläuternder Bericht, S. 16.

<sup>19</sup> Erläuternder Bericht, S. 38.

## 5. Strafregisterrecht

Für eine korrekte Umsetzung der Initiative ist es von zentraler Bedeutung, dass ein Tätigkeits-, wie auch ein Kontakt- oder Rayonverbot **nicht vor dem Ablauf des Verbots** aus dem Strafregister **entfernt** wird. Dass der Bundesrat dies für den Sonderprivatauszug sicherstellen will, ist aus unserer Sicht zwingend – bei einem lebenslänglichen Verbot auch lebenslänglich.

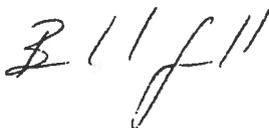
Umgekehrt erachten wir es als **falsch**, wenn diese Verbote bereits nach der Hälfte der Dauer oder nach einer bestimmten Frist aus dem **Privatauszug** bzw. aus dem **Strafregister gelöscht** oder **entfernt** werden. Entsprechende Anpassungen im Strafregisterrecht müssen zwingend vorgenommen werden – anders ist es nicht möglich, Art. 123c BV korrekt umzusetzen. Ein lebenslängliches Verbot muss auch lebenslänglich ersichtlich sein; ansonsten verkommt die Vorschrift zur Farce.

Für die Berücksichtigung unserer Überlegungen danken wir Ihnen und stehen für weitere Rückfragen gerne zur Verfügung.

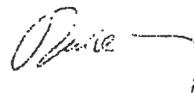
Mit freundlichen Grüßen,



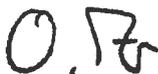
Christine Bussat  
Initiantin



Bernhard Guhl  
Nationalrat BDP



Christophe Darbellay  
Nationalrat CVP



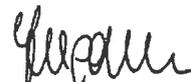
Oskar Freysinger  
Nationalrat SVP



Brigitte Häberli  
Ständerätin CVP



Natalie Rickli  
Nationalrätin SVP



Gregor Rutz  
Nationalrat SVP



## Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Swiss Olympic

Abkürzung der Firma / Organisation : -

Adresse : Haus des Sports, Talgutzentrum 27, 3063 Ittigen

Kontaktperson : Roger Schnegg

Telefon : 031 359 71 50

E-Mail : roger.schnegg@swissolympic.ch

Datum : 12. August 2015

## Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Umsetzung von Art. 123c BV)

Allgemeine Bemerkungen	
Name/Firma	Bemerkung/Anregung
	<p><b>Allgemeine Würdigung</b></p> <p>Swiss Olympic ist der Dachverband der Schweizer Sportverbände und zugleich Nationales Olympisches Komitee der Schweiz. Ihm sind 84 Sportverbände angegliedert, die sowohl olympische als auch nichtolympische Sportarten vertreten und in über 20'000 Vereinen rund 1.6 Mio. Mitglieder zählen. Swiss Olympic vertritt die Interessen des privatrechtlichen Bereichs des Schweizer Sports gegenüber der Öffentlichkeit, den Behörden sowie den nationalen und internationalen Organisationen. Wir erlauben uns deshalb, aus Sicht des Dachverbandes der Schweizer Sportverbände zur Vorlage Stellung zu nehmen.</p> <p>Swiss Olympic nimmt im 6. Prinzip der Ethik-Charta im Sport Stellung gegen jegliche Gewalt, Ausbeutung und sexuelle Übergriffe. Mit einem eigenen Programm engagiert sich Swiss Olympic mit seinen 84 angeschlossenen nationalen Verbänden für den Schutz von Kindern und Jugendlichen und von besonders schutzbedürftigen Menschen im Sport.</p> <p>Der Vorschlag zur Umsetzung von Art. 123c BV im Strafgesetzbuch und im Militärstrafgesetz unterstützt die jahrelangen Bemühungen im Bereich Prävention von sexuellen Übergriffen.</p> <p>Swiss Olympic stützt den Vorschlag des Bundesrates das neue Tätigkeitsverbot im Straf- und Militärstrafgesetz eng am Wortlaut der Verfassungsbestimmung umzusetzen, bzw. im Rahmen einer eng formulierten Härtefallbestimmung, leichten Fällen Rechnung zu tragen (gemäss Variante 1).</p>
	<p><b>Pädophile Neigung - Lebenslanges Tätigkeitsverbot</b></p> <p>In der Diskussion mit mehreren Fachpersonen ist Swiss Olympic zum Schluss gekommen, dass ein Täter mit einer pädophilen Neigung nie mehr im Bereich des Kinder- und Jugendsports eingesetzt werden darf.</p> <p>Das lebenslange Tätigkeitsverbot für pädophile Straftäter auch im ehrenamtlichen Umfeld, stellt für Swiss Olympic eine wichtige und unverzichtbare Massnahme dar.</p>
	<p><b>Jugendliebe und Verhältnismässigkeit</b></p> <p>Im organisierten Sport werden die Jugendlichen früh dazu bewegt, Hilfsleiterfunktionen zu übernehmen. Entsprechend sind Leitende von Kinderteams oft sehr jung, bzw. der Altersunterschied von Teammitgliedern und Leitenden oft sehr gering. Bei einvernehmlicher Jugendliebe zwischen einer jungen erwachsenen und einer 15-jährigen Person, bei welcher keine weiteren Vergehen des Täters befürchtet werden müssen, gilt es, im Gesetz die Verhältnismässigkeit zu wahren und dem Gericht einen Ermessensspielraum zu ermöglichen.</p>

## Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Umsetzung von Art. 123c BV)

Erläuternder Bericht	
Name/Firma	Bemerkung/Anregung
Kapitel-Nr. 1.5.4	<p><b>Konkretisierung des Begriffs „Verurteilung“</b> Dass bei einer Verurteilung ohne Strafe (z.B. gestützt auf Art. 187 Ziff. 3 StGB) kein zwingend lebenslängliches Tätigkeitsverbot angeordnet werden kann, wahrt die Verhältnismässigkeit.</p>
1.5.5	<p><b>Richterliches Ermessen</b> Im Sinne der Ausführungen unter „Allgemeine Bemerkungen“ unterstützt Swiss Olympic die Variante 1, die in Härtefällen erlaubt, die Verhältnismässigkeit zu prüfen. Die Voraussetzung für den Verzicht auf das lebenslängliche Tätigkeitsverbot muss jedoch eng ausgestaltet sein.</p>
1.10	<p><b>Verzicht auf zwingendes lebenslängliches Tätigkeitsverbot im Jugendstrafrecht</b> Swiss Olympic stützt den Vorschlag, bei minderjährigen Tätern den Schwerpunkt auf die Möglichkeit zur Resozialisierung zu setzen.</p>

Unser Fazit	
<input checked="" type="checkbox"/>	Zustimmung gemäss Variante 1
<input type="checkbox"/>	Änderungswünsche / Vorbehalte
<input type="checkbox"/>	Grundsätzliche Überarbeitung
<input type="checkbox"/>	Ablehnung





SVBB  
ASCP  
ASCP

Schweizerische Vereinigung der Berufsbeiständigen und Berufsbeistände  
Association suisse des curatrices et curateurs professionnels  
Associazione svizzera delle curatrici e dei curatori professionali

Bern, den 18. August 2015

Bundesamt für Justiz  
Direktionsbereich Strafrecht  
Bundesrain 20

3003 Bern

### **Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Umsetzung von Art. 123 c BV); Vernehmlassung**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin,  
Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben der SVBB Gelegenheit gegeben, zur gesetzlichen Umsetzung von Art. 123 c BV (angenommene Volksinitiative „Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen“) Stellung zu nehmen. Für diese Möglichkeit dankt Ihnen die SVBB bestens.

Mit vorliegender Eingabe lassen wir uns innert der von Ihnen festgesetzten Frist wie folgt vernehmen:

Die Mitglieder unserer Vereinigung sind im Alltag schwerpunktmässig mit den Fragen des Kindes- und Erwachsenenschutzes betroffen. Sie sind deshalb im Vergleich zu andern Berufsgruppen häufig konfrontiert, die sexuelle Integrität von Minderjährigen und von abhängigen erwachsenen Personen schützen zu helfen.

#### **Generelle Bemerkungen**

Die SVBB begrüsst zwar generell, dass das bislang geltende Berufsverbot seit dem 1. Januar 2015 mit dem Tätigkeitsverbot und dem Kontakt- und Rayonverbot erweitert worden ist. Gleichzeitig ist sie aber sehr einverstanden, dass der neue Verfassungstext nicht aufgrund der rein grammatikalischen Auslegung umgesetzt werden soll, sondern im Kontext mit anderen Normen der Verfassung und des Völkerrechts relativiert wird. Die vorgesehene Variante 1, die in bestimmten Fällen den Gerichten erlaubt, die Verhältnismässigkeit des Grundrechtseingriffs im Einzelfall zu prüfen, wird deshalb befürwortet. D.h. es muss möglich sein, auf die Anordnung eines zwingend lebenslängliches Tätigkeitsverbots mit Minderjährigen verzichten zu können, wenn die Anlasstat, die zu einer Verurteilung führt, als leichter Fall zu betrachten ist und kumulativ ein Tätigkeitsverbot offensichtlich weder notwendig noch zumutbar ist.

Unterstützt wird ebenfalls, dass der Täterkreis gegenüber der im Titel der Initiative verwendete Begriff des „Pädophilen“ weiter gefasst wird. Massgebend soll richtigerweise nicht die psychiatrische Erkrankung der Pädophilie für die Sanktion sein, sondern die Verurteilung einer erwachsenen Person zu einer Sexualstraftat. Zusätzlich ist es richtig, nur schwerwiegende Sexualstraftaten, bzw. zum Teil Taten die die persönliche Freiheit und Selbstbestimmung des Opfers schützen (Menschenhandel) als Anlasstaten für eine Tätigkeitsverbot mit Minderjährigen vorzusehen.

Die vorgesehene Konkretisierung des Begriffs der „Verurteilung“ wird ebenfalls unterstützt. Gleichzeitig wird der Argumentation gefolgt, dass die Verurteilung einer schuldunfähigen Person, die nicht bestraft werden kann auch nicht mit einem zwingenden Tätigkeitsverbot mit Minderjährigen sanktioniert werden darf, sondern, dass ein fakultatives Tätigkeitsverbot sachgerechter ist.

### **Bemerkungen zu einzelnen Bestimmungen:**

#### **Zu Art. 67 Abs. 3**

Die Verfassungsnorm, die nebst der beruflichen die „ehrenamtliche“ Tätigkeit verbieten will, ist unscharf. Die vorgesehene Umsetzung, wonach unter ehrenamtlicher Tätigkeit die organisierte ausserberufliche Tätigkeit verstanden wird, ist konkreter und damit vollstreckbarer. Die Abgrenzung der organisierten ausserberuflichen Tätigkeit zum rein privaten Rahmen dürfte aber in der Praxis schwierig bleiben, bspw. wenn einem befreundeten Vereinsmitglied Kinder zur Betreuung anvertraut werden.

#### **Zu Art. 67 Abs. 4 und 4<sup>bis</sup>**

Gerade weil im Einzelfall oft schwierig zu beurteilen ist, ob ein besonders schutzbedürftiges Opfer oder ein nicht besonders schutzbedürftiges Opfer betroffen ist, muss das Gericht gemäss der Variante Art. 67 Abs. 4<sup>ter</sup> einen Ermessenspielraum bei der Anordnung eines Tätigkeitsverbotes besitzen.

#### **Zu Art. 371 a Abs. 1 und 3 Bst.a**

Auch wenn das Sonderregister und die Bestimmung grundsätzlich unterstützt werden, wird auf die Gefahr aufmerksam gemacht, dass bspw. Vereine möglicherweise mit Strafregisterauszügen nicht sorgfältig umgehen und ein Bewerber von Dritten unter Druck geraten kann. Allenfalls müsste nach der Bewerbung dieser Auszug dem Bewerber oder dem Strafregisterbeamten zurückgegeben werden unter der gleichzeitigen Auflage, den Auszug nicht vorher kopiert zu haben.

Mit freundlichen Grüssen

Der Sekretär:

Sig. Urs Mosimann



EJPD  
Bundesamt für Justiz  
Direktionsbereich Strafrecht  
Bundesrain 20  
3003 Bern

Member of FIFA, UEFA and  
the Swiss Olympic Association

Postfach · 3000 Bern 15 · Schweiz  
Case postale · 3000 Berne 15 · Suisse  
Casella postale · 3000 Berna 15 · Svizzera  
P.O. Box · 3000 Bern 15 · Switzerland

Haus des Schweizer Fussballs  
Maison du football suisse  
Casa del calcio svizzero  
The House of Swiss Football  
Worbstrasse 48 · 3074 Muri

T +41 31 950 81 11  
F +41 31 950 81 81  
info@football.ch · www.football.ch

Muri, 19. August 2015

### **Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Umsetzung von Art. 123c BV)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Vorweg danken wir Ihnen bestens für die Einräumung der Gelegenheit zur Stellungnahme zum Entwurf für die im Betreff erwähnten Gesetzesänderungen.

Als Dachverband der landesweit beliebtesten Einstiegssportart von Kindern engagieren wir uns schon seit langer Zeit in der Prävention von sexuellen Übergriffen auf Minderjährige.

Entsprechend begrüssen wir den Vorschlag des Bundesrates zur Umsetzung des neuen Art. 123c der Bundesverfassung, welcher die Verbesserung des Schutzes von Minderjährigen und Abhängigen vor Pädokriminalität bezweckt.

Um bei aller gebotenen Härte im Vorgehen gegen Pädokriminalität Widersprüche zu Grundrechten und verfassungsmässigen Grundsätzen wie insbesondere dem Verhältnismässigkeitsprinzip auszuschliessen oder zumindest soweit möglich zu minimieren, befürworten wir die Schaffung einer Härtefallbestimmung gemäss der vom Bundesrat favorisierten Variante 1, insbesondere auch weil diese es erlaubt, bei einer einvernehmlichen Jugendliebe, bspw. zwischen einem 19jährigen Trainer und einer knapp nicht 16jährigen Spielerin, von einem zwingend lebenslänglichen Tätigkeitsverbot abzusehen.

Betreffend den Vollzug des Tätigkeitsverbots, insbesondere im Zusammenhang mit dem Sonderstrafregisterauszug, verweisen wir auf unsere Stellungnahme vom 25. Mai 2011 zum Entwurf der am 1. Januar 2015 in Kraft getretenen Gesetzesänderung gemäss dem indirekten Gegenvorschlag des Bundesrates zur Volksinitiative „Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen“ (Kopie liegt bei).



Wir bitten Sie höflich um Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse  
**Schweizerischer Fussballverband**

Peter Giliéron  
Zentralpräsident

Alex Miescher  
Generalsekretär

**Beilage: erwähnt**



EJPD  
Bundesamt für Justiz  
Direktionsbereich Strafrecht  
Bundesrain 20  
3003 Bern

Member of FIFA, UEFA and  
the Swiss Olympic Association

Postfach · 3000 Bern 15 · Schweiz  
Case postale · 3000 Berne 15 · Suisse  
Casella postale · 3000 Berna 15 · Svizzera  
P.O. Box · 3000 Bern 15 · Switzerland

Haus des Schweizer Fussballs  
Maison du football suisse  
Casa del calcio svizzero  
The House of Swiss Football  
Worbstrasse 48 · 3074 Muri

T +41 31 950 81 11  
F +41 31 950 81 81  
info@football.ch · www.football.ch

Muri, 25. Mai 2011

**Vernehmlassungsverfahren zur Änderung der Bundesverfassung, des Strafgesetzbuches, des Militärstrafgesetzes und des Jugendstrafgesetzes (Tätigkeitsverbot und Kontakt- und Rayonverbot)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Vorweg danken wir Ihnen bestens für die Einräumung der Gelegenheit zur Stellungnahme zu den Entwürfen für die rubrizierten Verfassungs- und Gesetzesänderungen im Zusammenhang mit der geplanten Ausdehnung des bestehenden strafrechtlichen Berufsverbots in ein allgemeines Tätigkeitsverbot und dessen Ergänzung um ein Kontakt- und Rayonverbot, dies insbesondere zur Verbesserung des Schutzes von Kindern und Jugendlichen vor Pädokriminalität.

Selbstverständlich begrüssen wir als Dachverband der landesweit beliebtesten Einstiegssportart von Kindern die geplante Schaffung einer Verfassungsgrundlage für Vorschriften des Bundes zur Prävention von Straftaten gegen Kinder, Jugendliche und andere besonders schutzbedürftige Personengruppen.

Weiter sind wir der Ansicht, dass die Verallgemeinerung des heutigen Berufsverbots in ein Verbot von beruflichen oder organisierten ausserberuflichen Tätigkeiten, insbesondere von solchen in einem (Sport-) Verein, und die Schaffung der Möglichkeit der Verhängung von Kontakt- und Rayonverboten grundsätzlich taugliche Mittel im Kampf gegen Pädokriminalität, von der leider auch der Sport nicht gefeit ist, darstellen. Wir befürworten deshalb die beabsichtigten Änderungen der Strafgesetzgebung.

Nicht unproblematisch erscheint uns dagegen die im erläuternden Bericht nur skizzierte Durchsetzung der erwähnten Tätigkeitsverbote mit einem erweiterten Strafregisterauszug, der vor der Einstellung oder Verpflichtung einer Person für eine berufliche oder ausserberufliche Tätigkeit mit Unmündigen oder mit besonders schutzbedürftigen Personen zwingend eingeholt werden muss.



Dadurch werden privaten Institutionen Aufgaben aus dem Bereich des Straf- und Massnahmenvollzuges überbunden, was generell nicht unproblematisch erscheint (vgl. dazu Ziff. 1.2.1 des erläuternden Berichts zur Vorlage). Dies gilt erst recht für ehrenamtlich geführte Organisationen wie bspw. Sportvereine. Überdies würden als Nebeneffekt dieser Pflicht zur Einholung eines Strafregisterauszuges alle Personen, die sich in ihrer Freizeit ehrenamtlich z.B. in einem Sportverein für Kinder und Jugendliche engagieren wollen, sozusagen unter Generalverdacht gestellt.

Vor diesem Hintergrund müsste zumindest das gesamte „Handling“ des erweiterten Strafregisterauszuges (Bestellverfahren, Kosten für die Ausstellung, etc.) zur Verhinderung von unverhältnismässigen administrativen Belastungen von ehrenamtlich mit Kindern und Jugendlichen tätigen Personen (z.B. Juniorentrainern) und von Organisationen, die solche anstellen (z.B. Sportvereine), möglichst einfach, rasch und kostengünstig (wenn nicht sogar kostenlos) ausgestaltet werden. Andernfalls wird ehrenamtliches Engagement unnötig erschwert bzw. die Rekrutierung geeigneter Personen noch schwieriger als sie ohnehin schon ist. Die von Art. 371a des Strafgesetzbuchs-Entwurfs vorgesehene Anforderung, dass dem Antrag auf Ausstellung eines erweiterten Auszuges eine schriftliche Aufforderung vorzulegen ist, in der die Person (also bspw. ein Sportklub), die den erweiterten Auszug vom Antragssteller verlangt (oder viel mehr verlangen muss), bestätigt, dass die Voraussetzungen von Absatz 1 der gleichen Bestimmung erfüllt sind, scheint uns insofern zu weit zu gehen. Gleiches gilt für die geplante Anforderung, dass der Auszug in Papierform beizubringen ist (so jedenfalls Ziff. 2.5.1.1 des erläuternden Berichts).

Diverse weitere Probleme rund um den erweiterten Strafregisterauszug und zur Pflicht, einen solchen vor der Einstellung oder Verpflichtung von Personen für Tätigkeiten mit Unmündigen oder besonders schutzwürdigen Personen vorzulegen, werden vom erläuternden Bericht selbst aufgeworfen (z.B. die folgenden Fragen: Wer überprüft den Vereinspräsidenten, der auch noch Junioren trainiert? Wie wird sichergestellt, dass auch Verurteilungen im Ausland möglichst lückenlos erkannt werden? In welchen Abständen ist die Überprüfung zu wiederholen?). Wir verzichten darauf, diese Probleme an dieser Stelle zu wiederholen.

Insgesamt sind wir der Ansicht, dass es dringend angezeigt ist, nach alternativen Lösungen für die Durchsetzung von Tätigkeitsverboten zu suchen. Eine detaillierte Stellungnahme können wir jedoch erst abgeben, wenn der angekündigte Vorentwurf zum neuen Strafregistergesetz vorliegt.

Wir bitten Sie höflich um Berücksichtigung unserer Anliegen und Argumente.

Freundliche Grüsse  
**Schweizerischer Fussballverband**

Peter Gilliéron  
Zentralpräsident

Alex Miescher  
Generalsekretär

Office fédéral de la justice  
Domaine de direction Droit pénal  
Bundesrain 20

CH-3003 Berne

Paudex, le 19 août 2015  
PM/boc

**Modification du code pénal et du code pénal militaire (mise en œuvre de l'art. 123c Cst.) – Réponse à la procédure de consultation**

Madame, Monsieur,

Le Centre patronal a pris connaissance de la procédure de consultation relative à la révision partielle du code pénal et du code pénal militaire en relation avec la mise en œuvre de l'art. 123c de la Constitution fédérale (Cst.). Après étude des différents documents, nous sommes en mesure de vous transmettre ci-après notre prise de position.

**Remarques générales**

Le 18 mai 2014, le peuple à 63.5% ainsi que tous les cantons ont accepté l'introduction d'un nouvel article constitutionnel 123c Cst. qui a trait aux mesures consécutives aux infractions sexuelles sur des enfants, des personnes incapables de résistance ou de discernement et qui mentionne: «Quiconque est condamné pour avoir porté atteinte à l'intégrité sexuelle d'un enfant ou d'une personne dépendante est définitivement privé du droit d'exercer une activité professionnelle ou bénévole en contact avec des mineurs ou des personnes dépendantes.» Les modifications proposées du code pénal et du code pénal militaire visent à mettre en œuvre cette disposition qui comporte des notions qui méritent d'être précisées.

Le rapport explicatif mentionne avec précision les éléments qui méritent d'être interprétés tout en rappelant les méthodes d'interprétation générales et spécifiques à la mise en œuvre d'une norme de rang constitutionnel. Le travail effectué à ce titre apparaît pertinent et, plus généralement, nous relevons avec satisfaction la bonne tenue du rapport explicatif.

Les sanctions pénales doivent être adaptées à l'évolution de notre société et permettre de mieux protéger les mineurs et les personnes particulièrement vulnérables. Cela étant, une mesure, qui a un but de prévention spécial, doit aussi respecter les principes généraux du droit et être nécessaire, appropriée et proportionnée. En outre, il faut garder à l'esprit que les interdictions d'exercer une profession ou une activité ont une portée limitée et qu'il serait erroné de placer des espoirs démesurés dans de tels instruments. En cela, les modifications proposées apparaissent compatibles avec l'objectif recherché et la mise en œuvre de l'art. 123c Cst.

Enfin, nous saluons le fait qu'une solution qui aurait imposé aux employeurs, associations et autres organisations la production d'un extrait spécial du casier judiciaire n'a pas été retenue. En effet, le sens des responsabilités des employeurs et des autres organisations, qui en règle générale demandent déjà aux futurs collaborateurs amenés à travailler avec des mineurs ou des personnes vulnérables un extrait de leur casier judiciaire, suffit largement à autoréguler le marché. Les dommages de réputation qu'une affaire de pédophilie ou d'abus sur des personnes vulnérables peut causer à ces établissements les poussent naturellement à prendre toutes les mesures qui s'imposent pour éviter, autant que faire se peut, ce genre de situation.

## Remarques particulières

### 1. Code pénal

Article 19 al.3 CP : Pour respecter la logique de l'art. 19 CP et en particulier celle de son alinéa 3, nous estimons qu'il n'est pas nécessaire de modifier cette disposition. En effet, le but préventif des mesures d'interdiction doit permettre de les appliquer même si l'auteur d'une infraction était totalement ou partiellement irresponsable. D'ailleurs, ce type de personnes peut précisément présenter un risque de récidive qu'une mesure pénale permettrait d'écartier.

#### Article 67 CP

Alinéa 2bis : Afin de respecter au mieux la volonté populaire, il était nécessaire de limiter cette possibilité à l'al. 2 uniquement. Nous approuvons ainsi la modification apportée qui n'est cependant pas purement rédactionnelle car elle a toute son importance.

Alinéas 3, 4 et 4bis : En cas de condamnation aux infractions citées dans ces dispositions, le juge doit interdire à vie à l'auteur l'exercice de toute activité organisée, professionnelle ou non, impliquant des contacts réguliers avec les personnes protégées. Il ne lui est laissée aucune marge d'appréciation et il n'a pas d'autre choix que de prononcer la mesure. Aussi, pour enlever toute ambiguïté à ce sujet, nous proposons la formulation: «le juge doit interdire» en lieu et place de la formulation initiale qui dit mentionne que: «le juge interdit».

Alinéa 4ter : Nous sommes favorables à l'introduction de cet alinéa dans la loi et choisissons ainsi l'option 1. Appliquer une mesure aussi grave qu'une interdiction d'exercer une activité mérite de laisser au juge, dans certains cas, la possibilité d'examiner la proportionnalité de l'atteinte aux droits fondamentaux. Il s'agit ainsi d'introduire dans la loi une exception aux alinéas 3 à 4bis pour les cas de moindre gravité, ce qui permet de tenir compte de l'ensemble des circonstances d'un cas d'espèce. Ainsi, il serait choquant qu'une relation sexuelle consentie entre un adolescent de 15 ans et une jeune femme de 21 ans aboutisse automatiquement à une atteinte aussi importante qu'une interdiction à vie d'exercer une profession ou une activité organisée. A ce stade, il est important de faire confiance à l'expérience du juge qui ne pourra renoncer à prononcer une telle mesure que s'il est *manifestement ni nécessaire ni raisonnable de l'infliger à l'auteur*. En outre, pour les infractions graves, exhaustivement énumérées dans la disposition, le juge ne dispose pas de cette opportunité. A ce titre, il nous paraîtrait adéquat que figure expressément dans les cas graves l'art. 197 al.3 CP qui sanctionne celui qui recrute un mineur pour qu'il participe à une représentation pornographique. En effet, en plus de l'esprit particulièrement retors de l'auteur d'une telle infraction et des conséquences particulièrement fâcheuses

qu'elle comporte pour la victime, il existe un risque élevé de récidive qui justifie le prononcé d'une mesure d'interdiction d'exercer une activité.

## **2. Code pénal militaire**

Pour les modifications apportées au Code pénal militaire nous renvoyons aux commentaires ci-dessus concernant les dispositions du Code pénal qui se retrouvent dans le Code pénal militaire.

### **Conclusions**

La révision proposée va globalement dans le bon sens et respecte le vote populaire. Il est particulièrement important, dans les cas de moindre gravité, de laisser au juge une marge d'appréciation permettant ainsi l'application du principe de proportionnalité, raison pour laquelle nous sommes favorables à l'introduction de l'option 1 dans le projet proposé.

Partant, et moyennant la prise en compte des remarques susmentionnées, nous adhérons aux modifications proposées.

Nous vous remercions de l'attention que vous porterez à la présente et vous prions d'agréer, Madame, Monsieur, l'expression de nos sentiments les meilleurs.

CENTRE PATRONAL



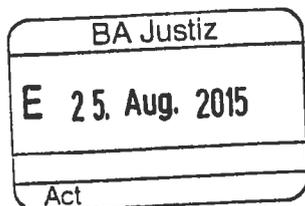
Patrick Mock





## KONFERENZ DER KANTONALEN POLIZEIKOMMANDANTEN

### Le Président



Département fédéral de justice et police DFJP  
Office fédéral de la justice  
Domaine de direction Droit pénal  
Mmes C. KLÖTI et F. ZUMSTEIN  
Bundesrain 20  
3003 BERNE

Berne, le 19.08.2015

### Modification du code pénal et du code pénal militaire (mise en œuvre de l'art. 123 Cst.) Procédure de consultation

Mesdames,

Je me réfère à la consultation citée sous rubrique et vous fais part ici de la prise de position de la CCPCS à son égard.

La Conférence préconise de privilégier la variante 1, à savoir celle consistant à laisser une marge d'appréciation au juge, lorsque pour certains cas de peu de gravité, il n'apparaît manifestement ni nécessaire ni raisonnable d'infliger une interdiction d'exercer une activité à l'auteur, permettant ainsi au magistrat de renoncer exceptionnellement à en prononcer une.

Cette façon de faire paraît en effet respecter davantage le principe de proportionnalité. S'il ne fait aucun doute que pour les actes d'ordre sexuel graves, il est impératif de prononcer une interdiction à vie en vue d'éviter tout risque de récidive, telle n'est en revanche pas la solution lorsque l'on se trouve en présence, par exemple, d'un jeune homme de 19 ans ayant entretenu une relation amoureuse (et sexuelle) avec une fille de 15 ans. Celui-ci se rend certes coupable d'acte d'ordre sexuel avec une mineure au sens de l'article 187 CP, mais ne doit manifestement pas se voir appliquer une interdiction d'exercer à vie.

Il paraît également adéquat de laisser la possibilité à l'auteur de demander la levée de l'interdiction. Les délais proposés semblent adaptés par rapport à la gravité des diverses infractions.

Vous remerciant de l'intérêt qui sera porté aux présentes remarques, je vous prie d'agréez, Mesdames, l'expression de ma considération distinguée.

Le Président de la CCPCS

  
Dr. Stefan Blättler



## KONFERENZ DER KANTONALEN POLIZEIKOMMANDANTEN

Copies :

- Président SKK
- Membres CCPCS

---

CONFERENCE DES COMMANDANTS DES POLICES CANTONALES (CCPCS)

CONFERENZA DEI COMANDANTI DELLE POLIZIE CANTONALI (CCPCS)

Generalsekretariat, Haus der Kantone, Speichergasse 6, 3000 Bern 7, Telefon: 031 318 15 09, [kkpks@kkjpd.ch](mailto:kkpks@kkjpd.ch)



UNIL | Université de Lausanne

Faculté de droit, des sciences  
criminelles  
et d'administration publique

Institut de criminologie  
et de droit pénal

Prof. Dr. Alain Macaluso  
Faculté de droit, des sciences criminelles  
et d'administration publique  
Institut de criminologie et de droit pénal  
Bâtiment Internef  
CH – 1015 Lausanne

Office fédéral de la justice  
Domaine de direction Droit pénal  
Bundesrain 20  
CH – 3003 Berne

Par courriel : corine.kloeti@bj.admin.ch;  
franziska.zumstein@bj.admin.ch.

Lausanne, le 17 juillet 2015

### **Modification du code pénal et du code pénal militaire (mise en œuvre de l'art. 123c Cst.)**

Madame la Conseillère fédérale,

Madame, Monsieur,

Dans le délai fixé par le Conseil fédéral, nous avons l'honneur de vous remettre notre prise de position relative à la modification du code pénal et du code pénal militaire (mise en œuvre de l'art. 123c Cst.). Vous trouverez, ci-dessous, les commentaires et interrogations faisant suite à notre lecture du rapport explicatif concernant la modification susmentionnée.

Afin de vous en faciliter la lecture, nous avons regroupé nos remarques sous six chapitres successifs. Après avoir brièvement fait état du contexte dans lequel doivent s'inscrire ces modifications (*infra* 1.), nous reviendrons sur la notion de « pédophile » retenu par le Conseil fédéral (*infra* 2.), avant de nous intéresser à l'automatisme inhérent aux nouvelles dispositions (*infra* 3.) et logiquement d'examiner la conformité du projet au principe de proportionnalité



UNIL | Université de Lausanne

Faculté de droit, des sciences  
criminelles  
et d'administration publique

Institut de criminologie  
et de droit pénal

(*infra* 4.). Nous finirons ensuite par vous faire part de nos remarques et de certaines interrogations concernant l'application pratique de la mesure (*infra* 5.). Nous concluons enfin par notre avis général sur les modifications proposées (*infra* 6.).

## Table des matières

<b>1. Introduction</b> .....	<b>4</b>
1.1 Contexte .....	4
1.2 En bref : le système des mesures et plus particulièrement de l'interdiction d'exercer une profession.....	4
<b>2. Sur la notion de « pédophile »</b> .....	<b>5</b>
2.1 Amours d'adolescents.....	5
2.2 Auteurs et infractions visés par l'initiative .....	6
2.2.1 Contradiction entre le but affiché par les auteurs de l'initiative et le texte de l'art. 123c Cst. ....	6
2.2.2 Infractions visées .....	6
2.2.3 Personnes protégées.....	7
<b>3. Automatisme voulu par l'initiative</b> .....	<b>8</b>
<b>4. Conformité au principe de proportionnalité</b> .....	<b>8</b>
4.1 Le principe de proportionnalité.....	8
4.2 Option 1 vs option 2 : prise de position en faveur d'une clause de peu de gravité.....	9
<b>5. Application pratique de la mesure</b> .....	<b>11</b>
5.1 Extrait du casier judiciaire .....	11
5.1.1 Extrait ordinaire vs extrait spécial.....	11
5.1.2 « Responsabilité » des employeurs .....	12
5.1.3 Décision d'autoriser un extrait spécial du casier judiciaire pour certains cas limites .....	13
5.2 Les professions indépendantes.....	14
<b>6. Conclusion</b> .....	<b>14</b>

## 1. Introduction

### 1.1 Contexte

La protection des enfants contre la délinquance sexuelle à leur égard est au centre des préoccupations actuelles. La convention de Lanzarote (Convention du Conseil de l'Europe du 25 octobre 2007 sur la protection des enfants contre l'exploitation et les abus sexuels) notamment est entrée en vigueur en Suisse le 1<sup>er</sup> juillet 2014. Pour faire suite à l'initiative populaire « Pour que les pédophiles ne travaillent plus avec des enfants », le Conseil fédéral a proposé un contre-projet indirect présenté aux Chambres fédérales comme projet de loi indépendant. La modification de loi a été votée le 13 décembre 2013 et est entrée en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 2015.

Le 18 mai 2014, c'est donc en connaissance des nouvelles dispositions renforçant la protection des enfants contre les délits sexuels que le peuple et les cantons ont accepté cette initiative populaire, demandant au législateur d'aller plus loin encore.

### 1.2 En bref : le système des mesures et plus particulièrement de l'interdiction d'exercer une profession

Les sanctions prévues par le droit pénal sont constitutives d'atteintes parfois très incisives aux droits fondamentaux. C'est le cas notamment des mesures visant à interdire l'exercice une profession (*Berufsverbot*).

La votation populaire en cause instaure une nouvelle mesure d'interdiction d'exercer en apparence très simple, mais en réalité trop simple dans un système (celui des mesures en général) qui doit, par essence, coller au singulier et concret et permettre au magistrat de trouver la meilleure solution possible en se basant sur les particularités d'un cas d'espèce.

L'objectif principal des dispositions réglant l'interdiction d'exercer une profession est généralement qualifié de prévention situationnelle<sup>1</sup>. On supprime alors les occasions pour le condamné de réitérer son acte<sup>2</sup>. L'interdiction d'exercer consécutive aux infractions sexuelles

<sup>1</sup> KUHN A., Sommes-nous tous des criminels ?, Editions L' Hèbe, Grolley, p. 47ss ; KILLIAS M., Précis de criminologie, Berne 2012, n. 701ss.

<sup>2</sup> KILLIAS M./KUHN A./DONGOIS D./AEBI M. F., Précis de droit pénal général, Berne 2008, n. 1535.

sur des enfants, des personnes incapables de résistance ou de discernement s'inscrira dans la même finalité.

Anciennement, le code pénal qualifiait l'interdiction d'exercer une profession de peine accessoire (cf. art. 54 aCP), le nouveau droit a changé son statut de peine en mesure. Le sursis n'est dès lors plus possible<sup>3</sup>. Les modifications proposées ne changent bien entendu pas cette qualification.

## 2. Sur la notion de « pédophile »

### 2.1 Amours d'adolescents

Les actes que le rapport nomme « amours d'adolescents » sont aussi traditionnellement qualifiés d' « amours juvéniles ». L'art. 187 ch. 3 CP prévoit une certaine flexibilité dans ce domaine<sup>4</sup> et ce sont bien des motifs d'opportunité qui sont à l'origine de cette disposition. Il ne s'agit toutefois que d'une faculté à disposition de l'autorité, et non d'une obligation<sup>5</sup>. Les circonstances particulières qui permettent la clémence de l'autorité à cet égard sont, par exemple, l'existence de sentiments réciproques, mais également le cas où l'auteur a été induit en tentation grave par la victime, ou encore lorsque l'écart d'âge est très proche de la limite de l'art. 187 ch. 2 CP<sup>6</sup>.

Il ne fait absolument aucun doute que les amours juvéniles ne doivent pas pouvoir donner lieu à une interdiction d'exercer. Les auteurs de l'initiative l'ont expressément exclu : « Les adversaires de l'initiative arguent que [l'initiative] pénaliserait aussi les amours d'adolescents. C'est faux : l'initiative vise les pédophiles. »<sup>7</sup>. Ainsi, quand bien même l'option 2 serait retenue (ce qui serait extrêmement préjudiciable à plusieurs titres, nous y reviendrons<sup>8</sup>), les amours d'adolescents ne suffiront jamais pour appliquer les mesures prévues aux art. 67 al. 3 et 4 AP-CP. Le passage précité des arguments du comité d'initiative montre, selon nous, le flou (pour ne pas dire l'incohérence) qui règne quant à la définition des auteurs visés par l'interdiction.

<sup>3</sup> DUPUIS M. et al., Petit commentaire du code pénal, Bâle 2012, art. 67 N 1.

<sup>4</sup> ATF 119 IV 140, c. 2.

<sup>5</sup> DONATSCH A., Strafrecht III, p. 466 ; CORBOZ B., Les infractions en droit suisse, vol. 1, art. 187 N 39.

<sup>6</sup> CORBOZ B., Les infractions en droit suisse, vol. 1, Berne 2010, art. 187 N 41.

<sup>7</sup> Explications du Conseil fédéral concernant la votation du 18.05.2014, p. 21 (arguments du comité d'initiative).

<sup>8</sup> Cf. *infra* 4.1.

## 2.2 Auteurs et infractions visés par l'initiative

### 2.2.1 Contradiction entre le but affiché par les auteurs de l'initiative et le texte de l'art. 123c Cst.

En accord avec le rapport explicatif du Conseil fédéral, nous relevons l'écart gigantesque qui subsiste entre, d'une part, le terme « pédophile » utilisé dans l'initiative et son argumentaire et, d'autre part, la formulation de l'art. 123c Cst. Parallèlement, nous notons que le droit suisse ne connaît pas de définition de la pédophilie.

La formulation de l'art. 123c Cst. empêcherait, en effet, de retenir la notion psychiatrique de « pédophile » et irait bien plus loin, impliquant de comprendre « tous les auteurs condamnés pour une infraction sexuelle sur une personne protégée »<sup>9</sup>. Le Conseil fédéral en déduit que « n'importe quelle infraction contre l'intégrité sexuelle figurant au titre 5 du livre 2 du code pénal » sera antécédente à l'interdiction d'exercer. Cela nous amène à formuler deux remarques : la première concerne les infractions visées (cf. *infra* 2.2.2) et la seconde, très liée, a pour objet les personnes protégées et la notion d'« enfants » à opposer à celle de « mineurs » (cf. *infra* 2.2.3).

### 2.2.2 Infractions visées

Si la grande majorité des infractions contre l'intégrité sexuelle a des conséquences graves si ce n'est dramatiques pour le développement sexuel des enfants, certaines infractions ont toutefois de moindres (même si non négligeables) effets. Nous revenons ici sur certains cas de figure pour lesquels il semble disproportionné d'infliger systématiquement une interdiction à vie d'exercer :

- Des « baisers avec la langue » entre une personne de vingt ans et une autre âgée de quinze ans parfaitement consentante<sup>10</sup> en boîte de nuit peut donner lieu, pour la plus vieille d'entre elles, à une condamnation sur la base de l'art. 187 al. 1 CP. Automatiquement, cette même personne sera interdite à vie d'exercer une profession dans laquelle elle sera « en contact avec des mineurs »<sup>11</sup>.
- Un jeune homme ivre d'une vingtaine d'années se montre nu dans un train dans lequel se trouve au moins une personne faisant partie du cercle protégé. Il sera alors l'auteur d'exhibitionnisme (art. 194 CP) et sera interdit à vie d'exercer avec des mineurs.

<sup>9</sup> Rapport explicatif concernant la modification du code pénal et du code pénal militaire (mise en œuvre de l'art. 123c Cst.), p. 17.

<sup>10</sup> Rapport explicatif (mise en œuvre de l'art. 123c Cst.), p. 33.

<sup>11</sup> Formulation de l'art. 123c Cst. retenue par le Conseil fédéral dans son rapport explicatif (cf. notamment : Rapport explicatif [mise en œuvre de l'art. 123c Cst.], point 1.5.9).

- L'art. 198 al. 2 CP incrimine comme comportement typique le fait d'importuner une personne par des paroles grossières. Sont comprises dans ce comportement, notamment des expressions extrêmement vulgaires<sup>12</sup>. Par exemple : s'exprimer, dans le cadre d'un rapport de travail, « tes seins sont trop petits, il faut y remédier » est constitutif de l'infraction<sup>13</sup>. Si ce comportement est perpétré à l'encontre d'une mineure de 17 ans, par exemple, il conduira automatiquement à l'interdiction à vie d'exercer une profession.

La sévérité disproportionnée que l'on peut constater dans les quelques exemples précités montre la nécessité absolue d'introduire une clause pour les cas de « peu de gravité ». C'est d'ailleurs ce que propose le Conseil fédéral sous l'option 1 (nous y reviendrons plus après, *infra* 4.2).

### 2.2.3 Personnes protégées

Il convient de différencier les personnes touchées par l'infraction et les personnes protégées par l'interdiction d'exercer. La lettre de l'art. 123c Cst. est claire : « *Quiconque est condamné pour avoir porté atteinte à l'intégrité sexuelle d'un enfant ou d'une personne dépendante est définitivement privé du droit d'exercer une activité professionnelle ou bénévole en contact avec des mineurs ou des personnes dépendantes* ».

Nous ne comprenons pas l'avis du Conseil fédéral qui affirme que la personne touchée par l'infraction doit simplement être un mineur, sans se limiter aux individus de moins de seize ans<sup>14</sup>. En effet, rien dans l'argumentation des auteurs de l'initiative non plus ne permet de déduire que le terme « enfant » ne signifie en réalité « mineur ». Pour la notion d' « enfant », on se référera par exemple à l'art. 187 CP qui a pour note marginale « actes d'ordre sexuel avec des **enfants** » et qui protège les **mineurs de moins de seize ans**. Par conséquent, l'interprétation que fait le Conseil fédéral du texte de l'initiative est selon nous trop large.

Cependant, il faut retenir, à l'instar de l'art. 123c Cst., que ce sont tous les mineurs qui devront être protégés par l'interdiction d'exercer et non uniquement les enfants. En cela, nous suivons l'avis du Conseil fédéral.

En outre, il n'est pas aisé de comprendre comment s'articulera l'interdiction à vie d'exercer lorsque la victime de l'infraction entre dans plusieurs cercles de personnes protégées. Le

<sup>12</sup> DUPUIS M. et al., Petit commentaire du code pénal, Bâle 2012, art. 198 N 11.

<sup>13</sup> TF du 21.11.2003, 6S.336/2003, c. 6.2.

<sup>14</sup> Rapport explicatif (mise en œuvre de l'art. 123c Cst.), p. 21.

rapport met en avant l'exemple d'un apprenti de moins de dix-huit ans<sup>15</sup> sans donner de réelles solutions pratiques. Cela ne va pas sans rappeler que les interdictions d'exercer seront examinées en principe par des privés qui pourraient avoir bien de la peine à comprendre quelle activité exactement a été interdite à l'intéressé (*infra* 5.3).

### 3. Automatismes voulu par l'initiative

L'automatisme de la mesure ne peut être remis en question. En effet, infliger systématiquement une interdiction d'exercer à vie lorsque les conditions en sont réunies constitue la substantifique moelle de l'initiative populaire acceptée en votation. Même si les normes potestatives sont, dans ce domaine, toujours bien plus adéquates, il s'agira bel et bien d'une obligation pour le juge, qui ne disposera pas de marge d'appréciation.

Ce constat ne fait qu'appuyer la nécessité de prévoir une clause pour les cas de peu de gravité, comme le propose vivement le Conseil fédéral (*infra* 4.1).

## 4. Conformité au principe de proportionnalité

### 4.1 Le principe de proportionnalité

Le principe de proportionnalité limite tout exercice du pouvoir étatique (cf. art. 5 al. 2 Cst.) et vaut pour l'ensemble de l'activité de l'Etat<sup>16</sup>. Son importance est encore plus grande lorsque l'exercice du pouvoir de l'Etat conduit à une atteinte aux droits fondamentaux. Comme rappelé dans le rapport, une atteinte à un droit fondamental doit trouver sa source dans une base légale, répondre à un intérêt public et être proportionnée<sup>17</sup>. Il n'est évidemment pas suffisant qu'une restriction se fonde simplement sur une loi et se justifie par un intérêt public, sinon le législateur pourrait, dans l'objectif de protéger l'ordre public, supprimer toutes les libertés ou en priver certaines catégories de personnes ou encore les restreindre par tous les moyens qui lui semblent bons<sup>18</sup>.

<sup>15</sup> Rapport explicatif (mise en œuvre de l'art. 123c Cst.), p. 22. L'apprenti pouvant donc entrer non seulement dans la catégorie des personnes dépendantes, mais également dans celle des mineurs.

<sup>16</sup> Voir notamment : ZIMMERLI U., *Der Grundsatz der Verhältnismässigkeit im öffentlichen Recht*, RDS 1978 II 1-133.

<sup>17</sup> Rapport explicatif (mise en œuvre de l'art. 123c Cst.), p. 42.

<sup>18</sup> AUER A./MALINVERNI G./HOTTELIER M., *Droit constitutionnel suisse*, vol. II : les droits fondamentaux, 3<sup>ème</sup> éd., Berne 2013, p. 105.

Traditionnellement, le principe de proportionnalité se compose de trois maximes : la maxime de l'aptitude (*Geeignetheit*), la maxime de nécessité (*Erforderlichkeit*) et la proportionnalité au sens étroit (en allemand, parfois plus précisément nommé : *Interessenabwägung*).

En droit pénal et plus précisément dans le domaine des mesures, le principe de proportionnalité doit être respecté. Cela signifie que l'atteinte aux droits de la personnalité engendrée par la mesure ne doit pas être disproportionnée par rapport à la vraisemblance que l'auteur ne commette de nouvelles infractions, ni à la gravité probable de ces infractions potentielles<sup>19</sup>.

Enfin, lorsqu'une obligation générale de restreindre une liberté fondamentale réside dans un acte normatif, elle ne résistera que très rarement au grief de la proportionnalité<sup>20</sup>. La réponse n'est pas aussi simple lorsque l'exclusion de la pesée des intérêts résulte directement de la Constitution. Selon certains, le principe de proportionnalité ne s'appliquerait pas<sup>21</sup>. Toutefois, il n'y a pas, à ce jour, de réponse de la jurisprudence sur ce point.

## 4.2 Option 1 vs option 2 : prise de position en faveur d'une clause de peu de gravité

L'automatisme inhérent à la votation populaire du 18 mai 2014 prive la mesure de toute proportion. Par conséquent, nous ne pouvons que suivre la solution avancée par le Conseil fédéral sous l'option 1. Dans les cas de peu de gravité, le juge pourra « renoncer à prononcer systématiquement une interdiction à vie d'exercer une activité »<sup>22</sup>. L'application de cette clause est, à notre sens, un moindre mal dans l'optique d'une interprétation harmonisante de l'initiative au principe de proportionnalité.

Il convient de souligner à cet égard que la clause de peu de gravité proposée par le Conseil fédéral n'aura qu'un champ d'application restreint. Tout d'abord, elle ne s'appliquera qu'en rapport avec certaines infractions. Cela tient à la présomption irréfragable qu'il n'existe pas de cas de peu de gravité pour les infractions sexuelles les plus lourdes. De plus, la clause trouvera application uniquement dans les cas où infliger une interdiction à vie d'exercer ne serait ni nécessaire ni raisonnable<sup>23</sup>.

<sup>19</sup> KILLIAS M./KUHN A./DONGOIS D./AEBI M. F., Précis de droit pénal général, Berne 2008, n. 1504.

<sup>20</sup> AUER/MALINVERNI/HOTTELIER, p. 109.

<sup>21</sup> AUER/MALINVERNI/HOTTELIER, p. 109.

<sup>22</sup> Rapport explicatif (mise en œuvre de l'art. 123c Cst.), p. 20.

<sup>23</sup> Rapport explicatif (mise en œuvre de l'art. 123c Cst.), p. 20. Notions éminemment indéterminées, notons le.

En outre, l'option 1 s'insère dans la droite ligne de la reconnaissance du principe de l'opportunité des poursuites (même si limité) à l'art. 8 CPP<sup>24,25</sup>. A ce propos, ajoutons, d'accord avec le Conseil fédéral, que les art. 52ss CP seront toujours applicables<sup>26</sup>. L'art. 52 CP (à lire en lien avec l'art. 8 CPP) concerne les cas de « peu d'importance » et instaure un motif d'exemption de poursuite, de jugement ou de peine. Sans revenir de manière plus approfondie sur les conditions d'application de l'art. 52 CP, nous insistons tout de même sur le caractère cumulatif de ces deux conditions principales : le peu d'importance de la culpabilité de l'auteur et le peu d'importance des conséquences de son acte<sup>27</sup>. Les conditions d'application de l'art. 52 CP n'étant pas les mêmes que celle de l'art. 67 al. 4<sup>ter</sup> AP-CP, il sera bien évidemment loisible au juge de ne pas retenir l'art. 52 CP mais de ne pas infliger une interdiction à vie d'exercer en se fondant sur la clause de peu de gravité de l'art. 67 al. 4<sup>ter</sup>, lorsque ses conditions sont réunies. Ajoutons encore que le principe de l'opportunité des poursuites permet une meilleure prise en charge des cas sérieux, car il désengorge les autorités des cas « bagatelle ». Cette remarque est d'autant plus pertinente que le Conseil fédéral reconnaît lui-même qu'il ne sera point aisé de suivre à la trace l'ensemble des condamnés concernés par l'interdiction à vie d'exercer<sup>28</sup>. En somme, la clause de peu de gravité permettrait de mieux se concentrer sur les cas qui nécessitent une réelle et profonde prise en charge.

Le Conseil fédéral rappelle qu'il n'y a pas de peine minimale à prendre en compte dans l'application de l'interdiction à vie d'exercer<sup>29</sup>. Toutefois, sur le point de la clause de peu de gravité, le rapport dispose que lorsque la peine prononcée par le juge sera « légère »<sup>30</sup>, la clause pourra notamment s'appliquer. En ce sens, la clause de peu de gravité crée, à notre sens logiquement, une sorte de peine minimale. Il convient dès lors d'éviter que les juges ne prononcent une peine plus lourde afin d'éviter la clause de l'art. 67 al. 4<sup>ter</sup> AP-CP. A cette fin, la jurisprudence obligeant le juge à motiver plus amplement son jugement lorsqu'il inflige

<sup>24</sup> Code de procédure pénale suisse (Code de procédure pénale, CPP) du 5 octobre 2007.

<sup>25</sup> ROTH R., commentaire de l'art. 8 CPP, *in* : Commentaire romand, Code de procédure pénale suisse (CR CPP), Bâle 2011, art. 8 N 7 et références citées.

<sup>26</sup> Rapport explicatif (mise en œuvre de l'art. 123c Cst.), p. 31 et 45 notamment.

<sup>27</sup> FF 1999 III 1870 ; BSK Strafrecht I-RIKLIN, Art. 52 N 19.

<sup>28</sup> Rapport explicatif (mise en œuvre de l'art. 123c Cst.), p. 25. Le rapport souligne à ce propos que la charge de travail pourrait être disproportionnée, si bien que les interdictions ne pourraient plus être appliquées de manière satisfaisante.

<sup>29</sup> Rapport explicatif (mise en œuvre de l'art. 123c Cst.), p. 45 notamment.

<sup>30</sup> Rapport explicatif (mise en œuvre de l'art. 123c Cst.), p. 33. Le rapport liste également des peines abstraites moins importantes.

une peine allant légèrement au-dessus des limites de peines maximales pour octroyer le sursis<sup>31</sup> devrait être prise en compte.

En conclusion, l'option 1 va, selon nous, dans le sens de l'initiative acceptée par le peuple et les cantons.

## 5. Application pratique de la mesure

### 5.1 Extrait du casier judiciaire

#### 5.1.1 Extrait ordinaire vs extrait spécial

L'art. 371a CP est entrée en vigueur au 1<sup>er</sup> janvier de cette année. Il accompagne les nouvelles mesures prises par le législateur suite au contre-projet indirect du Conseil fédéral (art. 67ss nCP). L'extrait spécial du casier judiciaire contient la mention des interdictions prononcées sur la base des nouvelles dispositions. Il a l'avantage de n'avoir qu'un contenu restreint et de ne mentionner que les éventuelles interdictions incompatibles avec l'activité concernée<sup>32</sup>. Le fait qu'un deuxième extrait soit prévu permet aussi que la durée d'inscription d'un jugement sur l'extrait ordinaire ne soit pas involontairement prolongée<sup>33</sup>.

Solution pragmatique, l'extrait spécial du casier judiciaire contient pourtant le même défaut intrinsèque que l'extrait ordinaire : en faire la demande est une **démarche volontaire**. On peut imaginer sans peine que si un directeur d'école ou un président de club de football comptant parmi ses membres/joueurs des enfants demande un extrait du casier judiciaire et qu'il y figure une condamnation pour une infraction contre l'intégrité sexuelle, il n'engagera pas l'auteur de l'infraction si celui-ci risque d'avoir un contact avec des enfants. Sauf le cas expliqué plus bas d'une infraction commise longtemps avant que l'auteur postule, il est donc difficile de cerner la réelle utilité d'une deuxième inscription au casier judiciaire. Le problème majeur est que les particuliers (et ce surtout dans les activités non professionnelles organisées) ne demandent pas l'extrait du casier judiciaire. Si l'extrait n'est pas demandé, l'interdiction à vie d'exercer ne sera qu'une mesure punitive jamais appliquée et la protection des mineurs n'en sera pas renforcée.

---

<sup>31</sup> ATF 134 IV 17.

<sup>32</sup> Rapport explicatif (mise en œuvre de l'art. 123c Cst.), p. 40.

<sup>33</sup> Rapport explicatif (mise en œuvre de l'art. 123c Cst.), p. 38 ; cf. révision de l'art. 369 (art. 369 AP-CP).

Compte tenu de ce qui précède, la question de l'obligation d'exiger un extrait du casier judiciaire refait surface<sup>34</sup>. Sans revenir trop en détail sur ce point (déjà mentionné lors d'une consultation antérieure<sup>35</sup>), soulignons toutefois que, même en pénalisant le manquement à cette obligation, rien n'assure que celle-ci ne soit observée, surtout dans les milieux non professionnels organisés. En l'état, notons que le Conseil fédéral a décidé de ne pas retenir l'obligation d'exiger un extrait du casier judiciaire<sup>36</sup>, à tout le moins dans l'attente de la nouvelle loi sur le casier judiciaire.

En fin de compte, comme déjà mentionné, la seule différence entre l'extrait ordinaire et l'extrait spécial du casier judiciaire réside dans la durée pendant laquelle une trace sera gardée de la condamnation. Si l'interdiction est prononcée à vie, celle-ci figurera jusqu'à ce qu'elle soit levée (c'est-à-dire potentiellement jamais) alors que le jugement condamnant la personne pour l'acte pénalement relevant s'effacera selon les règles ordinaires de l'art. 369 CP.

### 5.1.2 « Responsabilité » des employeurs

Faire « répondre » des privés de l'exécution d'une sanction est déjà critiquable dans son principe. En outre, engager un pédophile pour une activité en lien avec des enfants peut avoir des conséquences dramatiques et peut poser d'épineuses questions en terme de responsabilité civile (la problématique a d'ailleurs déjà été soulevée par la FSA [Fédération suisse des avocats] lors d'une procédure de consultation antérieure)<sup>37</sup>.

Si le service d'assistance de probation aura un rôle important à jouer (art. 67 al. 6 AP-CP), la proposition d'inscrire l'interdiction d'exercer dans un extrait spécial du casier judiciaire montre bien l'importance de le requérir<sup>38</sup> et donc le rôle primordial des employeurs et autres responsables d'activités non professionnelles organisées, en première ligne dans la lutte pour la protection des enfants contre les actes d'ordre sexuel à leur encontre. Nous le soulignerons

---

<sup>34</sup> Cf. *infra*.

<sup>35</sup> Rapport explicatif concernant une modification de la Constitution, du code pénal, du code pénal militaire et du droit pénal des mineurs (interdiction d'exercer une activité, interdiction de contact et interdiction géographique), p. 38ss. L'obligation d'exiger un extrait du casier judiciaire est intégré dans l'avant-projet de nouvelle loi sur le casier judiciaire.

<sup>36</sup> FF 2012 8189.

<sup>37</sup> Synthèse des résultats de la procédure de consultation sur le rapport et les avant-projets de modification de la Constitution, du code pénal, du code pénal militaire et du droit pénal des mineurs (interdiction d'exercer une activité, interdiction de contact et interdiction géographique), p. 19.

<sup>38</sup> Cette remarque avait d'ailleurs déjà été faite au moment de la consultation sur les dispositions entrées en vigueur au début de cette année (art. 67ss nCP), cf. Synthèse des résultats de la procédure de consultation, p. 18.

encore en conclusion, cette remarque met en exergue les limites de l'initiative acceptée par le peuple et les cantons le 18 mai 2014.

En admettant qu'un employeur demande systématiquement l'extrait spécial du casier judiciaire, il faudra encore que cet extrait soit suffisamment compréhensible. En effet, s'il est relativement simple de savoir si la personne à engager aura, dans le cadre de son activité, des contacts avec des mineurs, les notions de « personnes particulièrement vulnérables » ou de « personnes dépendantes ou incapables de résistance ou de discernement » peuvent être difficiles à cerner pour un « profane ».

### **5.1.3 Décision d'autoriser un extrait spécial du casier judiciaire pour certains cas limites**

Le présent chapitre est l'occasion de mettre en avant une interrogation. L'art. 67a al. 5 AP-CP définit ce que sont des « activités impliquant des contacts réguliers avec des mineurs ou d'autres personnes particulièrement vulnérables ». Si certains cas n'appellent pas de commentaires particuliers (on pense notamment à l'enseignant au collège ou au pédiatre), certaines activités sont définies de manière extrêmement floue<sup>39</sup>.

C'est le cas, par exemple, de la lettre b de l'art. 67 al. 5 AP-CP (« *autres activités exercées principalement ou régulièrement dans des établissements qui offrent les prestations visées à la let. a* »), ou encore « la vente [...] d'objets destinés spécifiquement aux mineurs » (art. 65 al. 5 let. a ch. 9 AP-CP). Il est particulièrement ardu de se faire une idée précise des activités comprises par ces formulations.

Un jour viendra où il faudra apporter une réponse claire à un cas d'espèce. Notre question est la suivante : qui sera compétent pour décider si une activité peut ou non faire l'objet d'une demande d'un extrait spécial du casier judiciaire ? Et quelle sera la procédure à ce propos ?

A cet égard, ajoutons que selon que l'on admet ou non la demande de l'extrait spécial d'un casier judiciaire pour une activité, il en résultera éventuellement des frais colossaux pour les autorités.

---

<sup>39</sup> Cela tient bien entendu à la fonction même d'une loi qui est générale et abstraite, ne pouvant par essence pas prendre en compte tous les cas imaginables.

## 5.2 Les professions indépendantes

Le Conseil fédéral soulève le problème de l'inutilité de l'extrait du casier judiciaire pour contrôler si une personne exerce une activité professionnelle ou non professionnelle organisée indépendante<sup>40</sup>. Il y répond par l'importance renforcée du service d'assistance de probation<sup>41</sup>.

A notre sens, l'initiative perd encore de son impact pratique lorsque l'on pense que pour toutes ces activités indépendantes, personne n'ira jamais demandé un extrait du casier judiciaire à ces personnes (au moins dans les cas où l'activité n'est pas soumise à autorisation, et ces cas sont nombreux). Nous ne pouvons donc qu'aller dans le sens du Conseil fédéral et constater que des lacunes inquiétantes (car insolubles) subsistent...

## 6. Conclusion

Suivre l'option 1 proposée par le Conseil fédéral est une nécessité absolue au regard de la règle de la proportionnalité. Avec les quelques exemples précités, on voit bien l'importance d'inclure dans la modification une clause pour les cas de peu de gravité. Cela permettrait, en effet, de ne pas interdire définitivement certaines activités aux auteurs d'infractions, certes contre le bien juridique protégé très important qu'est l'intégrité sexuelle, mais d'une gravité très relative.

Ensuite, pour ce qui est du cœur de la révision (les pédophiles), le comportement pénalement relevant doit avoir lieu à l'encontre d'un **enfant** (art. 123c Cst.), et non d'un mineur. Les personnes visées par l'infraction doivent être âgées de moins de seize ans au moment des faits.



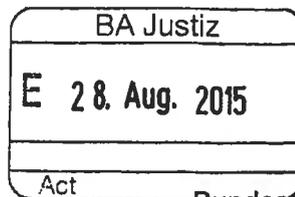
<sup>40</sup> Rapport explicatif (mise en œuvre de l'art. 123c Cst.), p. 25.

<sup>41</sup> Rapport explicatif (interdiction de d'exercer une activité, interdiction de contact et interdiction géographique), p. 39.

Conférence Suisse  
des Directrices et Directeurs  
de la Probation (CSDP)

Schweizerische Konferenz  
der Leiterinnen und Leiter  
der Bewährungshilfen (SKLB)

Conferenza Svizzera  
delle Direttrici e Direttori  
dell'Assistenza Riabilitativa (CSDAR)



Bundesamt für Justiz  
Direktionsbereich Strafrecht  
Bundesrain 20  
3003 Bern

c/o  
Abteilung Bewährungshilfe und  
alternativer Strafvollzug  
Gerechtigkeitsgasse 36  
Postfach 652  
3000 Bern 8

Bern, 27. August 2015

**Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Umsetzung von Art. 123c BV).  
Mitbericht der SKLB**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne nehmen wir Stellung zur vorgeschlagenen Gesetzesänderung:

Wir sehen die Aufnahme einer Härtefallbestimmung für leichte Fälle gemäss Variante 1 als zwingend notwendig an. Eine Härtefallbestimmung erlaubt es, ausnahmsweise auf die Anordnung eines lebenslänglichen Tätigkeitsverbots zu verzichten, wenn dieses für den Täter eine unverhältnismässige Massnahme darstellt. Ebenfalls befürworten wir die Möglichkeit einer Überprüfung der Anordnung nach einer gewissen Zeitspanne. Die strikte automatische Anordnung des lebenslänglichen Tätigkeitsverbots nach Variante 2 scheint uns aufgrund von rechtsstaatlichen und völkerrechtlichen Überlegungen unhaltbar.

Die Kosten im Straf- und Massnahmenvollzug – insbesondere im Bereich der Bewährungshilfe sind schwer abzuschätzen. Die Begleitmandate werden sowohl bei der zwingend anzuordnenden Bewährungshilfe als auch bei der fakultativen Bewährungshilfe über eine lange Zeit Ressourcen binden. Sollten die Mandate trotz einer gezielten Anordnung der Bewährungshilfe im Einzelfall zunehmen, müssten in den Kantonen zusätzliche personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Insbesondere in kleinen Kantonen werden zusätzliche Mandate rasch Ressourcenprobleme in den Bewährungsdiensten ergeben.

Wichtig erscheint uns auch der Hinweis, dass die Bewährungshilfe über begrenzte Möglichkeiten zur Überwachung (auch) der lebenslänglichen Tätigkeitsverbote verfügt<sup>1</sup>. Als Kontrollinstrument steht ihr lediglich das Gespräch mit dem Klienten bzw. Fragen nach seinen Tätigkeiten zur Verfügung. Ihr gesetzlicher Auftrag liegt denn auch nicht in der Überwachung, sondern darin, die betreuten Personen mittels geeigneter Sozial- und Fachhilfe vor Rückfälligkeit zu bewahren und bei der sozialen Integration zu unterstützen. Kontroll- und Überwachungsaufgaben, wie sie für den Vollzug eines Tätigkeitsverbots nötig sind, sind vielmehr Aufgaben der Polizei, welche auch über die dafür notwendigen Mittel, Instrumente und Techniken verfügt und ihre entsprechenden Tätigkeiten, z.B. Observierung etc., auf entsprechende gesetzliche Grundlagen stützen kann. Die Bewährungshilfe verfügt nicht über das nötige Instrumentarium, um Tätigkeitsverbote wirksam zu kontrollieren. Nebst einem klaren Auftrag müssten ihr solche zuerst gesetzlich zuerkannt werden.

---

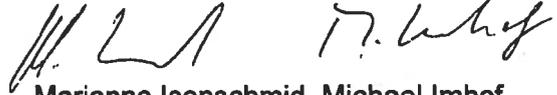
<sup>1</sup> Es wird an dieser Stelle stellvertretend für die anderen Strafvollzugskonkordate auf das beiliegende Merkblatt der Nordwest- und Innerschweiz zur Umsetzung der neuen Verbote durch die kantonalen Vollzugs- und Bewährungsdienste (31.4) verwiesen.

Ein wirksames Kontrollinstrument ist der neue Sonderprivatauszug. Allerdings ist er im StGB nicht zwingend verankert, sondern es ist Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern, Vereinen und anderen Organisationen freigestellt, ob sie von ihren Mitarbeitenden/Bewerbern/Mitgliedern einen Sonderprivatauszug anfordern oder nicht. Damit wird das einzige Kontrollinstrument, welches wirksam dem Opferschutz dient, aus der Hand gegeben. Umso wichtiger erscheint in diesem Zusammenhang eine gezielte wiederkehrende Information von Vereinen oder anderen Anbietern von entsprechenden Angeboten zum Sonder-Strafregisterauszug.

Für eine wirksame Kontrolle unabdingbar ist sodann, dass Tätigkeitsverbote ins RIPOL eingetragen werden können. Nur so ist garantiert, dass die Polizei vom Verbot Kenntnis hat und bei Bedarf entsprechend intervenieren kann. Das RIPOL-Gesetz/Verordnung muss daher dringend angepasst werden.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse



Marianne Isenschmid, Michael Imhof  
Co-Präsidium SKLB

Beilage:

Merkblatt der Nordwest- und Innerschweiz zur Umsetzung der neuen Verbote durch die kantonalen Vollzugs- und Bewährungsdienste



Bundesamt für Justiz  
Direktionsbereich Strafrecht  
Bundesrain 20  
**3003 Bern**

Dürrenäsch, 31. August 2015

**Vernehmlassung zur Änderung des Strafgesetzbuches und Militärstrafgesetzes  
(Umsetzung von Art. 123c BV) „Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten  
dürfen“.**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

**Als Fachstelle für Sexualethik und Lebensschutz unterstützen wir generell eine strenge Behandlung  
von pädophilen Straftätern. Der Schutz der Opfer hat bei uns höchsten Stellenwert.**

Der Bundesrat schlägt vor, die neue Verfassungsbestimmung im Strafgesetzbuch (StGB, SR 311) und im  
Militärstrafgesetz (MStG, SR 321) basierend auf den Bestimmungen des bestehenden Tätigkeitsverbots, die  
am 1. Januar 2015 in Kraft getreten sind, umzusetzen (Art. 67 ff. ST GB, Art. 50ff MStG).

Als Schweizerisches Weisses Kreuz begrüßen wir die Ausnahmebestimmung von Variante 1, welche eine  
Härtefallbestimmung für leichte Fälle von pädophilen Straftaten vorsieht, wenn ein Tätigkeitsverbot weder  
notwendig noch zumutbar ist.

**Aus psychosexueller Sicht sehen wir im Rahmen einer professionellen Präventionsarbeit  
grundsätzlich das Potential positiver Veränderung bei jugendlichen Straftätern als gegeben.** Deshalb  
fordern wir einen Ausbau und die Sicherung von präventiven und therapeutischen Angeboten für  
Jugendliche allgemein, sowie insbesondere für jugendliche Straftäter mit pädophilem Hintergrund.

Als Schweizerisches Weisses Kreuz vertreten wir zudem die Meinung, auch erwachsene pädophile Straftäter  
tragen das Potential zu einer positiven Persönlichkeitsveränderung in sich und sollten unbedingt die  
Möglichkeit bekommen, therapeutische Angebote zu nutzen. Zudem empfehlen wir dringend,  
niederschwellige Beratungsangebote für Menschen mit pädophilen Neigungen auszubauen. Dadurch soll der  
Angst vor Stigmatisierung entgegengewirkt und die Möglichkeit einer frühen, selbstgewählten Therapie  
gefördert werden.



Sexuelle Belästigung (Art 67 Abs. c) soll für alle Straftäter, auch für pädophile Straftaten im Sinne der Psychiatrie, bestraft werden. Die Wahrung der Verhältnismässigkeit, welche in der Bundesverfassung garantiert ist, ist uns dabei wichtig, sowohl in schweren, wie in leichten Fällen pädophiler Straftaten.

Wir begrüssen ( Art. 37 1a Abs. 1) die Möglichkeit, dass Arbeitnehmende einen Sonderprivatauszug aus dem Strafregister anfordern können. So bekommen auch Arbeitgeber, Vereine und Kirchen eine Möglichkeit zur Absicherung, wenn sich Bewerber für eine berufliche oder ausserberufliche Tätigkeit mit Minderjährigen oder anderen schutzbedürftigen Personen interessieren und bewerben.

Zudem erachten wir es als wichtig, dass Straftäter die Möglichkeit haben, bei einem lebenslänglichen Verbot nach Art 67c Abs 5 Bst. c-d 4, ein Gesuch zur Aufhebung oder Einschränkung des Verbotes ersuchen können.

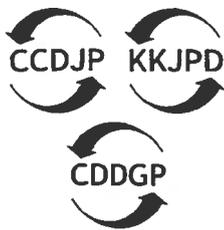
Mit freundlichen Grüssen  
**Schweizerisches Weisses Kreuz**

Stephan Schneider, Vorsteher



Bernhard Möri, Geschäftsführer





KONFERENZ DER KANTONALEN JUSTIZ- UND POLIZEIDIREKTORINNEN UND -DIREKTOREN  
CONFERENCE DES DIRECTRICES ET DIRECTEURS DES DEPARTEMENTS CANTONAUX DE JUSTICE ET POLICE  
CONFERENZA DELLE DIRETTRICI E DEI DIRETTORI DEI DIPARTIMENTI CANTONALI DI GIUSTIZIA E POLIZIA

BA Justiz
E 1. Sep. 2015
Act

Bundesamt für Justiz  
Direktionsbereich Strafrecht  
Bundesrain 20  
3003 Bern

Bern, 31. August 2015  
09.01.02 sro

### **Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Umsetzung von Art. 123c BV); Stellungnahme**

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, uns zur Umsetzung von Artikel 123c der Bundesverfassung zu äussern. Der Vorstand der KKJPD hat sich in Bezug auf die Stellungnahme mit der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) abgestimmt und nimmt zur Vorlage des Bundesrates wie folgt Stellung:

1. Wir begrüssen es, dass das Tätigkeitsverbot nicht davon abhängig gemacht wird, dass der zu verbietende Beruf bewilligungspflichtig ist. Lehrpersonen müssen für ihre Unterrichtstätigkeit im Besitz eines Lehrdiploms sein. Praktisch kein Kanton verfügt heute noch über eine anstellungsrechtliche Berufsausübungsbewilligung für Lehrpersonen.
2. Bei Artikel 67 Absatz 4ter unterstützen wir die Variante 1.

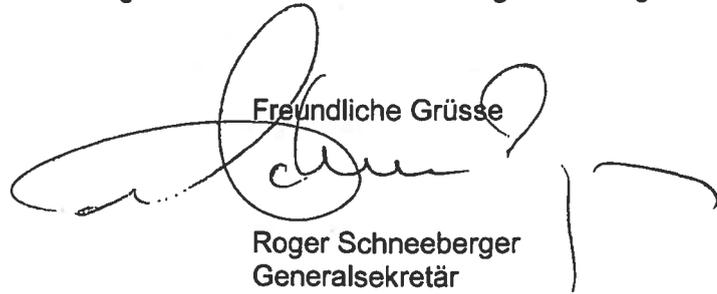
Es ist gerechtfertigt, dass die Gerichte in leichten Fällen, insbesondere bei der so genannten Jugendliebe, von der Anordnung eines Tätigkeitsverbots absehen können. Indem die Härtefallklausel bei schweren Straftaten wie Menschenhandel, sexueller Nötigung, Vergewaltigung, Schändung oder Förderung der Prostitution nicht angewendet werden darf, wird sie unseres Erachtens auf ein Mass beschränkt, das sicher stellt, dass den Grundanliegen von Artikel 123c BV Rechnung getragen wird.

Auf der andern Seite ist unseres Erachtens zu prüfen, ob das Tätigkeitsverbot bei den in Variante 1 genannten Tatbeständen nicht auch auf schuldunfähige Täter ausgedehnt werden sollte. Die Tatsache, dass ein schuldunfähiger Täter freigesprochen werden muss, tut seiner Gefährlichkeit keinen Abbruch. Gerade bei den genannten Schwerstverbrechen kann eine erhöhte Gefährlichkeit schuldunfähiger Täter nicht ausgeschlossen werden. Eine Regelung, wonach ein lebenslanges Tätigkeitsverbot bei schuldunfähigen Tätern trotz Freispruch zwingend ist, in Härtefällen aber im Rahmen des richterlichen Ermessens nach denselben Grundsätzen wie bei schuldfähigen Tätern darauf verzichtet werden kann, wäre aus unserer Sicht bei solch schweren Delikten adäquater als ein fakultatives Tätigkeitsverbot, das sich auf Artikel 67 Abs. 2 StGB stützt.

3. Für uns ist es zwingend, dass Tätigkeitsverbote während der ganzen Verbotsdauer im Sonderprivatauszug ersichtlich sind.

Wir danken Ihnen, wenn Sie unsere Stellungnahme bei der Überarbeitung der Vorlage berücksichtigen.

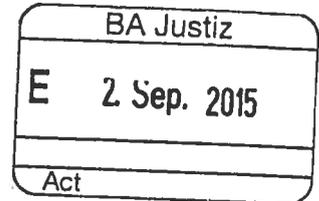
Freundliche Grüße



Roger Schneeberger  
Generalsekretär

*Kopie an:*

*Generalsekretariat EDK*



Bundesamt für Justiz  
Direktionsbereich Strafrecht  
Bundesrain 20  
3003 Bern

corine.kloeti@bj.admin.ch

Bern, 2. September 2015

**Vernehmlassung Umsetzung von Art. 123c BV, Strafgesetzbuch und Militärstrafgesetz**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Städteverband dankt für die Einladung, sich zur Umsetzung des Art. 123c BV, der auf der Annahme der Volksinitiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen» beruht, zu äussern. Die Bestimmungen betreffen unsere Mitglieder insbesondere im Bildungsbereich. Die kommunale Ebene ist sowohl für obligatorische Schulangebote zuständig, als auch für zusätzliche Bildungsangebote wie beispielsweise Aufgabenhilfe und Betreuung.

Wir unterstützen den Vernehmlassungsvorschlag. Der Entwurf zur Änderung des Strafgesetzbuchs und Militärstrafgesetzes konkretisiert differenziert das vom Richter zu verhängende Tätigkeitsverbot bei der Verurteilung von Personen, die einschlägige Straftaten gegen Minderjährige und Abhängige begangen haben. Bei den genannten Umsetzungsvarianten 1 und 2 plädieren wir für die Variante 1, die eine Härtefallregelung beinhaltet. Gestützt wird damit die Auffassung des Bundesrates, der die strengere Umsetzung (mit Variante 2) als problematisch erachtet, weil sie in Konflikt mit der Verfassung (Verhältnismässigkeit) und völkerrechtlich verankerten Menschenrechtsgarantien steht.

Freundliche Grüsse

**Schweizerischer Städteverband**  
Präsident

Kurt Fluri, Nationalrat  
Stadtpräsident Solothurn

Direktorin

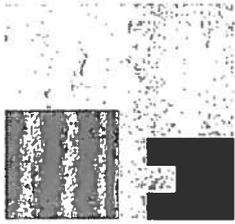
Renate Amstutz

Kopie Schweizerischer Gemeindeverband



E 2. Sep. 2015

Act



Swiss Society of Forensic Psychiatry SSFP

Schweizerische Gesellschaft für Forensische Psychiatrie SGFP

Société suisse de Psychiatrie Forensique SSPF

Società Svizzera di Psichiatria Forense SSPF

Prilly, 28.08.2015

### Prise de position de la Société suisse de psychiatrie forensique (SSPF)

Dans le cadre de la consultation concernant la Modification du Code pénal et du Code pénal militaire (mise en œuvre de l'art. 123c Cst.)

Madame, Monsieur,

La SSPF prend acte de l'avant-projet de mise en œuvre de l'art. 123c Cst., faisant suite à l'acceptation par le peuple et les cantons, le 14 mai 2014, de l'initiative populaire « Pour que les pédophiles ne travaillent plus avec des enfants ».

La SSPF se prononce en faveur de l'option 1, telle que présentée. Celle-ci prévoit en effet une clause applicable aux cas de peu de gravité qui permettra au juge de vérifier, pour certaines infractions sexuelles, s'il n'est manifestement ni nécessaire ni raisonnable d'infliger une interdiction d'exercer une activité à l'auteur et de renoncer exceptionnellement à en prononcer une. Cette disposition permettra notamment de ne pas avoir recours systématiquement à l'interdiction dans le cas des amours d'adolescents.

L'option 2, qui renonce à cette clause dans son application, n'autorise pas cette marge d'appréciation ; la SSPF ne saurait la soutenir.

La SSPF exprime également par cette occasion sa préoccupation face aux risques croissants de stigmatisation sociale des auteurs d'infractions à caractère sexuel, vis-à-vis d'enfants ou de manière plus générale.

En vous souhaitant bonne réception de la présente, nous vous prions d'agréer, Madame Monsieur, l'expression de notre considération distinguée.

Pour la SSPF, le Président,

Dr Ph. Delacrausaz

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Ph. Delacrausaz', is written below the printed name.



# SSK | CPS

Schweizerische Staatsanwälte-Konferenz  
Conférence des procureurs de Suisse  
Conferenza dei procuratori della Svizzera

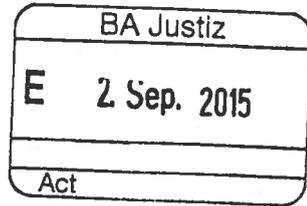
Le président:

Rolf Grädel, procureur général du canton de Berne  
rolf.graedel@justice.be.ch

Eidg. Justiz- und  
Polizeidepartement

- 1. Sep. 2015

la. \_\_\_\_\_



Le Département fédéral de justice et  
police / DFJP  
Madame la Conseillère fédérale  
Simonetta Sommaruga  
Bundeshaus West  
3003 Bern

[Corine.kloeti@bj.admin.ch](mailto:Corine.kloeti@bj.admin.ch)

Berne, le 31 août 2015

## Déterminations de la CPS/SSK concernant l'art. 123c Cst

Madame la Conseillère fédérale

### I.- Remarques générales

A titre préliminaire, la Conférence des procureurs de Suisse (ci-après CPS) relève d'emblée la très grande, voire trop grande complexité des dispositions légales proposées. A cet égard, pour les praticiens concernés (procureurs, juges, autorités d'exécution), la perspective de devoir appliquer ces dispositions compliquées ne va pas sans une réaction immédiate : même si les affaires concernées sont relativement peu nombreuses, et le cercle des auteurs limité, le travail supplémentaire engendré par le nouveau droit sera considérable. Le constat initial de cette complexité a pour corollaire que des déterminations détaillées exhaustives sont pratiquement exclues. La CPS limitera dès lors son analyse à quelques points, soit ceux qui paraissent les plus importants.

Toujours au stade des généralités, la CPS est d'avis que la traduction strictement littérale dans la loi du texte constitutionnel accepté en votation populaire, comporte le risque, important, de décisions incompatibles avec les principes fondamentaux du droit, à commencer par celui de la proportionnalité. Dès lors, la CPS partage l'avis du Conseil fédéral et estime que l'option 1 de l'avant-projet, qui instaure une clause applicable aux cas de peu de gravité, est préférable à l'option 2. Le débat sur le respect de la volonté du peuple est politique. Il n'appartient pas à la CPS d'y participer.

Il faut néanmoins relever que le texte constitutionnel en lui-même pose problème puisque s'y trouvent juxtaposées plusieurs notions qui ne se recoupent que partiellement entre elles. Ainsi, la contradiction, interne à l'article dans lequel la victime, désignée : « enfant ou personne dépendante », est remplacée, en ce qui concerne l'interdiction, par les notions de « mineurs ou personnes dépendantes », complique la mise en application de la disposition. De surcroît, le titre de l'article fait quant à lui référence à la notion de : « personnes incapables de résistance ou de discernement », qui ne correspond pas entièrement à celle de « personne dépendante ».

Enfin, les deux options mises en consultation prévoient, dans le cadre de l'exécution, un réexamen de l'interdiction après une certaine période d'exécution à la demande du condamné. A certaines conditions celui-ci pourrait demander des aménagements de la mesure ou de sa levée. Toutefois, cette possibilité n'existera pas pour les pédophiles au sens psychiatrique du terme. La CPS estime que le texte de loi devrait déterminer clairement à quel moment le diagnostic de pédophilie entraîne cette exclusion : au moment du jugement au fond et/ou plus tard, au cours de l'exécution de la peine ? Un prévenu diagnostiqué pédophile pourra-t-il malgré tout demander une nouvelle expertise et le cas échéant, dans le cadre de l'exécution, faire modifier l'interdiction ? La situation doit être clarifiée sur ce point.

## II.- Remarques sur les dispositions de l'avant-projet

Les articles qui n'appellent pas de commentaires particuliers ne sont pas mentionnés.

### Article 67 AP-CP

Les alinéas 3 et 4 : il est probablement plus cohérent de séparer les deux domaines en fonction des victimes potentielles, puisque les infractions concernées ne se recoupent que très partiellement. Les exemples donnés plus loin n'en doivent pas moins amener à s'interroger sur la distinction (ch III ci-dessous). La définition de « personnes particulièrement vulnérables », qui a été placée à l'alinéa 6 de l'article 67a AP-CP, devrait l'être juste après l'art. 67 al. 4 AP-CP, puisque c'est à cet article qu'apparaît la notion de « personne particulièrement vulnérable » pour la première fois dans la loi. Enfin, la notion n'est pas suffisamment précise et devrait être mieux explicitée.

L'alinéa 4ter : option 1 ou 2 ?

L'option 2 s'écarte des principes élémentaires du droit et ne permet pas de faire une application individualisée des peines et mesures. Sans doute les buts visés par l'initiative seront-ils atteints, mais les « effets collatéraux » résultant du caractère systématique et automatique de l'interdiction seront excessifs.

L'option 1, permet de tenir compte des circonstances du cas ; elle est conforme aux principes fondamentaux du système juridique suisse et qui président à l'application de l'ensemble du droit pénal (expulsion automatique des délinquants étrangers exceptée). Compte tenu des conditions très strictes qui doivent exister pour que le juge puisse renoncer à l'interdiction (cas de peu de gravité, absence manifeste de nécessité de prononcer une interdiction tout aussi manifestement déraisonnable), les buts recherchés par le peuple seront atteints, dans le respect du droit. Cette option, qui attribue aux autorités judiciaires un pouvoir d'appréciation, très limité, pour évaluer les situations conformément au principe de l'individualisation des peines et mesures notamment, est en accord avec les règles fondamentales du droit pénal.

Même si, comme déjà mentionné, il résultera de l'option 1 une charge de travail plus importante que dans l'option 2, c'est à la première que la CPS est favorable.

Il est important de relever ici que si l'option 1 est choisie, il faut que la renonciation à l'interdiction puisse être de la compétence des procureurs, dans le cadre de leurs attributions telles qu'énumérées à l'article 352 al. 2 CPP. En effet, s'il paraît justifié, dans l'option 1, d'exclure que l'interdiction des al. 3, 4 et 4 bis de l'article 67 AP-CP soit prononcée par la voie de l'ordonnance pénale, la CPS est d'avis que, dans les cas de peu de gravité de l'art. 67 al. 4ter, le procureur doit pouvoir rendre une ordonnance pénale. Il s'agit de cas simples et qui n'entraîneront qu'une sanction légère. Si on prend l'exemple classique d'un(e) prévenu(e) de 19 ans qui a eu relation sexuelle parfaitement consentie avec un(e) mineur(e) de 15 ans, on doit admettre qu'un procureur puisse régler un tel cas, par voie d'ordonnance pénale, plutôt que d'encombrer inutilement les tribunaux de première instance, déjà surchargés. Dès lors, l'art. 67 al. 4ter AP-CP de l'option 1 doit être mentionné à l'art. 352 al. 2 CPP. Enfin, les termes de *Juge/Gericht* mentionnés à l'art. 67 al. 4ter AP-CP doivent être remplacés par ceux d'*Autorités pénales/ Strafbehörden* au sens du titre II du CPP. Pour conclure sur ce point, on ne voit pas, à supposer que l'option 2 soit retenue, avec une interdiction systématique et automatique, pourquoi le procureur ne pourrait pas la prononcer lorsque la peine est inférieure ou égale à 6 mois.

#### Article 67a AP-CP

On renvoie à ce qui a été relevé ci-dessus ad art. 67 al. 3 et 4 AP-CP.

#### Article 67c, al. 5 lettre e AP-CP

L'art. 67c AP-CP - et les délais qui doivent s'être écoulés avant que l'auteur puisse demander pour la première fois une révision d'une interdiction d'exercer une activité – est manifestement trop compliqué en terme de faisabilité et doit être simplifié. La CPS propose de limiter les cas de figure à deux, au lieu de trois. Le premier serait celui des infractions de gravité « moindre » comme celles des art. 194, 197, al. 2, 1ère phrase ou 198 CP et qui font l'objet de l'art. 67 al. 5 let. e chiffre 1 de l'avant-projet, avec un délai de trois ans ; le second recouvrirait toutes les autres infractions, avec un délai de 10 ans avant que l'auteur puisse demander pour la première fois la levée totale ou partielle de l'interdiction. Une durée de quinze ans avant de pouvoir **demander**, ce qui ne signifie pas **obtenir** la levée ou un allègement de l'interdiction, est excessive si l'on prend en considération qu'une vie professionnelle dure plusieurs décennies, d'une part, et d'autre part que, pour un homme condamné à l'âge de 45 ans, par exemple (soit une personne encore jeune), l'exclusion de l'activité jusqu'à 60 ans revient de facto, purement et simplement à une interdiction à vie définitive.

### III.- Remarques en forme de conclusion

Les complications diverses prévisibles et la surcharge de travail d'une importance sans proportion avec le but visé, telles qu'elles résultent de l'avant-projet, exige des simplifications. Par ailleurs, certaines dispositions conduiront à des situations qui ne sont pas satisfaisantes, voire même, dans certains cas, à des inégalités injustifiées. En voici quelques exemples :

- 1) Si l'on prend le cas d'un exhibitionniste, l'infraction de l'art. 194 CP se poursuit sur plainte. On doit donc admettre que, dans un tel cas, le prononcé d'une éventuelle interdiction à vie dépendra en premier lieu de la seule sensibilité de la victime.

Au contraire, dans le cas de l'art. 197 al. 2, 1<sup>ère</sup> phrase CP, l'interdiction sera prononcée, sauf dans les cas de peu de gravité. Dès lors, pour l'exhibitionniste, force est de constater que son avenir professionnel dépendra du bon vouloir de sa victime, alors que dans le deuxième cas, il dépendra de l'appréciation du juge.

Cette différence n'est pas seulement insatisfaisante ; elle est clairement choquante.

2) A supposer qu'un maître professionnel abuse sexuellement d'un(e) apprenti(e) majeur(e) de 19 ans, la justice pourra lui interdire à vie de travailler avec des personnes vulnérables majeures, alors qu'il pourra toujours travailler avec des mineurs et inversement. La systématique légale est ici clairement défailante.

3) Un infirmier-stagiaire en pédiatrie qui aura montré de la pornographie à une mineure pourra-t-il travailler dans un service de psychiatrie adulte ?

Enfin, au risque de rajouter une complication à un dispositif dont elle critique la complexité, la CPS se permet une conclusion finale en forme de question : si un condamné viole l'interdiction, il tombera sous le coup de l'art. 294 CP, dès lors, est-ce que l'employeur qui l'aura engagé, sachant qu'une telle interdiction avait été prononcée, sera punissable par application conjointe des art. 26 et 294 CP ou pas ?

Nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à notre respectueuse considération.

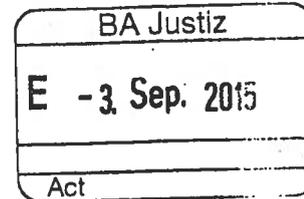
Pour la Conférence des procureurs de Suisse (SSK | CPS)



Rolf Grädel, Procureur général du canton de Berne, Président

Der Sekretär: lic.iur. Chr. Winkler, c/o Staatsanwaltschaft des Kantons Zug, An der Aa 4, Postfach 1356, CH-6301 Zug  
Tel.-Nr. 041 728 46 00 - Fax-Nr. 041 728 46 09 - E-Mail: [christoph.winkler@zg.ch](mailto:christoph.winkler@zg.ch); Internet: [www.skq-ssdp.ch](http://www.skq-ssdp.ch)

An das  
Bundesamt für Justiz  
Direktionsbereich Strafrecht  
Bundesrain 20  
3003 Bern



Bern und Zug, 2. September 2015

**Vernehmlassung zur Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes  
(Umsetzung von Art. 123c BV)**

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Schweizerische Kriminalistische Gesellschaft (SKG) bedankt sich für die Gelegenheit, zur Umsetzung von Art. 123c BV Stellung nehmen zu können.

Den Vorentwurf (VE) zu den Änderungen des Strafgesetzbuches erachtet die SKG als grundsätzlich begrüßenswert.

Art. 67 Abs. 2bis, 3, 4 und 4bis VE geben zu keinen besonderen Bemerkungen Anlass. Das Gleiche gilt für die technischen Anpassungen in Art. 19 Abs. 3, Art. 67 Abs. 5 bis 7 und Art. 67a Abs. 4 VE sowie bei den Strafregisterbestimmungen. Die beispielhafte Auflistung der verbotenen Tätigkeiten in Art. 67a Abs. 5 VE und die Umschreibung des Begriffes besonders schutzbedürftiger Personen unter Art. 67a Abs. 6 VE sind sicher zweckmässig.

Bezüglich Art. 67 Abs. 4<sup>ter</sup> VE muss der Variante 1 (Ausnahmebestimmung für leichte Fälle) den Vorzug gegeben werden. Die Variante 2 (keine Ausnahmebestimmung) ist abzulehnen, da ein Automatismus des Tätigkeitsverbots ohne Härtefallbestimmung – gerade mit dem umfassend ausgestalteten Deliktskatalog der Anlasstaten – unverhältnismässig erscheint und eine richterliche Einzelfallprüfung generell verunmöglicht. Im Gegensatz dazu erlaubt die Variante 1, dass in leichten Fällen (so bei der einvernehmlichen Jugendliebe) von einem Tätigkeitsverbot abgesehen wird. Abgesehen von den bekannten Konflikten eines zwingenden Automatismus mit dem Verfassungs- und Konventionsrecht wird eine Regelung, die je-

des richterliche Ermessen verunmöglicht, der richterlichen Tätigkeit nicht gerecht und beschneidet sie zu stark in ihrer Kompetenz. Es muss Aufgabe der Gerichte sein, weniger schwerwiegende Fälle anders zu behandeln als schwere Verstösse und entsprechende Abwägungen vorzunehmen, dies insbesondere um dem Verhältnismässigkeitsprinzip gerecht zu werden. Unter Anlasstaten werden auch Antragsdelikte wie sexuelle Belästigung (die lediglich eine Übertretung darstellt) und Exhibitionismus erfasst. Es stellt sich hier grundsätzlich die Frage, ob bei diesen Delikten das lebenslängliche Verbot mit Blick auf den strafrechtlichen Vorwurf und mögliche maximale Sanktion überhaupt verhältnismässig ist. Gerade auch weil die Anlasstaten so weit gefasst werden, erscheint eine Ausnahmeklausel zwingend.

Art. 67c Abs. 5 lit. d VE muss auf Art. 67 Abs. 2<sup>bis</sup> verweisen.

Die Möglichkeit der nachträglichen Überprüfung gemäss Art. 67c Abs. 5 lit. d und e VE stellt zwar keine wortgetreue Umsetzung von Art. 123c BV dar. Sie ermöglicht aber nachträgliche Entwicklungen, insbesondere auch erfolgreich absolvierte Therapien zu berücksichtigen und dem Verhältnismässigkeitsprinzip Rechnung zu tragen. Pädophile Straftäter im Sinne der Psychiatrie sollen von der Überprüfungsmöglichkeit ausgeschlossen werden (Art. 67c Abs. 6<sup>bis</sup> VE).

Das Gesagte gilt entsprechend für die vorgeschlagenen Änderungen des Militärstrafrechts.

SCHWEIZERISCHE  
KRIMINALISTISCHE GESELLSCHAFT

Die Präsidentin:

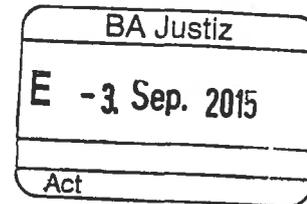
  
Annemarie Hubschmid Volz

Der Sekretär:

  
Christoph Winkler

Bundesamt für Justiz  
Direktionsbereich Strafrecht  
Bundesrain 20  
3003 Bern

[corine.kloeti@bj.admin.ch](mailto:corine.kloeti@bj.admin.ch)  
[franziska.zumstein@bj.admin.ch](mailto:franziska.zumstein@bj.admin.ch)



Bern, 2. September 2015 sgv-KI/ds

### Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Umsetzung von Art. 123c BV)

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Schweizerische Gewerbeverband sgv, die Nummer 1 der Schweizer KMU-Wirtschaft, vertritt 250 Verbände und gegen 300'000 Unternehmen. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.

Mit Schreiben vom 13. Mai 2015 lädt uns das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement EJPD ein, zum Entwurf der Umsetzung von Art. 123c BV (Volksinitiative „Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen“) Stellung zu nehmen. Wir danken für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Volk und Stände haben am 18. Mai 2014 die Volksinitiative „Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen“ mit über 63% der Stimmen angenommen. Personen, die verurteilt werden, weil sie die sexuelle Unversehrtheit eines Kindes oder einer abhängigen Person beeinträchtigt haben, verlieren endgültig das Recht, eine berufliche oder ehrenamtliche Tätigkeit mit Minderjährigen oder Abhängigen auszuüben. Für die Umsetzung dieser Verfassungsbestimmung legt der Bundesrat zwei Varianten vor. In Variante 1 wird für leichte Fälle eine Härtefallbestimmung eingeführt, die es einem Gericht erlaubt, im Einzelfall zu prüfen, ob das Tätigkeitsverbot offensichtlich keine notwendige und zumutbare Massnahme für den Täter darstellt. Die Variante 2 verzichtet grundsätzlich auf jegliche Ausnahmen und die Härtefallbestimmung.

Der Schweizerische Gewerbeverband sgv verurteilt Pädophile und die Verletzung der Unversehrtheit von Kindern und schutzbedürftigen Personen.

Ein zwingend lebenslängliches Tätigkeitsverbot ist ein sehr starker Eingriff in die persönliche Freiheit und in die Grundrechte. Die strikte Umsetzung der Initiative ohne Härtefallklausel könnte zur Folge haben, dass sogar bei Antragsdelikten wie z.B. Exhibitionismus (StGB Art. 194) oder bei sexuellen Belästigungen (StGB Art. 198) ein Gericht zwingend ein lebenslängliches Tätigkeitsverbot verhängen müsste. Hierbei handelt es sich aber gemäss Strafrecht nicht um ein Verbrechen, sondern um eine Übertretung. Das Tätigkeitsverbot soll zudem unabhängig von der Höhe der Strafe angeordnet werden. Das wäre unverhältnismässig und würde das Rechtsgefüge erheblich stören. Das Verhältnismässigkeitsprinzip ist ein grundlegendes Prinzip, das geachtet werden muss.

Der Schweizerische Gewerbeverband sgv unterstützt deshalb die Umsetzung von BV 123c gemäss Variante 1 und plädiert für eine Härtefallklausel und ein entsprechendes richterliches Ermessen.

Wir danken für die Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Gewerbeverband sgv



Hans-Ulrich Bigler  
Direktor



Dieter Kläy  
Ressortleiter



Frau Bundesrätin  
Simonetta Sommaruga  
Chefin des EJPD  
Bundesamt für Justiz  
Direktionsbereich Strafrecht  
Bundesrain 20  
3003 Bern

15/0357/ET-rw

Freiburg, den 2. September 2015

**Vernehmlassung zur Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes  
(Umsetzung von Art. 123c BV „Massnahme nach Sexualdelikten an Kindern oder an  
zum Widerstand unfähigen oder urteilsunfähigen Personen“)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom Juli 2015 hat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement die Schweizer Bischofskonferenz (SBK) eingeladen, zu den oben bezeichneten Gesetzesänderungen Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen dafür bestens.

**1. Allgemeines**

Die SBK begrüsst grundsätzlich das Vorhaben des Bundesrates, die neue Bestimmung von Art. 123c der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft «Massnahme nach Sexualdelikten an Kindern oder an zum Widerstand unfähigen oder urteilsunfähigen Personen» im Strafgesetzbuch und im Militärstrafgesetz, basierend auf den Bestimmungen des bestehenden Tätigkeitsverbots, die am 1. Januar 2015 in Kraft getreten sind, umzusetzen.

Mit allem Respekt: Die Redaktion des Vorentwurfs empfinden wir als wenig glücklich. Die Bestimmungen dürften die Rechtsanwendung bei der praktischen Umsetzung vor grosse Schwierigkeiten, wenn nicht vor unlösbare Probleme stellen. Rechtssprache und Systematik erscheinen uns geradezu unschweizerisch kompliziert. Im Strafrecht, das vom zwingenden Imperativ des Bestimmtheitsgebots *nullum crimen, nulla poena sine lege certa* beherrscht wird, steht der Entwurf schief in der Landschaft.

Eine Strafnorm und eine damit verbundene Sanktion sollte so präzise formuliert sein, dass die Menschen, die ihr unterworfen sind, ihr Verhalten danach richten und die Folgen eines bestimmten Verhaltens mit einem den Umständen entsprechenden Grad an Gewissheit erkennen können.<sup>1</sup> Diese Klarheit lässt der Vorentwurf schmerzlich vermissen.

<sup>1</sup> Urteil des Bundesgerichts 6B\_1029/2014 vom 23. Juni 2015, Erw. 1.3.3.; BGE 138 IV 13 E. 4.1 S. 20 mit Hinweisen.



## 2. Ausnahmslose Anordnung eines zwingenden Tätigkeitsverbotes (Variante 2)

Diese Variante sieht vor, die Umsetzung so eng am Wortlaut von Artikel 123c BV zu orientieren, dass mit der Änderung des Strafgesetzbuchs und des Militärstrafgesetzes geltende rechtsstaatliche Grundsätze der Verfassung, namentlich das Verhältnismässigkeitsprinzip und völkerrechtlich verankerte Menschenrechtsgarantien verletzt würden.

*Unsere Stellungnahme.* Wir teilen die Auffassung des Bundesrats, dass diese Variante keine vertretbare Lösung darstellt. Sie verletzt den Verfassungsgrundsatz von Art. 5 Abs. 2 BV, wonach staatliches Handeln verhältnismässig sein muss. Sodann schafft sie einen unlöslichen Widerspruch zu Art. 56 Abs. 2 StGB, wonach die Anordnung einer Massnahme voraussetzt, dass der mit ihr verbundene Eingriff in die Persönlichkeitsrechte des Täters im Hinblick auf die Wahrscheinlichkeit und Schwere weiterer Straftaten nicht unverhältnismässig sei. Variante 2 ist daher abzulehnen.

## 3. Richterliches Ermessen in Härtefällen (Variante 1)

Art. 67 Abs. 4ter VE-StGB sieht vor, dass das Gericht in leichten Fällen von einem Tätigkeitsverbot nach den Absätzen 3–4bis absehen könne, wenn ein solches offensichtlich weder notwendig noch zumutbar sei.

*Unsere Stellungnahme.* Diese Härtefallklausel erscheint erforderlich, die Verhältnismässigkeit von Schuld und Sanktion im hier betroffenen Bereich des Strafrechts wenigstens teilweise zu ermöglichen.

Andererseits befürchten wir, dass selbst diese Härteklausel stossende Resultate bei der Rechtsanwendung nicht verhindern kann. Denn: Selbst bei Verbrechen, wo die Härteklausel nicht greift, sind nicht nur schwere, sondern auch verhältnismässig leichte Fälle denkbar. Folgendes Beispiel zur Illustration: Bei einem ausgelassenen Fest unter jungen Leuten sprechen diese, mehr als ihnen gut tut, alkoholhaltigen Getränken zu. Eine Teilnehmerin des Festes hat sich bereits schlafen gelegt. Enthemmt durch den Alkoholkonsum nähert sich ein junger Mann der schlafenden erwachsenen Frau und begeht an ihr eine relativ geringfügige sexuelle Handlung. Eine Person bringt den Täter zur Anzeige. Gemäss Art. 191 StGB macht sich der Schändung strafbar, wer eine urteilsunfähige oder eine zum Widerstand unfähige Person in Kenntnis ihres Zustandes zum Beischlaf, zu einer beischlafsähnlichen oder einer anderen sexuellen Handlung missbraucht. Die Tat ist damit wohl als Schändung im Sinn des StGB einzustufen, zumal bereits etwa das absichtliche flüchtige Berühren der bedeckten weiblichen Brust in der Rechtsliteratur als sexuelle Handlung gilt<sup>2</sup>. Dann aber darf von einem Tätigkeitsverbot nicht abgesehen werden. Dies bedeutet für den jungen Täter automatisch ein lebenslanges Verbot jeder beruflichen und jeder organisierten ausserberuflichen Heil- und Pfllegetätigkeit nach sich. Selbst wenn das Opfer keinerlei Interesse an einem Strafverfahren zeigt und der Täter unbescholten und nicht vorbestraft ist, wird dies nichts helfen. Kann das Stimmvolk dies gewollt haben?

### Art. 67 Abs. 4bis VE-StGB

Das allgemeine Tätigkeitsverbot nach geltendem Recht gemäss Art. 67 Abs. 1 StGB halten wir für ausreichend und sinnvoll. Art. 67 Abs. 4bis VE-StGB ist unseres Erachtens ersatzlos zu streichen.

<sup>2</sup> STEFAN TRECHSEL/CARLO BERTOSSA, in: Trechsel/Pieth (Hrsg.), Praxiskommentar StGB, 2. Aufl., Zürich/St. Gallen 2013, Art. 187 N 6.



Der Volkswille dürfte dem Titel der eidgenössischen Volksinitiative am besten entsprechen: «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen»<sup>3</sup>. Ein lebenslängliches Berufs- und ausserberufliches Tätigkeitsverbot für alle Personen, die nicht pädophil<sup>4</sup> sind, sich aber – und seien es noch so geringfügige – blosser Übertretungen im Bereich der geschlechtlichen Integrität von Minderjährigen oder Hilfsbedürftigen zu Schulden kommen liessen, können wir in diesem Volkswillen nicht erkennen.

#### 4. Fazit

Wir glauben einerseits zu erkennen, dass der Vorentwurf das Bestreben reflektiert, dem Wortlaut von Art. 123c BV und damit jenem der Initiative so getreu wie möglich zu folgen. Andererseits vertrauen wir darauf, dass der mutmassliche Volkswille nicht am Buchstabe des Initiativtextes klebt, sondern dem Titel der eidgenössischen Volksinitiative am besten entsprechen dürfte: «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen»<sup>5</sup>. Das scheint uns selbstverständlich und dürfte die Erklärung dafür sein, dass die Initiative so hohe Zustimmung erfahren hat. Dass hingegen lebenslängliche Berufs- und ausserberufliche Tätigkeitsverbote selbst über Personen zu verhängen seien, die nicht pädophil<sup>6</sup> sind und sich nur geringfügige Verstösse im Bereich der geschlechtlichen Integrität zu Schulden kommen liessen, dürfte den Volkswillen kaum wiedergeben. Wir befürchten, dass die integrale Umsetzung des Verfassungstextes nicht nur den wünschenswerten Schutz von Kindern, Minderjährigen und Hilfsbedürftigen vor sexuellen Übergriffen verbessert, sondern deutlich über dieses Ziel hinaus geht. Die hier kritisch hinterfragten, starren Massnahmen mit ihren verheerenden Folgen zögen Risse im Gewebe der bisher kohärenten Rechtsordnung nach sich und damit Kollateralschäden, die niemand gewollt haben kann.

Aufgrund des Wortlauts der Verfassungsbestimmung erscheint uns fraglich, ob diese überhaupt umgesetzt werden kann.

Mit der Bitte um wohlwollende Prüfung verbleiben wir mit vorzüglicher Hochachtung

Mgr. Markus Büchel  
Präsident der Schweizer Bischofskonferenz

Dr. Erwin Tanner-Tiziani  
Generalsekretär der Schweizer Bischofskonferenz

<sup>3</sup> BBl 2009 7021. website zur Initiative <http://kinder-schuetzen.ch/#Home>.

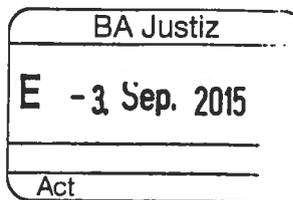
<sup>4</sup> Siehe Seite 12, Ziff. 1.4.1 des Erläuternden Berichts zur Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Umsetzung von Art. 123c BV).

<sup>5</sup> BBl 2009 7021. website zur Initiative <http://kinder-schuetzen.ch/#Home>.

<sup>6</sup> Siehe Seite 12, Ziff. 1.4.1 des Erläuternden Berichts zur Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Umsetzung von Art. 123c BV).



**Präsident**    **Roy Garré, Bundesstrafrichter, Bundesstrafgericht, Viale Stefano Franscini 7, Postfach 2720, 6501 Bellinzona**  
Tel. 091 822 62 62, E-Mail: roy.garre@bstger.ch  
**Sekretariat**    **Miro Dangubic, Bundesstrafgericht, Viale Stefano Franscini 7, Postfach 2720, 6501 Bellinzona**  
Tel. 091 822 62 40, E-Mail: miro.dangubic@bstger.ch, info@svr-asm.ch; www.svr-asm.ch



Bundesamt für Justiz  
Direktionsbereich Strafrecht  
Bundesrain 20  
3003 Bern

Bellinzona, 2. September 2015

### **Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Umsetzung von Art. 123c BV)**

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 13. Mai 2015 haben Sie unter anderem die Schweizerische Vereinigung der Richterinnen und Richter zur Vernehmlassung zum rubrizierten Geschäft bis 3. September 2015 eingeladen. Wir danken Ihnen für diese Möglichkeit und machen davon gerne wie folgt Gebrauch:

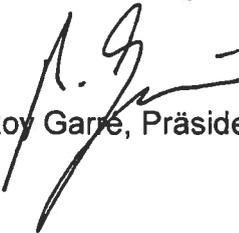
Am 18. Mai 2014 haben Volk und Stände die Volksinitiative "Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen" angenommen. Damit wurde die Bundesverfassung mit Artikel 123c ergänzt, wonach Personen, die verurteilt werden, weil sie die sexuelle Unversehrtheit eines Kindes oder einer abhängigen Person beeinträchtigt haben, endgültig das Recht verlieren, eine berufliche oder ehrenamtliche Tätigkeit mit Minderjährigen oder Abhängigen auszuüben.

Der Bundesrat schlägt vor, die neue Verfassungsbestimmung im Strafgesetzbuch (StGB) und im Militärstrafgesetz (MStG) basierend auf den neuen Bestimmungen des Tätigkeitsverbotes gemäss Art. 67 ff. StGB und Art. 50 ff. MStG umzusetzen. Für leichte Fälle wird in einer Variante 1 eine Härtefallbestimmung vorgeschlagen, die es dem Gericht bei gewissen Sexualstraftaten erlauben würde, im Einzelfall zu prüfen, ob das Tätigkeitsverbot offensichtlich keine notwendige und zumutbare Massnahme für den Täter darstellt. Als klassisches Beispiel werden die sogenannten Jugendlieben genannt. Die Initiantinnen und Initianten hatten tatsächlich in der öffentlichen Diskussion im Vorfeld der Abstimmung immer wieder betont, dass die Jugendlieben nicht zu einem zwingenden Tätigkeitsverbot führen sollen und dass die Initiative ausdrücklich auf pädophile Straftäter ziele. Dies wird schon aus dem klaren Titel der Initiative ersichtlich. In diesem Sinne würde die vorgeschlagene Härtefallbestimmung einerseits die Problematik der Jugendlieben entschärfen, andererseits aber darüber hinaus den Gerichten generell in leichten Fällen die Anwendung des ebenfalls auf Verfassungsstufe verankerten Verhältnismässigkeitsprinzips erlauben, was unter dem Aspekt der

Einzelfallgerechtigkeit gegenüber einem starren Automatismus vorzuziehen ist. In diesem Sinn unterstützt der Vorstand grossmehrheitlich die Variante 1. Eine Minderheit vertritt demgegenüber die Auffassung, dass eine konkrete Ausnahme hinsichtlich offensichtlich nicht pädophil veranlagter Täter dem Volkswillen besser entspräche und genügen würde, um in diesen Fällen unverhältnismässige Tätigkeitsverbote zu verhindern.

Wir danken Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüssen



Roy Garre, Präsident



Miro Dangubic, Generalsekretär

BA Justiz
E - 3. Sep. 2015
Act

Office fédéral de la justice  
 Domaine de direction Droit pénal  
 Bundesrain 20  
 3003 Berne

Berne, le 2 septembre 2015

**Réponse à la consultation fédérale relative à la modification du code pénal et du code pénal militaire (mise en œuvre de l'art. 123c de la Constitution fédérale)**

Madame, Monsieur

En tant qu'association de branche nationale, INSOS Suisse représente les intérêts de 800 institutions pour personnes en situation de handicap. Quelques 60 000 personnes y trouvent du travail, une structure de jour ou un espace de vie et peuvent y accomplir des mesures d'intégration ou d'ordre professionnel. INSOS Suisse œuvre à ce que les institutions bénéficient de conditions cadres optimales, de personnel bien formé et en suffisance, et qu'elles respectent des standards de qualité.

INSOS est également un membre actif du groupe de travail inter associatif Prévention, qui a été créé suite à la découverte le 1er février 2011 des nombreux cas de maltraitance perpétrés par un thérapeute social dans le canton de Berne. A ce titre, INSOS a été partie prenante à l'élaboration de la « Charte pour la prévention des abus sexuels, de la maltraitance et d'autres formes de violation de l'intégrité », rédigée par le groupe inter associatif susmentionné.

Nous nous permettons donc par la présente de vous faire parvenir spontanément notre de prise de position dans le cadre de la consultation fédérale susmentionnée. Nous avons d'ailleurs été un peu surpris qu'aucune association du monde du handicap ne fasse partie des instances officiellement consultées par la Confédération sur ce projet, alors qu'elles sont elles aussi concernées au premier plan, comme le montre le drame bernois mentionné plus haut.

Nous tenons tout d'abord à saluer le caractère pondéré et équilibré du projet que le Conseil fédéral met en consultation. En effet, le projet pose clairement le principe de l'interdiction à vie d'exercer toute activité professionnelle et non professionnelle lorsque l'auteur a été condamné pénalement pour atteinte à l'intégrité sexuelle d'un enfant ou d'une personne dépendante. Le Conseil fédéral propose néanmoins aussi plusieurs exceptions à toute interdiction absolue et définitive dans des situations clairement mentionnées dans le projet et dans lesquelles le juge disposera d'une certaine marge d'appréciation. Nous sommes donc dans l'ensemble favorables à ce projet fixant un principe, mais prévoyant aussi des exceptions restrictives. A ce titre, nous soutenons la 1<sup>ère</sup> version mise en consultation pour l'article 67 al. 4 ter qui autorise le juge à renoncer à prononcer une interdiction dans des cas de peu de gravité et dans certaines situations seulement. Nous accueillons aussi positivement la possibilité donnée aux personnes postulant pour une activité professionnelle de demander un extrait spécial de leur casier judiciaire, telle que prévue à l'article 371 a al.1 du projet.

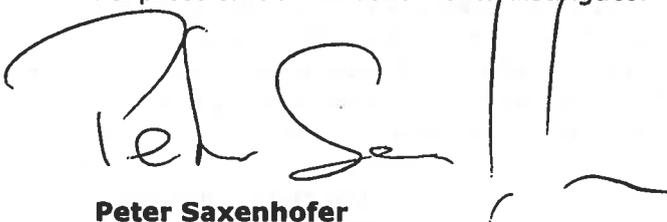
Nous soutenons également la possibilité donnée à l'auteur de demander à l'autorité compétente de lever une interdiction ou d'en limiter la durée ou le contenu aux conditions strictes posées à l'article 67 c du projet. Nous sommes cependant plus réservés quant à l'alinéa 6bis proposé pour l'article 67c. Il y est en effet mentionné qu'une interdiction prononcée dans certains cas ne peut être levée si l'auteur est pédophile au sens psychiatrique du terme. Cette notion de « sens psychiatrique » du terme est à notre avis de nature à créer une certaine insécurité juridique. En effet, ni le projet mis en consultation, ni son rapport explicatif ne définissent ce qu'on entend par là. Quelle source donnera-t-elle donc un « sens psychiatrique » à la pédophilie ? La recherche scientifique dans la psychiatrie ? La jurisprudence des tribunaux ? Les conventions et/ou textes légaux internationaux ? Nous regrettons que le projet n'ait pas clarifié avec plus de précisions où ce « sens psychiatrique de la pédophilie » sera défini, surtout lorsqu'on pense aux grands enjeux en lien avec cette question. Suivant l'interprétation que le juge donnera à la pédophilie de la personne concernée, cette dernière pourra à nouveau exercer une activité professionnelle dans des milieux qui lui furent interdits depuis des années, ou au contraire, l'interdiction d'exercer se poursuivra.

Il s'agit là d'une grande responsabilité que le juge devra endosser. A ce titre, la fin de l'article 6bis nous trouble également. Il y est mentionné que l'autorité compétente se fonde sur une expertise indépendante pour prendre sa décision. Cette seule et unique exigence d'une expertise indépendante nous semble insuffisante pour permettre au juge de décider si une personne pourra à nouveau exercer dans des milieux qui pourraient provoquer potentiellement sa rechute. Nous demandons à ce titre que le projet donne de plus grandes garanties visant à permettre au juge de prendre une décision mûrement réfléchie, fondée sur plusieurs éléments solides et surs.

Nous tenons également à souligner notre surprise concernant l'article 67a al.6 qui autant dans sa version allemande que française ne mentionne que le handicap psychique ou physique. Cela exclut alors le handicap mental et cognitif et nous demandons instamment à ce que cet oubli soit corrigé dans la nouvelle version. Nous signalons entre outre que la version allemande parle de « Beeinträchtigung », terme largement utilisé dans notre milieu professionnel, alors que la version française parle d' »infirmité », qui n'est un terme quasi jamais utilisé et qui aurait même une connotation péjorative dans le milieu socio professionnel du handicap. Nous vous encourageons donc vivement à remplacer ce terme par « handicap » très largement plus répandu en Suisse autant qu'à l'étranger.

En conclusion, même si nous saluons cette réforme légale, nous regrettons les effets limités que le projet déploiera dans la pratique. En effet, une interdiction d'activité professionnelle ou bénévole ne pourra être prononcée qu'une fois la personne condamnée pour de tels actes. Cette situation n'aidera en rien la détection ou la prévention de situations abusives, qui peuvent être cachées de tous pendant un grand nombre d'années, comme l'a démontré la situation mentionnée dans le canton de Berne. Dans ce cas, les agissements étaient d'ailleurs perpétrés dans le cadre d'une activité professionnelle. Mais ces exactions surviennent souvent dans un cadre privé, qui permet encore moins de les découvrir. Cela démontre bien que la prévention reste et restera pour longtemps encore un instrument essentiel pour la lutte contre de tels agissements.

Nous vous souhaitons bonne réception de la présente et vous prions d'agréer, Madame, Monsieur, l'expression de nos sentiments distingués.



**Peter Saxenhofer**  
Directeur d'INSOS Suisse



Le 28 août 2015

***Procédure de consultation relative à la modification du code pénal et du code pénal militaire (mise en œuvre de l'art. 123c Cst.)***

---

***Prise de position***

Au regard de la lettre de l'art. 123c Cst., il n'y a plus matière à contester le principe même de l'introduction dans le code pénal d'une privation définitive du droit «d'exercer une activité professionnelle ou bénévole en contact avec des mineurs ou des personnes dépendantes», lorsqu'un prévenu est condamné pour avoir porté atteinte à l'intégrité sexuelle de telles victimes. Aussi l'art. 67 al. 3, 4 et 4<sup>bis</sup> de l'avant-projet de modification du code pénal (ci-après AP), qui concrétise le mandat constitutionnel, n'appelle-t-il pas de commentaires.

Il en va de même pour les adaptations techniques figurant à l'art. 67 al. 2<sup>bis</sup>, 5, 6 et 7, à l'art. 67a al. 4 AP ainsi que dans les dispositions concernant le casier judiciaire.

Le rapport explicatif (p. 31) n'explique pas pourquoi l'art. 19 al. 3 AP soustrait l'auteur irresponsable aux interdictions à vie instaurées par l'art. 67 al. 3, 4 et 4<sup>bis</sup> AP. S'agissant d'une mesure à vocation de pure prévention spéciale, la favorisation du prévenu irresponsable par rapport au prévenu partiellement ou pleinement responsable paraît singulière. En outre, le statut de l'art. 67 al. 2<sup>bis</sup> AP est pour le moins flou: l'art. 19 al. 3 AP exclut clairement son application à l'auteur irresponsable alors que le rapport explicatif (*ibidem*) tend en sens inverse; une clarification dans la loi s'impose.

A l'enseigne de l'art. 67 al. 4<sup>ter</sup> AP, l'option 1 doit indiscutablement être retenue. Le texte constitutionnel, et tel est précisément le problème qu'il soulève, ne prévoit certes aucune échappatoire pour les cas de peu de gravité qui ne justifient manifestement pas le prononcé d'une interdiction à vie. Les principes de subsidiarité (art. 5a Cst.) et de proportionnalité (art. 5 al. 2 Cst.) revêtent toutefois également un rang constitutionnel et, que cela plaise ou non aux rédacteurs de l'art. 123c Cst., viennent limiter la portée de cette dernière disposition. Le législateur est dès lors tenu d'élaborer une loi qui soit conforme à ces principes. Le droit des sanctions pénales doit toujours reconnaître au juge un pouvoir d'appréciation, car lui seul est le garant de solutions justes et équitables. Tous les automatismes en la matière sont pernicieux: ils génèrent des décisions «taillées à la hache» que les justiciables n'accepteront pas et auxquelles ils chercheront par tous les moyens à échapper. Une mesure qui renferme en son sein le virus qui la fera échouer, paralysant ainsi *ab ovo*

l'objectif de prévention spéciale poursuivi, n'en est en réalité pas une et ne saurait trouver une place dans notre ordre juridique.

L'introduction dans la réglementation d'une liste exemplative des activités susceptibles de tomber sous le coup d'une interdiction d'exercer (art. 67a al. 5 AP) et d'une description de la notion de «personnes particulièrement vulnérables» (art. 67a al. 6 AP) est sans doute opportune, même si l'entreprise ne parvient évidemment pas à lever tous les doutes.

L'art. 67c al. 5 let. d AP doit renvoyer à l'art. 67 al. 2<sup>bis</sup> AP.

Dans le prolongement de l'actuel art. 67c al. 5 let. a et b CP, l'art. 67c al. 5 let. d et e AP offre à juste titre à l'autorité compétente la possibilité de lever les interdictions prononcées à vie ou d'en limiter la durée ou le contenu après l'écoulement d'un temps déterminé. Pareil mécanisme, qui permet d'adapter la mesure à la disparition ou à la diminution de la dangerosité de l'auteur, est inhérent à l'institution même des mesures dont la seule finalité est la prévention spéciale. Peu importe dès lors que l'art. 123c Cst. ne contienne aucune réserve en faveur d'un réexamen de la situation existant au moment du jugement du prévenu. L'exclusion de toute levée de la mesure lorsque l'auteur a été «diagnostiqué pédophile» aux termes d'une expertise (art. 67c al. 6<sup>bis</sup> AP) constitue un corps étranger dans le système des mesures du droit pénal suisse et doit impérativement être biffée.

Les remarques qui précèdent valent *mutatis mutandis* pour les modifications au code pénal militaire proposées.

L'avant-projet laisse inchangé l'art. 352 al. 2 CPP relatif aux mesures que le ministère public est habilité à ordonner par voie d'ordonnance pénale. Toutes les interdictions d'exercer une activité, comme d'ailleurs les interdictions géographiques et les interdictions de contact du droit positif (art. 67b CP), sont soustraites à cette procédure spéciale. L'opportunité d'un tel système mérite d'être examinée : est-il vraiment nécessaire de contraindre le ministère public à saisir le tribunal de première instance aux fins du prononcé d'une interdiction d'exercer alors que la peine adéquate ne dépassera clairement pas le plafond de 180 unités journalières ? A tout le moins conviendrait-il d'envisager de faire entrer dans le champ d'application de l'ordonnance pénale les interdictions de durée limitée selon l'art. 67 al. 1 et 2 et l'art. 67b CP.

Prof. Bernhard Sträuli  
Directeur du département de droit  
pénal

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement  
Bundesamt für Justiz  
Direktionsbereich Strafrecht  
Bundeshaus  
3003 Bern

BA Justiz
E - 3. Sep. 2015
Act

Bern, 2. September 2015  
PD/is

### **Änderung StGB und MilStGB (Umsetzung von Art. 123c BV)**

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin,  
sehr geehrte Frau Klöti,  
sehr geehrte Frau Zumstein,  
sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 13. Mai 2015 haben Sie das Vernehmlassungsverfahren zur Umsetzung von Art. 123c BV eröffnet.

Sie erhalten nachstehend die Stellungnahme unseres Verbandes VFG – Freikirchen Schweiz. Dem VFG gehören als Dachverband 15 evangelische Freikirchenverbände an mit 600 Kirchen und ca. 150'000 regelmässigen Gottesdienstbesuchern.

Der VFG vertritt als Dachverband die Interessen der ihm angeschlossenen Freikirchen und nimmt deshalb auch regelmässig an Vernehmlassungsverfahren teil.

Wir haben die Vorlage geprüft und sind mit der vorgesehenen Umsetzung von Art. 123c BV einverstanden.

Wir sprechen uns klar für die Aufnahme von Art. 50 Abs. 4ter StGB aus entsprechend der vorgeschlagenen Variante 1 des Bundesrates.

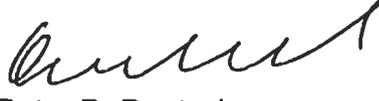
Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

**VFG – Freikirchen Schweiz**

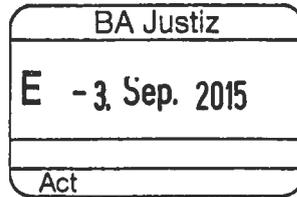


Max Schläpfer  
Präsident



Peter D. Deutsch

**Kopie per mail: [corine.kloeti@bj.admin.ch](mailto:corine.kloeti@bj.admin.ch)**



Bundesamt für Justiz  
Direktionsbereich Strafrecht  
Bundesrain 20  
3003 Bern

Zürich, 1. September 2015

**Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Umsetzung von Art. 123c BV)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Sommaruga

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Vernehmlassung zum oben angeführten Umsetzungsvorschlag

Das Schweizerische Komitee für UNICEF setzt sich für den Schutz von Kindern und die Rechte ein. Die Möglichkeit an Vernehmlassungsverfahren zu Anpassungen und Änderungen von Gesetzestexten, die Kinder tangieren, teilzunehmen, begrüssen wir grundsätzlich.

Im vorliegenden Fall verzichten wir jedoch auf eine Vernehmlassung, zumal wir die seit dem 1. Januar 2015 durch den Bundesrat in Kraft gesetzten Gesetzesbestimmungen im StGB als ausreichend und mit den Grundsätzen der Rechtsstaatlichkeit (insbesondere dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit) vereinbar, erachten.

Freundliche Grüsse  
Schweizerisches Komitee für UNICEF



Elsbeth Müller  
Geschäftsleiterin



Letizia Lavizzari  
Leiterin Public Affairs



Bundesamt für Justiz  
Direktionsbereich Strafrecht  
Bundesrain 20  
3003 Bern

Bern, 3. September 2015

**Stellungnahme der DJS zur Umsetzung von Art. 123c BV (Volksinitiative "Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen"), Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes, Vernehmlassungsfrist: 03. September 2015**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin,  
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Demokratischen Juristinnen und Juristen Zürich (DJZ) und die Demokratischen Juristinnen und Juristen der Schweiz (DJS) beziehen gerne Stellung zur oben genannten Vorlage, da die DJZ sowie die DJS seit vielen Jahren ein faires, den Einzelfall berücksichtigendes Strafsystem zum Anliegen haben. Als Verband von Jurist\_innen und Anwält\_innen sind wir von der Pädophilen-Initiative in unserem Berufsalltag besonders tangiert. Wir vertreten die beschuldigten Personen, welche von den neuen Vorschriften im StGB und im MStG betroffen sein werden und erkennen aus diesem Grund die Tragweite, welche ein automatisiertes Berufsverbot ohne Berücksichtigung des Einzelfalles für diese haben wird. Wir ersuchen Sie aus diesem Grund, unserer Vernehmlassung in besonderem Masse Beachtung zu schenken.

## **1. Gegenstand dieser Vernehmlassung**

Am 18. Mai 2014 haben Volk und Stände die Volksinitiative „Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen“ angenommen und es wurde die Bundesverfassung mit einem neuen Artikel 123c ergänzt. Der Wortlaut des neuen BV-Artikels lautet:

*„Personen, die verurteilt wurden, weil sie die sexuelle Unversehrtheit eines Kindes oder einer abhängigen Person beeinträchtigt haben, verlieren endgültig das Recht, eine berufliche oder ehrenamtliche Tätigkeit mit Minderjährigen oder Abhängigen auszuüben.“*

Dieser neue Artikel in der Bundesverfassung muss durch eine Revision des StGB und des MStG konkretisiert werden. Der Bundesrat hat seinen Vorschlag zur Umsetzung der Pädophilen-Initiative vorgestellt und zwei Varianten in die Vernehmlassung geschickt. Da der Automatismus gemäss der Verfassungsbestimmung nicht verhältnismässig ist, favorisiert der Bundesrat daher die erste Variante, in welcher eine Härtefallklausel (Art. 67 Abs. 4<sup>ter</sup> StGB) aufgenommen wird. Eine Umsetzung ohne Härtefallklausel betrachtet der Bundesrat als nicht vertretbar. Die Härtefallklausel lautet:

*„Das Gericht kann in leichten Einzelfällen von der Anordnung eines Tätigkeitsverbotes nach den Absätzen 3-4<sup>bis</sup> absehen, wenn ein solches Verbot offensichtlich weder notwendig noch zumutbar ist. Bei Menschenhandel (Art. 182), sexueller Nötigung (Art. 189), Vergewaltigung (Art. 190), Schändung (Art. 191) oder Förderung der Prostitution (Art. 195) darf von einem Tätigkeitsverbot nicht abgesehen werden.“*

## **2. Position der DJZ und DJS**

Nachdem der neue Verfassungsartikel betreffend dem Tätigkeitsverbot bereits angenommen wurde, geht es nicht mehr darum, ob ein automatisiertes, unbedingtes und endgültiges Tätigkeitsverbot überhaupt eingeführt werden darf. Auch wenn die DJZ und DJS der Meinung sind, dass ein solches Tätigkeitsverbot mit den rechtsstaatlichen Prinzipien, insbesondere dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit, nicht zu vereinbaren ist, sparen sie sich an dieser Stelle fundamentale Kritik am neuen Verfassungsartikel.

### 2.1 Nur Variante mit Härtefallklausel vertretbar

Es besteht Einigkeit mit dem Bundesrat, dass der vollständige Automatismus des Tätigkeitsverbotes, ohne Berücksichtigung des Einzelfalles, keine vertretbare Lösung darstellt. Es geht dabei insbesondere um die Berücksichtigung der angeordneten Strafe, der vom Beschuldigten ausgehenden Gefahr sowie um die Frage, ob dem Beschuldigten ein Verbrechen, ein Vergehen oder lediglich eine Übertretung vorgeworfen wird und ob eine Verletzung der persönlichen Freiheit, der Wirtschaftsfreiheit und allenfalls in gewissen Fällen der Glaubens- und Gewissensfreiheit vorliegt. Der Grundsatz der Verhältnismässigkeit ist die Grundlage für die Rechtfertigung jedes staatlichen Handelns, durch welches Grundrechte tangiert werden. Er ist die tragende Säule für jeden Rechtsstaat und muss bei der Einführung neuer Gesetze dadurch berücksichtigt werden, dass den Gerichten ein Ermessensspielraum eingeräumt wird, in welchem eine Einzelfallbetrachtung möglich ist. Die Umsetzung der neuen Regelungen ohne die Härtefallklausel, welche Ausnahmen vom Tätigkeitsverbot zulässt, ist in einem Rechtsstaat nicht möglich.

### 2.2 Einschränkung und Aufhebung des Verbots nach Zeitablauf (Art. 67 Abs. 5 Bst. c-e)

Einigkeit besteht auch dahingehend, dass es eine Überprüfungsmöglichkeit geben muss. Dem StGB sind Strafen und Massnahmen fremd, die endgültig gelten. Selbst die lebenslängliche Freiheitsstrafe

und die Verwahrung sind nicht per se lebenslänglich und endgültig. Dies wäre angesichts der Intensität dieser Grundrechtseingriffe nicht verhältnismässig. Auch wenn der Verfassungstext von einem endgültigen Verlust des Rechts, mit Minderjährigen oder Abhängigen zu arbeiten, spricht, stellt es daher also keine Besonderheit dar, dass das Tätigkeitsverbot auf Gesuch des von ihm Betroffenen überprüft werden kann. Insbesondere die Überprüfbarkeit nach drei Jahren im Falle des Antragsdelikts des Exhibitionismus (Art. 194) sowie der Übertretungen nach Art. 197 Abs. 2 StGB (leichter Fall der Pornografie) sowie Art. 198 StGB (Übertretungen gegen die sexuelle Integrität) sind dringend nötig – ist es doch überhaupt problematisch, dass nach den neuen Regelungen mit Ausnahme der äusserst restriktiven Härtefallklausel (dazu unten) in solchen Fällen überhaupt ein Tätigkeitsverbot angeordnet werden kann.

### 2.3 Keine Beschränkung auf pädophile Straftäter

Kritik besteht daran, dass das Tätigkeitsverbot nicht auf pädophile Straftäter im Sinne der Klassifikation der psychischen Störungen und der Verhaltensstörungen der Weltgesundheitsorganisation beschränkt werden soll. Der Titel der Initiative führte diesen Ausdruck (Pädophile). Zudem wurde die Initiative mit Pädophilie als nicht heilbare psychische Störung begründet. Im Vorfeld der Abstimmung im Mai 2014 wurde ausschliesslich von der Pädophilen-Initiative gesprochen. Es ist offensichtlich, dass die Abstimmenden davon ausgingen, dass das Tätigkeitsverbot Pädophile als psychisch Gestörte erfassen sollte, und nicht sämtliche, nicht an einer psychischen Krankheit leidenden Beschuldigte. Es wäre zu wünschen gewesen, dass der Bundesrat dies berücksichtigt und sich im Umsetzungsvorschlag für das StGB und MStG auf pädophile Straftäter beschränkt hätte. Er wird daher dazu ersucht, dies aufzugreifen und erneut zu überprüfen.

### 2.4 Keine Beschränkung auf Tätigkeiten mit Minderjährigen und Abhängigen

Ferner wird kritisiert, dass das automatisierte Tätigkeitsverbot nicht auf Tätigkeiten „mit Minderjährigen oder Abhängigen“ beschränkt werden soll. Denn der Wortlaut, über welchen in der Deutschschweiz abgestimmt wurde, war deutlich und erfasste eben gerade lediglich Tätigkeiten „mit“ Minderjährigen oder Abhängigen. Darunter fallen Berufe wie Lehrer, Kindergärtner und Kinderärzte. Es wäre nicht erforderlich gewesen, den französischen Text als massgeblich zu erachten, in welchem von Tätigkeiten „mit Kontakt zu“ Minderjährigen die Rede ist. Zudem ist der französische Wortlaut nicht einmal deutlich darin, dass sämtliche Berufe erfasst sein sollten, bei welchen es zu Begegnungen mit Minderjährigen kommen kann. Abgesehen davon könnte bei diesen Personen ohnehin auch ein nicht automatisiertes Tätigkeitsverbot nach der bisherigen Regelung von Art. 67 Abs. 1 und 2 StGB ausgesprochen werden. Es ist daher nicht verständlich, warum etwa jemand im Reinigungsdienst vom neuen, automatisierten Tätigkeitsverbot erfasst sein sollte. Dies ist auch deswegen sehr problematisch, weil Küchenhilfen oder Personen in der Reinigung in aller Regel über keine oder keine sehr qualifizierte Ausbildung verfügen und im Falle eines Tätigkeitsverbotes noch grössere Schwierigkeiten haben, eine neue Arbeitsstelle zu finden. Wir bitten den Bundesrat eindringlich darum, das automatisierte Tätigkeitsverbot auf Berufe zu beschränken, bei welchen mit Kindern oder Abhängigen gearbeitet wird und nicht lediglich Kontakt zu diesen besteht.

## 2.5 Härtefallklausel zu restriktiv

Kritisiert wird ferner, dass die Härtefallklausel von Art. 67 Abs. 4ter StGB zu restriktiv ist. Die Härtefallklausel beschränkt sich auf leichte Fälle, in welchen ein Verbot offensichtlich weder notwendig noch zumutbar ist. Zudem werden einige Delikte generell ausgeschlossen, womit eine unwiderlegbare Vermutung besteht, dass bei diesen Delikten kein leichter Fall vorliegen kann. Das Wort „offensichtlich“ schränkt die Gerichte im Ermessen zu sehr ein und sollte ersatzlos gestrichen werden. Zudem muss der generelle Ausschluss eines Härtefalls im Fall von Menschenhandel, sexueller Nötigung, Vergewaltigung, Schändung sowie Förderung der Prostitution gestrichen werden. Auch hier sind Fälle denkbar, in welchen ein Tätigkeitsverbot nicht verhältnismässig ist, insbesondere bei geringem Altersabstand, sodass ein Verbot einer Tätigkeit mit Kindern wegen einer fehlenden sexuellen Präferenz von Kindern sowieso nicht erforderlich ist, oder bei leichteren Formen der Beihilfe zu solchen Delikten. Wenn der Härtefall sowieso auf leichte Fälle beschränkt ist und erfordert, dass das Verbot weder notwendig noch zumutbar ist, müssen darauf alle Delikte betreffend Beeinträchtigung der sexuellen Integrität überprüft werden können.

## 2.6. Zu lange Überprüfungsfristen

Schliesslich wird kritisiert, dass die Überprüfungsfristen von Art. 67c Abs. 5 Bst. d und e StGB zu lang sind. In allen Fällen, in welchen eine Strafe von mehr als sechs Monaten oder 180 Tagessätzen gesprochen wird, kann die Überprüfung der zeitlichen oder inhaltlichen Einschränkung bzw. der Aufhebung des Tätigkeitsverbotes erst nach 15 Jahren erfolgen. Dies ist unverhältnismässig. Nach 15 Jahren dürfte es in aller Regel ausgeschlossen sein, in einen vor dieser Zeit ausgeübten Beruf zurückzufinden. In der Praxis wird ein derart langes Berufsausübungsverbot auf ein lebenslängliches Berufsausübungsverbot hinauslaufen. Gerade im Hinblick auf die inhaltliche Einschränkung ist dies nicht gerechtfertigt. Zumindes Berufe, bei welchen nur Kontakt zu Minderjährigen bzw. abhängigen Personen besteht, müssen auch davor schon wieder ausgeübt werden können. Dass die von einem Täter ausgehende Gefahr erst nach zehn oder 15 Jahren wieder überprüft werden kann, ist unverhältnismässig. Insbesondere dem Massnahmenrecht sind derart lange Fristen für eine Überprüfung fremd. Im Fall der stationären Massnahme sowie der Verwahrung wird etwa mindestens einmal jährlich die Entlassungsmöglichkeit überprüft. Die starren Fristen von drei, zehn oder 15 Jahren, unabhängig von der Gefahr, welche vom Täter ausgeht, sind systemfremd. Auch in diesem Punkt wird der Bundesrat ersucht, in eine erneute Prüfung zu gehen und flexiblere Fristen anzuordnen.

Wir bedanken uns für die Kenntnisnahme und ersuchen Sie um die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüssen

Melanie Aebli  
Geschäftsleitung DJS

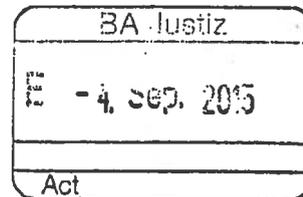
Noemi Erig  
Rechtsanwältin, DJZ



www.sgb.ch | www.uss.ch  
Schweizerischer Gewerkschaftsbund  
Union syndicale suisse  
Unione sindacale svizzera

Office fédéral de la justice  
Domaine de direction Droit pénal  
Bundesrain 20  
3003 Berne

corine.kloeti@bj.admin.ch,  
franziska.zumstein@bj.admin.ch



Berne, le 3 septembre 2015

### Consultation sur la modification du code pénal et du code pénal militaire (mise en oeuvre de l'article 123c Cst)

Madame, Monsieur,

L'USS, qui avec VPOD/SSP et AvenirSocial, regroupe d'importantes associations suisses des professionnel-le-s du travail pédagogique et social, vous remercie de l'opportunité de prendre part à la consultation portant sur la mise en œuvre de l'initiative « Pour que les pédophiles ne travaillent plus avec les enfants », adoptée par le peuple le 18 mai 2014.

#### Considérations générales

L'USS salue la proposition du Conseil fédéral et privilégie l'option 1, en particulier car elle garantit le respect du principe de proportionnalité. Ainsi, ce principe phare de la Constitution suisse et de la CEDH peut être garanti, avec une marge de manœuvre (certes extrêmement limitée et uniquement pour les cas de faible gravité) pour les juges. La clause permettant aux juges de ne pas prononcer d'interdiction d'exercer une activité professionnelle ou extra-professionnelle en cas de cas de faible gravité (notamment lors de relations consenties entre adolescent-e-s) nous semble ainsi pertinente et adaptée pour le domaine social.

En ce qui concerne les personnes à protéger, le rapport du Conseil fédéral, se basant sur le texte de l'initiative, désigne quatre catégories de victimes potentielles : les enfants, les personnes incapables de résistance, les personnes incapables de discernement et les personnes dépendantes. De nombreux usager-e-s de la pédagogie et du travail social appartiennent à l'une ou à l'autre de ces catégories, que cela soit dans les crèches, les écoles, jardins d'enfants, les institutions pour enfants ou personnes handicapées, les services sociaux en charge de l'aide sociale (rapport de dépendance économique), pour les travailleurs sociaux en milieu scolaire, etc. Compte tenu donc de l'étendue des personnes à protéger, l'option 1, telle que préconisée par le Conseil fédéral, nous semble particulièrement adaptée, laissant au juge une marge d'appréciation sur l'interdiction systématique d'exercer une activité, professionnelle ou bénévole.

Enfin, la question juridique (pages 15 et 16 du rapport du Conseil fédéral) de savoir si le fait d'interdire à une personne condamnée pour les motifs mentionnés ci-dessus d'exercer une profession implique que la profession soit soumise à autorisation ou non est particulièrement pertinente spécialement pour le travail social, dans la mesure où tout un chacun peut aujourd'hui se déclarer et exercer comme travailleur/travailleuse sociale. En effet, de nombreuses personnes

Monbijoustrasse 61, 3007 Bern / Postfach, 3000 Bern 23  
031 377 01 01, Fax: 031 377 01 02, info@sgb.ch, info@uss.ch

113.2 / 113.1 LC/jh

exerçant en tant que travailleurs sociaux sont sans formation dans ce domaine, c'est pourquoi l'USS préconise que le travail social soit protégé, au même titre que de nombreuses autres professions, et souhaite que l'ensemble des personnes exerçant dans ce cadre bénéficient d'une formation adaptée. Nous rendons attentif le Conseil fédéral à la nécessité de traiter rapidement de cette thématique au niveau politique et juridique, indépendamment de cette question.

De grande importance de la perspective du droit du travail et le fait que dans la plupart des cas, où des professionnels du domaine social ou pédagogique sont confrontés à des soupçons initiaux de pédophilie, les enquêtes mènent à des acquittements ou ne mènent même pas à des procédures pénales. Il faudrait dans le droit pertinent une clarification et sur les modalités des suspensions et liée à la poursuite du paiement des salaires pour les employés en suspension.

### **Commentaires par article**

Art 371a, al,1 et 3

Nous saluons le fait que le casier judiciaire spécial soit également valable pour les postes en contact avec des personnes nécessitant une protection spéciale, et plus uniquement aux mineurs.

Concernant la mise en œuvre du casier judiciaire spécial, l'USS souligne que si l'introduction d'un tel dispositif présente des avantages certains pour les employé-e-s (notamment en terme de protection des données) dans la mesure où il est ciblé sur les délits passés en lien avec l'activité, il pose de l'autre côté un certain nombre de problèmes dans la mise en œuvre, tel que cela a pu être constaté ces derniers mois. L'information sur les droits et devoirs des employeurs comme des employés doit encore être améliorée, compte tenu du fait que c'est une démarche volontaire de la part des employeurs. Cela soulève encore de nombreuses questions là où la branche est composée de nombreuses petites structures et ne doit pas donner un faux sentiment de sécurité aux employeurs. Le casier judiciaire spécial est en effet loin d'être une garantie absolue face à des actes pédo-criminels dans une institution.

Au contraire, l'USS tient à rappeler que la prévention est la méthode la plus efficace pour lutter contre les actes pédophiles, en particulier dans le domaine familial, et appelle le Conseil fédéral à dégager suffisamment de moyens dans ce domaine. Par ailleurs, la question de la formation des employé-e-s en contact direct avec des enfants et des personnes particulièrement vulnérables est centrale, notamment en terme de détection et d'intervention, et c'est pourquoi l'USS préconise que l'ensemble des personnes actives dans ces domaines disposent d'une formation adéquate et spécifique.

Nous vous remercions de l'attention que vous accordez à notre réponse et vous transmettons, Madame, Monsieur, nos meilleures salutations.

**UNION SYNDICALE SUISSE**



Paul Rechsteiner  
Président



Luca Cirigliano  
Secrétaire central

## Änderung des Strafbuchgesetzes und des Militärstrafgesetzes (Umsetzung von Art. 123c BV)

<b>Allgemeine Bemerkungen</b>	
Name/Firma	Bemerkung/Anregung
	<p><b>Allgemeine Würdigung</b>                      Swiss-Ski ist Swiss Olympic angeschlossen welcher                      - im 6. Prinzip der Ethik-Charta im Sport Stellung nimmt gegen jegliche Gewalt, Ausbeutung und sexuelle Übergriffe                      - mit einem eigenen Programm sich mit seinen 84 angeschlossenen nationalen Verbänden für den Schutz von Kindern und Jugendlichen und von besonders schutzbedürftigen Menschen im Sport einsetzt.                      Der Vorschlag zur Umsetzung von Art. 123c BV im Strafbuchgesetz und im Militärstrafgesetz unterstützen die jahrelangen Bemühungen im Bereich Prävention von sexuellen Übergriffen.                      Swiss-Ski stützt den Vorschlag des Bundesrates das neue Tätigkeitsverbot im Straf- und Militärstrafgesetz eng am Wortlaut der Verfassungsbestimmung umzusetzen, bzw. im Rahmen einer eng formulierten Härtefallbestimmung, leichten Fällen Rechnung zu tragen (gemäss Variante 1).</p>
	<p><b>Pädophile Neigung - Lebenslanges Tätigkeitsverbot</b>                      In der Diskussion mit mehreren Fachpersonen ist Swiss-Ski zum Schluss gekommen, dass ein Täter mit einer pädophilen Neigung nie mehr im Bereich des Kinder- und Jugendsports eingesetzt werden darf.                      Das lebenslange Tätigkeitsverbot für pädophile Straftäter auch im ehrenamtlichen Umfeld, stellt für Swiss-Ski eine wichtige und unverzichtbare Massnahme dar.</p>
	<p><b>Jugendliebe und Verhältnismässigkeit</b>                      Im organisierten Sport werden die Jugendlichen früh dazu bewegt, Hilfsleiterfunktionen zu übernehmen. Entsprechend sind Leitende von Kinderteams oft sehr jung, bzw. der Altersunterschied von Teammitgliedern und Leitenden oft sehr gering. Bei einvernehmlicher Jugendliebe zwischen einer jungen Erwachsenen und einer 15-jährigen Person, bei welcher keine weiteren Vergehen des Täters befürchtet werden müssen, gilt es, im Gesetz die Verhältnismässigkeit zu wahren und dem Gericht einen Ermessensspielraum zu ermöglichen.</p>

<b>Erläuternder Bericht</b>	
Name/Firma	Bemerkung/Anregung
	<p>Kapitel-Nr. 1.5.4                      Konkretisierung des Begriffs „Verurteilung“</p>

## Änderung des Stragesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Umsetzung von Art. 123c BV)

		Die Möglichkeit einer Verurteilung ohne Strafe stellt eine gute Möglichkeit dar, die Verhältnismässigkeit zu wahren.
1.5.5	<b>Richterliches Ermessen</b>	Im Sinne der Ausführungen unter „Allgemeine Bemerkungen“ unterstützt Swiss-Ski die Variante 1, die in Härtefällen erlaubt, die Verhältnismässigkeit zu prüfen. Die Voraussetzung für den Verzicht auf das lebenslängliche Tätigkeitsverbot muss jedoch eng ausgestaltet sein.
1.10	<b>Verzicht auf zwingendes lebenslängliches Tätigkeitsverbot im Jugendstrafrecht</b>	Swiss-Ski stützt den Vorschlag, bei minderjährigen Tätern den Schwerpunkt auf die Möglichkeit zur Resozialisierung zu setzen.

<b>Unser Fazit</b>	
<input checked="" type="checkbox"/>	Zustimmung gemäss Variante 1
<input type="checkbox"/>	Änderungswünsche / Vorbehalte
<input type="checkbox"/>	Grundsätzliche Überarbeitung
<input type="checkbox"/>	Ablehnung



INTERNATIONAL  
COMMISSION  
OF JURISTS

SECTION SUISSE  
SCHWEIZER SEKTION  
SEZIONE SVIZZERA

SECRETARIAT  
SEKRETARIAT  
SECRETARIATO

C/O ANWALTSBÜRO HÄLG & KÄGI-DIENER  
MARKTGASSE 14, CH-9004 ST. GALLEN  
info@icj-ch.org

T +41 71 223 81 21  
F +41 71 223 81 28  
www.icj-ch.org

Eidgen. Justiz- und Polizeidepartement  
EJPD  
3003 Bern

St. Gallen/Zürich, 03.09.2015

## **Vernehmlassung zur Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Umsetzung von Art. 123c BV)**

Sehr geehrte Damen und Herren

Am 13. Mai 2015 wurde das Vernehmlassungsverfahren zur Umsetzung von Art. 123c BV im Strafgesetzbuch und im Militärstrafgesetzbuch eröffnet. Wir danken Ihnen, dass Sie die *Schweizerische Sektion der Internationalen Juristenkommission (ICJ-CH)* mit Schreiben vom 18. Mai 2015 dazu eingeladen haben. Wir benutzen die Gelegenheit gerne, um eine Stellungnahme abzugeben. Die Eingabefrist läuft bis 3. September 2015 und ist mit der vorliegenden Eingabe, welche auch elektronisch zugestellt wird, gewahrt.

Wir möchten festhalten, dass wir keine Vollständigkeit beanspruchen, sondern uns auf die aus unserer Sicht wichtigsten Aspekte beschränken.

### **I. Grundsätzliches zur Ausführungsgesetzgebung**

Der umzusetzende Verfassungsartikel, der in sich nicht widerspruchsfrei erscheint, sieht vor, dass Personen, „die verurteilt werden, weil sie die sexuelle Unversehrtheit eines Kindes oder einer abhängigen Person beeinträchtigt haben“ einem Tätigkeitsverbot mit Minderjährigen oder Abhängigen unterstehen. Eine Ausführungsgesetzgebung muss sich an den Rahmen der Verfassung halten. Das bedeutet, dass die neue Verfassungsbestimmung im Zusammenspiel mit anderen Verfassungsbestimmungen und internationalen Übereinkommen mit Verfassungsrang gewürdigt und ausgelegt und auf Gesetzes- (oder Verordnungs-)Stufe umgesetzt, d.h. konkretisiert wird und dass ihr so im systematischen Zusammenhang verstandene Gehalt in die bestehende Gesetzgebung eingefügt wird. Der Auftrag zur Umsetzung kann nicht dahin verstanden werden, dass nur der Art. 123c BV isoliert im Blickfeld steht. Da sich dieser Artikel im Übrigen schon als solcher schlecht in

die Verfassung einfügt, ist zur Vermeidung unnötiger Widersprüche und zur Wahrung der rechtsstaatlichen Grundsätze die ausserordentliche Massnahme eines lebenslänglichen Tätigkeitsverbotes vorsichtig einzusetzen. Soweit eine subjektiv-historische Auslegung für den umzusetzenden Verfassungsartikel zur Anwendung gelangt, ist darüber hinaus zu beachten, dass nicht ohne Weiteres die Meinung des Initiativkomitees massgeblich ist, sondern das, was die Stimmberechtigten anlässlich der Abstimmung unter der Initiative verstehen durften. Sowohl der *Titel* der Vorlage wie auch der damalige politische Diskurs – soweit er eruiert werden kann – sind deshalb mit zu berücksichtigen.

## II. Schutz von Kindern vor Pädophilen

Die Initiative, die zu Art. 123c BV führte, lief seinerzeit unter der Bezeichnung „Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen“. Unter dem Begriff des *Pädophilen* werden (erwachsene) Menschen erfasst, die ein primäres sexuelles Interesse an *Kindern vor der Pubertät* haben. Daraus muss gefolgert werden, dass es der Wille der Stimmberechtigten war, (kleine) *Kinder* als potentielle Opfer zu schützen. Demgegenüber fällt auf, dass sowohl mit Bezug auf die Rechtsfolge wie mit Bezug auf die *Opfer* die Vernehmlassungsvorlage das Kind nicht in diesem Sinne definiert und somit über den so verstandenen Art. 123c BV hinausgeht: So soll nach Art. 67 Abs. 3 E StGB das Tätigkeitsverbot verhängt werden können, wenn „Minderjährige“ bzw. „minderjährige Opfer“ betroffen waren. Dasselbe gilt für Art. 50 Abs. 3 E MStGB u.a. Damit wird auch bei Eingriffen in die sexuelle Integrität von Jugendlichen, d.h. jungen Menschen *nach der Pubertät*, und bis zum Alter von 18 Jahren eine ausserordentlich einschneidende, weil lebenslängliche Rechtsfolge für Täterinnen und Täter statuiert.

Wir halten dafür, dass der Begriff des Kindes nach Art.1 KRK (Personen bis 18 Jahren) hier mit Bezug auf die verletzte Person nicht ohne weiteres Geltung beanspruchen kann. Es wäre im Rahmen einer Ausführungsgesetzgebung wichtig, dass der Begriff des Kindes (im oben dargelegten Sinn) genauer definiert wird, und dies im Sinne des Schutzzweckes unter Wahrung der Verhältnismässigkeit wie auch der Wahrung der Selbstbestimmung der Jugendlichen.

Bei dieser Gelegenheit ist darauf hinzuweisen, dass sich auch zum *Täterprofil* keine nähere gesetzliche Umschreibung findet, was als Mangel bezeichnet werden muss: Nicht jede Person, welche die sexuelle Integrität eines Kindes (oder eines Jugendlichen) beeinträchtigt, kann und muss als Pädophile(r) gelten.

Unter beiden Aspekten schießt die Vorlage über Art. 123c BV hinaus.

## III. Jugendlieben

Bereits im Abstimmungskampf wurde klargestellt, dass Jugendlieben nicht erfasst werden sollen, und es ist auch anzunehmen, dass einverständliche sexuelle Kontakte zwischen

Jugendlichen nicht zu einer lebenslänglichen Einschränkung der beruflichen und ausserberuflichen Tätigkeit führen sollten. In der Tat können Jugendliche, die sexuelle Kontakte untereinander unterhalten, nicht als Pädophile bezeichnet werden. Durch die Ausdehnung des Begriffs des Kindes i.S. von Art. 123c BV auf „Minderjährige“ und weil die Jugendlieben nicht besonders geregelt sind, müssen wir davon ausgehen, dass gerade dieser besondere Tatbestand keine Berücksichtigung im Entwurf findet. So könnte ein Liebesverhältnis zwischen einer 17-jährigen (minderjährigen) und einer 18-jährigen Person für die Letztere ein lebenslängliches Berufs- und Tätigkeitsverbot zur Folge haben. Das wäre u.E. zweifellos völlig unverhältnismässig und ein schwerer Eingriff in die Berufsfreiheit.

Zudem scheint uns, dass in der Ausführungsgesetzgebung unbedingt klargestellt werden sollte, dass jugendliche Täter und Täterinnen (im Sinne des JStG) nicht unter die Massnahme gemäss Art. 123c BV fallen. Wenn es die Meinung hat, dass Tatbegehung durch Jugendliche bzw. junge Erwachsene als „leichten Fall“ im Sinne der Ausnahmeregelung (Variante 1, siehe unten Ziff. V) gelten soll, muss dies u.E. unbedingt klar gestellt werden. Allerdings erschiene diese Konstruktion bei länger dauernden sexuellen Beziehungen zwischen unmündigen und mündigen Personen bemüht, wenn nicht gar systemfremd.

#### **IV. Lebenslängliches Berufs- und Tätigkeitsverbot bei Übertretungen als unverhältnismässig**

Das lebenslängliche Berufs- und Tätigkeitsverbot soll auch bei Übertretungen im Bereich der sexuellen Integrität eingreifen. Diese Tatbestände sind unbedingt aus dem Gesichtswinkel des (für Eingriffe in Grundrechte grundsätzlich geltenden) Verhältnismässigkeitsprinzips zu überprüfen. Wenn der Gesetzgeber eine Straftat als Übertretung auszeichnet, verpönt er sie zwar, stuft sie aber insgesamt doch als relativ wenig gravierend ein. Es erscheint systemwidrig und irritiert deshalb, wenn ein lebenslängliches Berufs- und Tätigkeitsverbot daran geknüpft wird. Wir halten gegenteils dafür, dass die Massnahme nur bei einer gewissen Deliktsschwere eingreifen sollte. Das bedeutet, dass wir es als unumgänglich erachten, dass das lebenslängliche Tätigkeitsverbot erst bei einer genau definierten (ausgesprochenen) Mindeststrafe verhängt werden darf.

#### **V. Zu den vorgelegten Varianten**

Die ICJ-CH hält klar dafür, dass Ausnahmeregelungen angesichts der komplexen Wirklichkeit und der unter Umständen ungewöhnlich schweren Auswirkung der Massnahme auf jeden Fall ins Gesetz aufgenommen werden sollten. Insofern plädieren wir für die Variante I bzw. Art. 67 Abs. 4ter E StGB bzw. Art. 50 Abs. 4ter E MStGB.

Allerdings scheint uns, dass die entsprechende Bestimmung nicht geglückt ist: Nicht nur „leichte Fälle“ können zur Unverhältnismässigkeit führen, auch Umstände, die in der Person des Täters oder beim Opfers bzw. in den für sie geltenden Umständen liegen (siehe

dazu auch Art. 47 StGB). Die Zumessung einer Strafe (und einer Massnahme) ist bereits heute sehr differenziert (durch Strafverschärfungen und Strafmilderungen und Straferhöhungen und Strafminderungen). Es wäre richtiger, die Massnahme unter den geltenden Zumessungskriterien zu beurteilen. Es scheint uns auch, dass der zweite Teilsatz in Art. 67 Abs. 4ter (und analog im MStGB: „wenn das Verbot offensichtlich weder notwendig noch zumutbar ist“) ersatzlos gestrichen werden sollte. Die Regeln zur Festlegung von Ausnahmen genügen, und das Gericht muss diesbezüglich auf die Einzelumstände eingehen können. Darüber hinaus halten wir auch die Bestimmung des zweiten Satzes von Art. 67 Abs. 4ter (bzw. des MStGB), dass bei gewissen Delikten von einem lebenslänglichen Tätigkeitsverbot *nicht* abgesehen werden kann, selbst wenn die Massnahme „offensichtlich weder notwendig noch zumutbar ist“, weder für sach- noch für systemgerecht und insgesamt klarerweise als unverhältnismässig und damit verfassungswidrig. Dieser Satz ist auf jeden Fall zu streichen.

Variante II ist uns aus rechtstaatlicher Sicht in jeder Hinsicht bedenklich und stellt keine geeignete Umsetzung des Verfassungsauftrages dar (siehe dazu auch Ziff. I vorstehend). Die erstmalige Überprüfung der Massnahme nach 10 Jahren (Art. 67 Abs. 2bis StGB) widerspricht der EMRK-Rechtsprechung und ist zu überprüfen.

Endlich sei darauf hingewiesen, dass ein Automatismus des Berufs- und Tätigkeitsverbots – sowohl unter Variante I wie Variante II – den geltenden, differenzierten Strafzumessungsgrundsätzen nicht genügt und insofern auch gegen das bestehende System verstösst.

## **VI. Schlussbemerkung**

Grundsätzlich überzeugt der in die Vernehmlassung geschickte Entwurf nicht. Er erscheint bemüht, indem er durch die komplizierten Querverweisungen kaum handbar ist, indem er in Details geht, die nicht notwendig sind, indem er überschliessend ist, und über Art. 123c BV hinausgeht (vor allem durch die ungerechtfertigte Ausdehnung des Opferbegriffs auf alle Minderjährigen) und indem er auf der anderen Seite wichtige Fragen weiterhin offen lässt (Definition des Pädophilen).

Endlich sei an dieser Stelle noch bemerkt, dass es unbefriedigend ist, dass die Verpflichtungen gemäss Art. 7 der Lanzarote-Konvention (Zugang von potentiellen Tätern zu wirksamen Interventionsprogrammen oder –massnahmen) weder im Zusammenhang mit der Ausführungsgesetzgebung zur Lanzarote-Konvention noch im Zusammenhang mit der Ausführungsgesetzgebung zu Art. 123c BV verarbeitet wurden bzw. verarbeitet werden sollen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Namens des Vorstandes und der Arbeitsgruppe



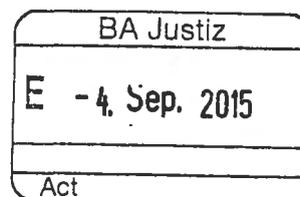
Dr. Eliane Menghetti  
Präsidentin ICJ-CH



Prof. Dr. Regula Kägi-Diener  
Vorstandsmitglied

per e-mail an: [corine.kloeti@bj.admin.ch](mailto:corine.kloeti@bj.admin.ch) und [franziska.zumstein@bj.admin.ch](mailto:franziska.zumstein@bj.admin.ch)





Bundesamt für Justiz  
Direktionsbereich Strafrecht  
Bundesrain 20  
3003 Bern

Bern, 2. September 2015

**Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Umsetzung von Art. 123c der Bundesverfassung) - Vernehmlassungsverfahren  
Antrag insieme auf Korrektur der Begrifflichkeiten in Art.67a Abs. 6 Strafgesetzbuch und Art. 50a Abs. 6 Militärstrafgesetz**

Sehr geehrte Damen und Herren

Bis zum 3. September läuft die Vernehmlassungsfrist für die Umsetzung der Pädophileninitiative im Strafgesetzbuch und im Militärstrafgesetz. insieme Schweiz, die Vereinigung der Elternvereine für Menschen mit geistiger Behinderung, wurde nicht zur Vernehmlassung eingeladen. Mit dieser Eingabe möchten wir dennoch in einem speziellen Punkt eine Korrektur beantragen und zwar bei der Umschreibung der besonders „schützenswerten Personen“.

Der Vorentwurf sieht vor, bei Delikten gegen die sexuelle Integrität die Anordnung eines Tätigkeitsverbots für den Täter neu zu regeln. Verboten werden sollen insbesondere berufliche und ausserberufliche Tätigkeiten, die einen regelmässigen Kontakt zu „besonders schutzbedürftigen Personen“ umfassen. Im Vorentwurf wird in Art.67a Abs. 6 StGB und Art. 50a Abs 6 Militärstrafgesetz festgehalten: „Als besonders schutzbedürftig gelten Personen, die aufgrund ihres Alters, einer Krankheit oder *einer langfristigen körperlichen oder psychischen Beeinträchtigung* bei alltäglichen Verrichtungen oder ihrer Lebensführung auf fremde Hilfe angewiesen sind.

Menschen mit einer geistigen Behinderung werden in dieser Aufzählung nicht aufgeführt. Dies ist völlig unverständlich. Gerade Menschen mit geistiger Behinderung sind besonders gefährdet, da viele von ihnen in einem institutionellen Umfeld und in Abhängigkeitsverhältnissen leben. Aus dem erläuternden Bericht ergibt sich, dass sie richtigerweise effektiv auch nicht vom Schutz ausgeschlossen werden sollen. Zu Art.67a Abs. 6 StGB wird auf S. 37 ausgeführt: „Unter körperliche und psychische Beeinträchtigungen fallen auch geistige und sensorische Beeinträchtigungen.“

Die Subsumption von „geistiger Behinderung“ unter „körperliche Behinderung“ in den Strafgesetzen erachten wir als falsch, und vor allem als irreführend.



Und dies aus folgenden Gründen:

- Eine kognitive oder geistige Beeinträchtigung unterscheidet sich von einer körperlichen Beeinträchtigung.
- Sowohl die Bundesverfassung wie auch das Behindertengleichstellungsgesetz unterscheiden bei den Behinderungsarten zwischen „körperlicher“, „geistiger“ und „psychischer“ Behinderung bzw. Beeinträchtigung, wenn es darum geht, alle Behinderungsarten aufzuzählen.

**Bundesverfassung Art. 8 Abs. 2 (Rechtsgleichheit)**

Niemand darf diskriminiert werden, namentlich nicht wegen der Herkunft, der Rasse, des Geschlechts, des Alters, der Sprache, der sozialen Stellung, der Lebensform, der religiösen, weltanschaulichen oder politischen Überzeugung oder wegen einer körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderung.

**Bundesgesetz über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen (Behindertengleichstellungsgesetz, BehiG)**

**Art. 2 Begriffe**

<sup>1</sup> In diesem Gesetz bedeutet *Mensch mit Behinderungen (Behinderte, Behinderter)* eine Person, der es eine voraussichtlich dauernde körperliche, geistige oder psychische Beeinträchtigung erschwert oder verunmöglicht, alltägliche Verrichtungen vorzunehmen, soziale Kontakte zu pflegen, sich fortzubewegen, sich aus- und fortzubilden oder eine Erwerbstätigkeit auszuüben.

Es ist absolut unverständlich, wieso im Strafrecht nicht die gleiche Terminologie und Systematik wie in der Verfassung und im Behindertengleichstellungsgesetz verwendet wird. Die Reduktion auf „körperliche oder psychische Beeinträchtigung“ im Strafrecht verleitet deshalb geradezu zum Fehlschluss, dass Menschen mit einer „geistigen“ Behinderung vom Geltungsbereich und damit vom Schutz ausgeschlossen sind.

(Wir weisen zudem darauf hin, dass gemäss dem erläuternden Bericht auch Art. 25e VOSTRA-V das gleiche Manko aufweist, siehe Bericht S. 37.)

**Wir gehen davon aus, dass Gesetzgebungsarbeiten sich, auch was Begrifflichkeiten betrifft, an höherrangigem Recht orientieren und beantragen die Korrektur von Art.67a Abs. 6 StGB und zu Art. 50a Abs. 6 Militärstrafgesetz wie folgt:**

„Als besonders schutzbedürftig gelten Personen, die aufgrund ihres Alters, einer Krankheit oder einer langfristigen körperlichen, *geistigen* oder psychischen Beeinträchtigung bei alltäglichen Verrichtungen oder ihrer Lebensführung auf fremde Hilfe angewiesen sind.“

Wir ersuchen Sie höflich, unseren Korrekturvorschlag zu übernehmen.

Mit freundlichen Grüssen

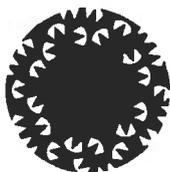
insieme



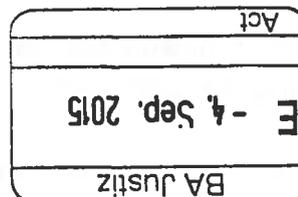
Christa Schönbächler  
Co-Geschäftsführerin

Kopie zur Kenntnisnahme an:

- Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen, Herrn A. Rieder, Inselgasse 1, 3003 Bern
- Integration handicap, Mühlemattstrasse 14a, 3007 Bern



JURISTINNEN SCHWEIZ  
FEMMES JURISTES SUISSE  
GIURISTE SVIZZERA  
GIURISTAS SVIZRA  
WOMEN LAWYERS SWITZERLAND



Bundesamt für Justiz  
Direktionsbereich Strafrecht  
Bundesrain 20  
3003 Bern

vorgängig PDF und Word-  
Version per E-Mail an:  
corine.kloeti@bj.admin.ch  
franziska.zumstein@admin.ch

Schwyz, 2. September 2015

**Vernehmlassung zur Änderung des Strafgesetzbuches und des  
Militärstrafgesetzes (Umsetzung von Art. 123c BV)**

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin  
Sehr geehrte Damen und Herren

*Juristinnen Schweiz – Femmes Juristes Suisse – Giuriste Svizzera – Giuristas Svizra* (siehe [www.lawandwomen.ch](http://www.lawandwomen.ch), nachfolgend: Juristinnen Schweiz) wurde 2001 gegründet als Berufs- und Vernetzungsorganisation der Schweizer Juristinnen, welche die Stimmen der Frauen, vor allem der Fachfrauen, im Gesetzgebungsverfahren einbringt. Eines der Mehrjahresziele der Juristinnen Schweiz ist es, sich verstärkt für die Rechte der Kinder und Jugendlichen einzusetzen. Wir ergreifen daher gerne die Gelegenheit, uns heute im Vernehmlassungsverfahren zur Umsetzung der sog. Pädophilen-Initiative zu äussern.

Dr. Alice Reichmuth Pfammatter  
Präsidentin Juristinnen Schweiz – Femmes Juristes Suisse – Women Lawyers Switzerland  
c/o Kessler Landolt Giacomini & Partner  
Oberer Steisteg 18  
CH-6430 Schwyz  
[alice.reichmuth@lawandwomen.ch](mailto:alice.reichmuth@lawandwomen.ch)  
[www.lawandwomen.ch](http://www.lawandwomen.ch)  
PC-Konto: 17-861943-5

Die Eingabefrist läuft bis 3. September 2015 und ist mit vorliegender Eingabe gewahrt, zumal diese auch elektronisch eingereicht wird.

Wir möchten festhalten, dass wir keine Vollständigkeit beanspruchen, sondern uns auf die aus unserer Sicht wichtigsten Aspekte beschränken.

## **1. Allgemeine Bemerkungen**

Die neue Verfassungsbestimmung von Art. 123c BV sieht vor, dass Personen, die verurteilt werden, weil sie die sexuelle Unversehrtheit eines Kindes oder einer abhängigen Person beeinträchtigt haben, endgültig das Recht verlieren, eine berufliche oder ehrenamtliche Tätigkeit mit Minderjährigen oder Abhängigen auszuüben.

Die Juristinnen Schweiz sind sich bewusst, dass die Umsetzung dieser Verfassungsinitiative nicht einfach ist, zumal der umzusetzende Verfassungsartikel in sich nicht widerspruchsfrei ist. Wir begrüssen daher das erkennbare Bestreben um deren verfassungs- und völkerrechtskonforme Umsetzung und insbesondere eine Variante vorzulegen, welche im Ansatz auch dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit Rechnung zu tragen versucht.

Bei der Umsetzung einer Verfassungsinitiative ist eine Verfassungsnorm in die passende gesetzliche Form zu giessen. Dabei ist zu beachten, dass die bestehenden Verfassungsnormen weiterhin gelten und Art. 123c BV, welcher seit dem 18. Mai 2014 Teil dieser Verfassung ist, einzubinden ist. Im Sinne der Verfassungseinheit ist es deshalb zentral, dass auch bei dieser Umsetzung die geltenden Verfassungsbestimmungen und internationalen Übereinkommen mit Verfassungsrang gewahrt werden. Der Auftrag zur Umsetzung kann nicht dahin verstanden werden, dass nur der Art. 123c BV isoliert im Blickfeld steht. Da sich dieser Artikel im Übrigen schon als solcher schlecht in die Verfassung einfügt, ist zur Vermeidung unnötiger Widersprüche und zur Wahrung der rechtsstaatlichen Grundsätze die Massnahme eines lebenslänglichen Tätigkeitsverbotes vorsichtig einzusetzen. Soweit eine subjektiv-historische Auslegung für den umzusetzenden Verfassungsartikel zur Anwendung gelangt, ist darüber hinaus zu beachten, dass nicht ohne weiteres die Meinung des Initiativkomitees massgeblich ist, sondern auch das, was die Stimmberechtigten anlässlich der Abstimmung unter der Initiative verstehen durften. Sowohl der Titel wie auch der damalige politische Diskurs – soweit er eruiert werden kann – sind deshalb mit zu berücksichtigen.

Die Juristinnen Schweiz sprechen sich klar für Variante 1 aus, die eine Härtefallklausel vorsieht. Variante 2 ist aus einer rechtsstaatlichen Betrachtung nicht vertretbar.

Der Automatismus der Anordnung eines lebenslänglichen Tätigkeitsverbots ist in beiden Varianten zu streichen. Die Massnahme kann und darf nur durch eine Beurteilung im Einzelfall angeordnet werden. Zudem muss die Überprüfung der Massnahme sowie die Aussicht auf Aufhebung der Massnahme vorgesehen sein.

## **2. Unvertretbarkeit der Variante 2 (ohne Härtefallklausel)**

Art. 123c BV beinhaltet schwerwiegende Eingriffe in die Grundrechte der betroffenen Person. Die Umsetzung hat daher auch die verankerten und anerkannten Verfahrensgrundsätze (insbesondere von Art. 29, 29a, 31 BV), das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit (Art. 5 i.V.m. Art. 190 BV) und die Grundrechte (Art. 9, 10, 13 und 27 BV) zu beachten. Insbesondere müssen Einschränkungen von Grundrechten (vgl. Art. 36 BV) die Voraussetzungen für einen Eingriff beachten; dazu zählt auch der verfassungsmässige Grundsatz der Verhältnismässigkeit (Art. 36 Abs. 4 BV). Diese Voraussetzungen missachtet die vorgeschlagene Variante 2; diese ist somit auf keinen Fall vertretbar.

Ferner ergibt sich aus Art. 5 BV in Verbindung mit Art. 190 BV, dass die Grundlage und die Schranken des staatlichen Handelns das massgebende Recht darstellen. Dazu zählen auch das Völkerrecht und somit auch die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK, SR 0.101). Die Garantien der EMRK sind daher zu wahren. Eine Umsetzung der Initiative, welche sich nicht als EMRK-konform erweist, ist damit verfassungswidrig.

Ein rechtmässiger Eingriff in die Freiheitsrechte liegt nur vor, wenn die Voraussetzungen erfüllt sind, namentlich eine gesetzliche Grundlage vorliegt, ein öffentliches Interesse gegeben ist, die Verhältnismässigkeit sowie der Kerngehalt des Grundrechts gewahrt werden. Vorliegend sind insbesondere die Verletzung des Verhältnismässigkeitsprinzips zu erwähnen wie auch den Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit.

Die Wirtschaftsfreiheit nach Art. 27 BV gewährt jeder natürlichen Person die freie Wahl des Berufes sowie des freien Zuganges zur Erwerbstätigkeit und deren freie Ausübung. Gerade in Fällen, in der eine Person keine schwere Straftat begangen hat, ist der Eingriff in das Grundrecht der freien Wahl des Berufes und der Erwerbstätigkeit nicht verhältnismässig. Speziell problematisch ist dies jedoch in Fällen der „Jugendliebe“, aber auch in Fällen, in denen keine Pädophilie vorliegt, zumal die Verfassungsinitiative den

Täterkreis auf Pädophile einschränkte. Deshalb bedarf es zwingend einer *Ausnahmeregelung*. Würde Variante 2 (ohne „Härtefallklausel“) umgesetzt, würde der Fall einer „Jugendliebe“ mit einer minderjährigen Person zu einem entsprechenden Berufsverbot führen, was in dieser Konstellation mit dem präventiven Schutz von Minderjährigen nicht gerechtfertigt ist. Deshalb muss auf jeden Fall der Variante 1 (mit Härteklausel) der Vorrang gegeben werden.

### **3. Anmerkung zum Anliegen der Pädophilen-Initiative: Schutz von Kindern**

Die Initiative, die zu Art. 123c BV führte, lief seinerzeit unter der Bezeichnung „Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen“. Unter dem Begriff des Pädophilen werden (erwachsene) Menschen erfasst, die ein primäres sexuelles Interesse an Kindern vor der Pubertät haben. Daraus muss gefolgert werden, dass es der Wille der Stimmberechtigten war, (kleine) Kinder als potentielle Opfer zu schützen. Demgegenüber fällt auf, dass sowohl mit Bezug auf die Rechtsfolge wie mit Bezug auf die Opfer die Vernehmlassungsvorlage das Kind nicht in diesem Sinne definiert und somit über den so verstandenen Art. 123c BV hinausgeht: So soll nach Art. 67 Abs. 3 E StGB das Tätigkeitsverbot verhängt werden können, wenn „Minderjährige“ bzw. „minderjährige Opfer“ betroffen waren. Dasselbe gilt für Art. 50 Abs. 3 E MStGB u.a. Damit wird auch bei Eingriffen in die sexuelle Integrität von Jugendlichen, d.h. jungen Menschen nach der Pubertät, und bis zum Alter von 18 Jahren eine ausserordentlich einschneidende, weil lebenslängliche Rechtsfolge für Täterinnen und Täter, statuiert.

Wir halten dafür, dass der Begriff des Kindes nach Art. 1 KRK (Personen bis 18 Jahren) hier mit Bezug auf die verletzte Person nicht ohne weiteres Geltung beanspruchen kann. Es wäre im Rahmen einer Ausführungsgesetzgebung wichtig, dass der Begriff des Kindes, genauer definiert wird, und dies im Sinne des Schutzzweckes unter Wahrung der Verhältnismässigkeit wie auch der Wahrung der Selbstbestimmung der Jugendlichen.

Hinzu kommt, dass die Vorlage nicht definiert, wer als „Pädophiler“ zu gelten hat, sondern die Massnahme ohne Differenzierung am Tatbestandskatalog anknüpft, der mithin auch Übertretungen umfasst (vgl. Art. 197 Abs. 2 und 198 StGB).

### **4. Die spezielle Problematik der Jugendlieben**

Bereits im Abstimmungskampf wurde klargestellt, dass Jugendlieben nicht erfasst werden sollen, und es ist auch anzunehmen, dass einverständliche

sexuelle Kontakte zwischen Jugendlichen nicht zu einer lebenslänglichen Einschränkung der beruflichen und ausserberuflichen Tätigkeit führen sollten, zumal Jugendliche, die sexuelle Kontakte untereinander unterhalten, nicht als Pädophile bezeichnet werden können. Durch die Ausdehnung des Begriffs des Kindes i.S. von Art. 123c BV auf „Minderjährige“ und weil die Jugendlieben nicht besonders geregelt sind, müssen wir davon ausgehen, dass gerade dieser besondere Tatbestand keine Berücksichtigung findet. So könnte ein Liebesverhältnis zwischen einer 17-jährigen (minderjährigen) und einer 18-jährigen Person für die letztere ein lebenslängliches Berufs- und Tätigkeitsverbot zur Folge haben. Das wäre u.E. zweifellos völlig unverhältnismässig. Zudem scheint uns, dass in der Ausführungsgesetzgebung unbedingt klargestellt werden sollte, dass jugendliche Täter und Täterinnen (im Sinne des JStG) nicht unter die Massnahme gemäss Art. 123c BV fallen. Wenn dies möglicherweise als „leichter Fall“ gelten und damit unter die Ausnahmeregelung fallen kann, sollte u.E. unbedingt klar gestellt werden.

#### **5. Problematik der automatischen Anordnung einer Massnahme ohne Prüfung im Einzelfall**

Als problematisch erachten wir bei beiden Varianten die automatische Anordnung des lebenslänglichen Tätigkeitsverbots. Eine solche automatische Anordnung widerspricht den allgemeinen Grundsätzen der Strafzumessung. Ziel der Strafe ist die Resozialisierung des Täters; die Strafe bemisst sich nach dem Verschulden des Täters, unter Berücksichtigung des Vorlebens und der persönlichen Verhältnisse sowie die Wirkung der Strafe auf das Leben des Täters (Art. 47 Abs. 1 StGB). Der vorgesehene Automatismus steht dem allgemeinen Grundsatz diametral entgegen. Hinzu kommt nach dem vorhin Gesagten, dass diese automatische Anordnung den Grundsatz der Verhältnismässigkeit missachtet. Art. 36 BV geniesst den gleichen Verfassungsrang und darf nicht zurückgedrängt werden. Der Einbezug der Prüfung der Verhältnismässigkeit eines Grundrechtseingriffs entspricht auch einer völkerrechtlichen Verpflichtung.

In beiden Varianten, die der Bundesrat unterbreitet, ist von einer automatischen Anordnung abzusehen.

Völlig unverhältnismässig ist, dass das lebenslängliche Berufs- und Tätigkeitsverbot auch bei Übertretungen im Bereich der sexuellen Integrität eingreifen soll. Wenn der Gesetzgeber eine Straftat als Übertretung auszeichnet, verpönt er sie zwar, stuft sie aber insgesamt doch als wenig gravierend ein. Es erscheint systemwidrig und irritiert deshalb, wenn ein lebenslängliches Berufs- und Tätigkeitsgebot daran geknüpft wird.

Wir schlagen daher vor, die Anordnung der Massnahme nur bei einer gewissen Schwere vorzusehen. Es ist daher eine ausgesprochene Mindeststrafe vorzusehen, ab welchem das Verbot anzuordnen ist.

## **6. Art. 67 Abs. 4ter E StGB (Variante 1)**

Die Juristinnen Schweiz halten klar dafür, dass *Ausnahmeregelungen* angesichts der komplexen Wirklichkeit und der unter Umständen ungewöhnlich schweren Auswirkung der Massnahme auf jeden Fall ins Gesetz aufgenommen werden sollten. Insofern plädieren wir für Art. 67 Abs. 4ter E StGB bzw. Art. 50 Abs. 4ter E MStGB. Allerdings erscheint uns, dass die entsprechende Bestimmung nicht geglückt ist: Nicht nur „leichte Fälle“ können zur Unverhältnismässigkeit führen, sondern auch Umstände, die beim Täter oder beim Opfer liegen. Es scheint uns auch, dass der zweite Teilsatz in Art. 67 Abs. 4ter (und analog in Art. 50 Abs. 4ter MStGB: „wenn das Verbot offensichtlich weder notwendig noch zumutbar ist“) ersatzlos gestrichen werden könnte. Die Regeln zur Festlegung der Ausnahmen genügen und das Gericht muss diesbezüglich auf die Einzelumstände eingehen können. Darüber hinaus halten wir auch die Bestimmung für nicht sach- und systemgerecht, dass bei gewissen Delikten von einem lebenslänglichen Tätigkeitsverbot *nicht* abgesehen werden kann, selbst wenn die Massnahme „offensichtlich weder notwendig noch zumutbar ist“.

## **7. Problematik der fehlenden Überprüfbarkeit**

Bei der „endgültigen“ Anordnung des Tätigkeitsverbots stellt sich das Problem ähnlich wie bei der Verwahrung. Damit die Anordnung eines lebenslänglichen Tätigkeitsverbots mit Art. 3 EMRK vereinbar ist, muss eine Möglichkeit zur Überprüfung der Anordnung sowie eine Aussicht auf Aufhebung bestehen. Liegen Veränderungen im Leben einer mit einem Tätigkeitsverbot belegten Person vor, die in Bezug auf die Rehabilitation bedeutsam sind, lässt sich die Aufrechterhaltung der Massnahme nicht mehr rechtfertigen. Ob die Anordnung noch gerechtfertigt ist, kann nur nach Überprüfung durch die zuständigen Behörden festgestellt werden. Wir schlagen vor, dass nach Ablauf einer gewissen Zeit, spätestens nach 25 Jahren, eine solche Überprüfung stattzufinden hat.

## **8. Schlussbemerkung**

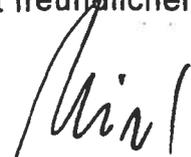
Grundsätzlich überzeugt der in die Vernehmlassung geschickte Entwurf nicht. Er erscheint bemüht, indem er in Details geht, die nicht notwendig sind, indem er zum Teil über Art. 123c BV hinausgeht und auf der anderen

Seite wichtige Fragen weiterhin offen lässt. Wir bedauern, dass nicht primär die Verpflichtungen gemäss Art. 7 der Lanzerote-Konvention (Zugang von potentiellen Tätern zu wirksamen Interventionsprogrammen oder -massnahmen) gesetzgeberisch aufgearbeitet wurde. Der Entwurf berücksichtigt auch nicht, dass Berufsbewilligungen auch auf anderer Ebene entzogen werden können.

Wir hoffen, Ihnen mit diesen Bemerkungen gedient zu haben und danken für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Im Namen des Vorstandes und der weiteren Mitglieder der Arbeitsgruppe  
(Prof. Dr. Regula Kägi-Diener und M.A.HSG Christa Stünzi)

Mit freundlichen Grüssen



Dr. Alice Reichmuth Pfammatter  
Präsidentin Juristinnen Schweiz



Bundesamt für Justiz  
Direktionsbereich Strafrecht  
Bundesrain 20  
3003 Bern

per Email versandt:  
[corine.kloeti@bj.admin.ch](mailto:corine.kloeti@bj.admin.ch)  
[franziska.zumstein@bj.admin.ch](mailto:franziska.zumstein@bj.admin.ch)

RR/jsa

312

Bern, den 3. September 2015

## SAV Stellungnahme zur Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Umsetzung von Art. 123c BV)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Schweizerische Anwaltsverband (SAV) dankt Ihnen für die Gelegenheit, zum Entwurf der Gesetzesänderungen gestützt auf die Annahme der Volksinitiative „Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen“ Stellung nehmen zu können.

### 1. Allgemeine Bemerkungen

Der SAV bedauert, dass einmal mehr der Gesetzgeber wegen einer gestützt auf eine Volksinitiative in die Bundesverfassung aufgenommenen neuen Bestimmung tätig werden muss. Auch die Bestimmung von Art. 123c BV ist mit rechtsstaatlichen Grundsätzen wie dem Verhältnismässigkeitsprinzip nicht vereinbar. Ihre Aufgabe ist daher eigentlich nicht lösbar.

### 2. Zur Gesetzesvorlage

Im Katalog der Anlasstaten sollten nach Auffassung des SAV die Übertretungen und Antragsdelikte ausgenommen werden. Aus der Strafrechtspraxis ist bekannt, dass sehr oft zufällig

ist, ob ein Strafantrag gestellt wird oder nicht. Weitergehend erscheint es absolut undenkbar, dass eine bloss e Übertretung (welche grundsätzlich auch nicht im Strafregister einzutragen ist) als Anlasstat für ein lebenslanges Berufsverbot gelten sollte.

Der SAV unterstützt den Vorschlag, das zwingende und lebenslängliche Tätigkeitsverbot nicht auch in das Jugendstrafgesetz aufzunehmen.

In Ihrem Bericht erwähnen Sie auf Seite 27, dass das Strafbefehlsverfahren ausgeschlossen sei, wenn ein lebenslängliches Berufsverbot zur Diskussion steht.

Diese Aussage steht in Widerspruch zu Art. 352 Abs. 2 StPO, welcher wie folgt lautet:

*„Jede dieser Strafen (nach Abs. 1) kann mit einer Massnahme nach dem Art. 66 – 73 StGB verbunden werden.“*

In der Strafprozessordnung müsste daher ergänzt werden, dass das Strafbefehlsverfahren ausgeschlossen ist, wenn ein lebenslängliches Berufsverbot ausgesprochen wird. Dass im Gesetzestext vom „Gericht“ die Rede ist, welches das Tätigkeitsverbot ausspricht, genügt nach Auffassung des SAV nicht für den Ausschluss des Strafbefehlsverfahrens.

### 3. Zu den Varianten

Nur die von Ihnen vorgeschlagene Variante 1 mit der Härtefallklausel berücksichtigt der Spur nach das Verhältnismässigkeitsprinzip. Jeder Einzelfall muss bei solch schwerwiegenden Folgen (lebenslängliches Tätigkeitsverbot) sorgfältig geprüft werden.

Der Schweizerische Anwaltsverband dankt Ihnen für die Kenntnisnahme seiner Anregungen und verbleibt mit freundlichen Grüssen

für den SAV

SAV Präsident

Sergio Giacomini



SAV Generalsekretär

René Rall





Bundesamt für Justiz  
Direktionsbereich Strafrecht  
Bundesrain 20  
3003 Bern

Bern, 3. September 2015

## **Vernehmlassungsantwort der Pfadibewegung Schweiz zum Umsetzungsvorschlag von Artikel 123c der Bundesverfassung**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Sommaruga

Die Pfadibewegung Schweiz (PBS) möchte Ihnen nachfolgend die Vernehmlassungsantwort zu dem vom Bundesrat erarbeiteten Umsetzungsvorschlag des Artikels 123c der Bundesverfassung zustellen, namentlich die Umsetzung der vom Stimmvolk im Mai 2014 angenommenen Initiative „Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen“.

Kinder- und Jugendorganisationen wie die Pfadibewegung Schweiz leisten seit Jahren einen grossen Beitrag im Bereich Prävention. Diese wichtige Aufgabe übernehmen die Kinder- und Jugendorganisationen sowohl bei Kindern und Jugendlichen wie auch bei den Leitenden, den für die Kinder und Jugendlichen verantwortlichen Personen.

Anpassungen und Vorschläge zu Gesetzestexten, die das Thema sexuelle Gewalt beinhalten, haben teils direkte Auswirkungen auf die Tätigkeiten der ausserschulischen Jugendarbeit.

Die PBS nahm 2011 an der Vernehmlassung zum „Bundesgesetz über das Tätigkeitsverbot und das Kontakt- und Rayonverbot“ teil.

Als nicht zielführend wurde der obligatorische Strafregisterauszug bezeichnet. Denn nur wenn eine Verurteilung eines Täters, einer Täterin erfolgt, würde dies im speziellen Registerauszug vermerkt werden. Diese Quote liegt bei 5% aller sexuellen Straftaten und gibt deshalb eine Scheinsicherheit vor. Zudem wäre die Einführung eines obligatorischen Sonderauszuges mit grossen, praktischen Belastungen für die Kinder- und Jugendorganisationen verbunden: der administrative Aufwand für freiwillig engagierte Jugendliche und junge Erwachsene würde enorm steigen und sie müssten eine grosse Verantwortung wahrnehmen, welche rasch zu Überforderung führen könnte – eine Aufgabe, welche bei den staatlichen Organen anzusiedeln ist.

Die PBS hatte in ihrer Vernehmlassungsantwort zudem deutlich unterstrichen, dass präventive Massnahmen vermehrt durch die öffentliche Hand unterstützt werden müssen. Denn diese greifen, bevor es zu Übergriffen kommt und bieten folglich einen grösseren Schutz der Integrität von Kindern und Jugendlichen.

Die Kinder- und Jugendorganisationen begrüsst die schlussendlich im Winter 2013 vom Parlament verabschiedeten Gesetzesanpassungen, da auf das Obligatorium verzichtet wurde.

Im Frühjahr 2014, im Vorfeld der Abstimmung, auf der nun der vorliegende Umsetzungsvorschlag fusst, positionierten sich die Kinder- und Jugendorganisationen öffentlich. Die Pfadibewegung Schweiz, Jung-

**Geschäftsstelle PBS**  
**Speichergasse 31**  
**Postfach 529**  
**CH - 3000 Bern 7**  
**Tel. +41 (0)31 328 05 45**  
**Fax +41 (0)31 328 05 49**  
**info@pbs.ch**  
**www.pbs.ch**

wacht Blauring, SATUS, die Stiftung Kinderschutz Schweiz und die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Jugendverbände lehnten die Initiative dezidiert ab.

Aus der Sicht der Kinder- und Jugendorganisationen, eine Haltung, die verschiedene politische Parteien und weitere Fachorganisationen teilten, stand die Initiative im Widerspruch zu der Bundesverfassung, da weder die Verhältnismässigkeit noch die Einzelfallgerechtigkeit, wie beispielsweise bei Fällen von Jugendlieben, berücksichtigt werden. Denn wird jemand wegen einem sexuellen Übergriff verurteilt, würde ein absolutes, lebenslanges Berufs- und Tätigkeitsverbot verhängt werden. Weiter wiesen wir darauf hin, dass die Initiative von Marche Blanche nur die sexuelle Gewalt gegenüber Kinder und Jugendlichen und nicht alle weiteren Formen von Gewalt behandelt.

### **Anmerkungen zu den einzelnen Artikeln**

Basierend auf den bereits oben erwähnten Punkten nehmen wir nun zu den einzelnen Artikeln Stellung. Zuerst möchten wir unsere Unterstützung der Variante 1 unterstreichen. Variante 2 ist aus unserer Sicht abzulehnen, da diese keine Härtefallbestimmung enthält.

#### Variante 1 Artikel 67 Absatz 4ter (Härtefallbestimmung)

Der Bundesrat ermöglicht mit der Variante 1, dass die Einzelfallgerechtigkeit und die Verhältnismässigkeit gewahrt werden. Diese Möglichkeit ist bei Fällen von sogenannter Jugendliebe absolut zentral. Denn findet beispielsweise ein gewollter sexueller Kontakt zwischen knapp 16- und 20-jährigen Jugendlichen statt, würde die volljährige Person ohne diese Härtefallbestimmung riskieren, dass sie lebenslänglich nicht mehr mit Kinder, Jugendlichen und besonders schutzbedürftigen Personen arbeiten darf. Das Verhalten der volljährigen Person ist unbestritten verboten, jedoch wird dem Verhalten mit der Variante 1 nicht das Etikett der Pädosexuellen angehängt. Variante 1 des Artikels 67 Absatz 4ter wird folglich von den Kinder- und Jugendorganisationen begrüsst.

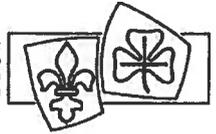
#### Artikel 371a, Absatz1 (Sonderauszug)

Dass, wie bereits aus der Vernehmlassung 2011 hervorging, kein Obligatorium für einen Sonderauszug bestehen soll, begrüssen die Kinder- und Jugendorganisationen. Ein solcher Auszug muss weiterhin freiwillig sein und ist aus unserer Sicht absolut keine Garantie dafür, dass Organisationen von sexuellen Übergriffen gefeit sind. Vielmehr muss der Fokus in den Bereichen Prävention und Sensibilisierung gelegt werden.

Ein Sonderprivatauszug kann allenfalls als Mittel zur Abklärung dienen, jedoch ist auch hier zu berücksichtigen, dass dieser nicht vollständig ist, weil beispielsweise nicht alle sexuellen Delikte erfasst sind (siehe Merkblatt von CURAVIVA Schweiz zur Verwendung des Privatauszugs und des Sonderprivatauszugs<sup>1</sup>).

---

<sup>1</sup> <http://www.curaviva.ch/Verband/News/PPhrB/?id=00987C5C-F5C6-233B-C9D72995BDFEAE88&method=article.detail>



### Weiteres

Die Kinder- und Jugendorganisationen unterstützen den Vorschlag, dass das Jugendstrafgesetz angenommen ist und somit auf die Einführung eines zwingenden lebenslänglichen Tätigkeitsverbots für minderjährige Jugendliche verzichtet wird. Zu erwähnen ist, dass die Möglichkeit eines fakultativen Tätigkeitsverbots auf Grund von sexuellen Übergriffen bereits im Jugendstrafrecht (Artikel 16a JStG) geschaffen ist.

### **Schlussbemerkungen**

Abschliessend möchten wir unterstreichen, dass die Kinder- und Jugendorganisationen die Variante 1 des Umsetzungsvorschlages zur Initiative „Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen“ vollumfänglich unterstützen. Variante 1 wahrt die Verhältnismässigkeit und erlaubt, unter bestimmten Bedingungen wie beispielsweise im Fall von sogenannter Jugendliebe, vom lebenslangen Berufs- und Tätigkeitsverbot abzusehen.

Umfänglicher Schutz der physischen und psychischen Integrität von Kindern und Jugendlichen bedeutet aber, dass Massnahmen ergriffen werden, damit es gar nicht erst zu Übergriffen auf die physische und psychische Integrität von Kinder und Jugendlichen kommt. Hier leisten die Kinder- und Jugendorganisationen ausgezeichnete Arbeit mit Sensibilisierungs-, Bildungs- und Thematisierungsaktivitäten. Dieses Engagement gilt es zu würdigen und wir appellieren an den Bundesrat, mehr finanzielle und strukturelle Mittel im Bereich der Prävention zur Verfügung zu stellen.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

### **Pfadibewegung Schweiz (PBS)**

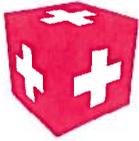
*B. Blanc*

Barbara Blanc  
Präsidentin

Thomas Gehrig  
Präsident

Manuel Staub  
Geschäftsleiter





[corine.kloeti@bj.admin.ch](mailto:corine.kloeti@bj.admin.ch)  
[franziska.zumstein@bj.admin.ch](mailto:franziska.zumstein@bj.admin.ch)  
Frau Bundespräsidentin  
Simonetta Sommaruga  
p.A. Bundesamt für Justiz  
Direktionsbereich Strafrecht  
Bundesrain 20  
3003 Bern

Bern, 02. September 2015

**Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Umsetzung von Art. 123c BV)**

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 18. Mai 2015 haben Sie den Verband Schweizerischer Privatschulen VSP eingeladen, eine Stellungnahme zu der von Ihnen vorgeschlagenen Änderung des Strafgesetzbuches und Militärstrafgesetzes abzugeben. Wir danken Ihnen für diese Möglichkeit und nutzen die Gelegenheit der Mitwirkung gerne.

Der VSP unterstützt die vorgesehene Umsetzung von Art. 123c BV im Interesse des verbesserten Schutzes der sexuellen Integrität von Schülerinnen und Schüler an staatlichen und privaten Schulen. Der VSP spricht sich mit Blick auf die bestmögliche Berücksichtigung der verfassungsmässigen Rechte sowie des Verhältnismässigkeitsprinzips für die Umsetzung der Variante 1 (mit Härtefallbestimmung) aus.

Bei dieser Gelegenheit erlauben wir uns den Hinweis, dass die schweizerischen Privatschulen bei der Umsetzung und Einhaltung von Berufsverboten noch besser mitwirken könnten, wenn sie über ein eigenes Einsichtsrecht in das Strafregister - allenfalls beschränkt auf die Berufsverbote und deren Dauer - verfügen würden. Sollte dereinst ein Einsichtsrecht staatlicher Schulen in Betracht gezogen werden, machen wir bereits heute beliebt, die Privatschulen diesbezüglich gleichzustellen.

Wir danken Ihnen für Ihre Kenntnisnahme und stehen für ergänzende Fragen und Informationen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

VERBAND SCHWEIZERISCHER  
PRIVATSCHULEN VSP

Der Präsident



Norbert Foerster

Der Generalsekretär



Markus Fischer



**Kinderschutz Schweiz**  
**Protection de l'enfance Suisse**  
**Protezione dell'infanzia Svizzera**

Seftigenstrasse 41  
3007 Bern  
T 031 384 29 29  
info@kinderschutz.ch  
www.kinderschutz.ch

Bundesamt für Justiz  
Direktionsbereich Strafrecht  
Bundesrain 20  
3003 Bern

Per E-Mail  
corine.kloeti@bj.admin.ch  
franziska.zumstein@bj.admin.ch

Bern, 2. September 2015

**Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Umsetzung von Art. 123c BV)**  
**Vernehmlassungsantwort**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Sommaruga

Für die Möglichkeit zu obengenannter Sache Stellung zu nehmen, danken wir Ihnen. Kinderschutz Schweiz setzt sich schweizweit dafür ein, dass alle Kinder gewaltfrei aufwachsen können, dass ihre Rechte gewahrt werden und ihre Integrität geschützt wird. Kinderschutz Schweiz hat sich bereits während der Debatten in den eidgenössischen Räten als Fachorganisation mehrfach differenziert zu einem Tätigkeitsverbot für verurteilte pädosexuelle Täter und Täterinnen und zur Initiative von Marche Blanche "Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen" geäußert. Dass Kinder vor Wiederholungsstraftaten gegebenenfalls mit einem Tätigkeitsverbot für die betroffenen Täter geschützt werden können, begrüßt Kinderschutz Schweiz im Grundsatz. Gegen die Initiative sprach aus unserer Sicht, dass sie mit dem zwingenden lebenslänglichen Tätigkeitsverbot für alle verurteilten Täter und Täterinnen das Verhältnismässigkeitsprinzip und Völkerrecht verletzte.

Kinderschutz Schweiz sowie weitere Kinder- und Jugendschutzorganisationen haben in den Debatten um ein Tätigkeitsverbot auch darauf hingewiesen, dass die allermeisten Straftaten gegen die sexuelle Integrität von Kindern nicht von vorbestraften Tätern verübt werden. Ein



menschenrechtskompatibles Tätigkeits- und Kontaktverbot für einschlägig vorbestrafte Täter macht zwar Sinn, soll aber nicht den Blick davon ablenken, dass für einen signifikant besseren Schutz von Kindern vor der Verletzung ihrer sexuellen Integrität und anderen Formen von schwerer Gewalt mehr und effizientere Massnahmen im präventiven Bereich und in der Früherkennung dringend nötig wären, diese heute aber in der Schweiz nur ungenügend vorhanden sind.

### **Allgemeine Würdigung**

Wir begrüssen es, dass der Bundesrat in seinem Vorschlag für die Umsetzung der Initiative, die ein wichtiges Prinzip der Bundesverfassung und Völkerrecht missachtet, diese negativen Effekte zu dämpfen versucht und unterstützen die Variante 1, die ein richterliches Ermessen im Härtefall vorsieht. Die Variante 2 hingegen, die in jedem Fall ein zwingendes Tätigkeitsverbot zur Folge hat, lehnt Kinderschutz Schweiz dezidiert ab.

### **Anmerkungen zu einzelnen Artikeln**

Artikel 123c BV enthält keine Bestimmung dazu, wie das Tätigkeitsverbot konkretisiert und in der Praxis umgesetzt werden soll. Es bedarf der Präzisierung auf Gesetzesstufe. Artikel 123c BV soll aufgrund des Bundesgesetzes über das Tätigkeitsverbot und das Kontakt- und Rayonverbot, welches am 1. Januar 2015 in Kraft getreten ist, wie folgt umgesetzt werden:

#### **Variante 1 Artikel 67 Absatz 4ter (Härtefallbestimmung)**

Der Bundesrat sieht mit der Variante 1 vor, dass das Prinzip der Verhältnismässigkeit im Einzelfall gewahrt werden kann. Die Möglichkeit von der zwingenden Verhängung eines lebenslangen Tätigkeitsverbots abzusehen ist insbesondere in Fällen von sogenannter Jugendliebe eine wichtige Lösung. Kommt es beispielsweise zu einvernehmlichen sexuellen Kontakten zwischen knapp 16- und 20-jährigen Jugendlichen, würde die volljährige Person ohne diese Härtefallbestimmung, lebenslänglich nicht mehr mit Kindern und Jugendlichen – also generell mit Personen bis zum 18. Altersjahr – arbeiten dürfen. Durch Anwendung der Variante 1 würde die zwar volljährige aber immer noch sehr junge Person nicht mit der Einstufung "pädosexuelle oder pädophile Person" belastet werden. Kinderschutz Schweiz begrüsst den Vorschlag der Variante 1 zu Artikel 67 Absatz 4ter.

#### **Art. 67 Abs. 6**

Kinderschutz Schweiz begrüsst, dass zur Umsetzung und Überwachung eines Tätigkeitsverbots nach Absatz 3, 4 oder 4bis in jedem Fall Bewährungshilfe angeordnet werden soll.

### **Artikel 371a StGB, Strafregisterauszug /Sonderprivatauszug**

Artikel 371a StGB sieht vor, dass unter anderem Personen, die eine berufliche oder organisierte ausserberufliche Tätigkeit mit minderjährigen Personen ausüben möchten, einen Sonderprivatauszug einfordern können.

Kinderschutz Schweiz begrüsst die Einführung dieser Möglichkeit für Arbeitgeber und Vereine, die Einreichung eines Sonderprivatauszugs zur Ausübung der Tätigkeit von ihren Mitarbeitenden zu verlangen. Die Umsetzung über einen inhaltlich eingeschränkten Sonderprivatauszug aus dem Strafregister erachten wir als angemessene Lösung.

Die Anforderung eines speziellen Strafregisterauszugs darf jedoch nicht als absolute Sicherheit interpretiert werden. Denn nur bei einem sehr kleinen Anteil aller sexuellen Straftaten kommt es zu einer Verurteilung und damit zu einem Registereintrag. Diesen Sonderprivatauszug als Arbeitgeber oder Verein von neuen Mitarbeitenden zu verlangen kann deshalb nur ein kleiner Bestandteil der gesamten Bemühungen eines Betriebs bzw. einer Organisation sein, Delikten gegen die sexuelle Integrität von Kindern vorzubeugen. Die Gefahr besteht, dass Arbeitgeber diese Möglichkeit nicht nutzen oder im Gegenteil, sich damit begnügen und sich dann in falscher Sicherheit wiegen. Deshalb sind Präventionsmassnahmen in Betrieben, Institutionen und Organisationen, die mit Kindern arbeiten, zur Verhütung von Gewalt an Kindern trotz der Einführung eines Sonderprivatauszuges unabdingbar. Für viele Branchen und Organisationen ist es wichtig, die Präventionsmassnahmen zu institutionalisieren. Bund und Kantone müssen zum Schutz von Kindern auch durch finanzielle Mittel dazu beitragen und Präventionsangebote unterstützen.

### **Jugendstrafrecht, Artikel 16a JStG**

Dass im Jugendstrafgesetz auf die Einführung eines zwingenden lebenslänglichen Tätigkeitsverbots für Minderjährige verzichtet wird, unterstützt Kinderschutz Schweiz. Das Jugendstrafgesetz regelt Sanktionen, welche gegenüber Personen zur Anwendung kommen, die vor Vollendung des 18. Altersjahres eine nach dem Strafgesetzbuch verfolgte Tat begangen haben. Artikel 16a JStG sieht bereits heute die Möglichkeit vor, im Einzelfall ein Tätigkeitsverbot auszusprechen. Es handelt sich dabei um ein Kann-Vorschrift. So wird berücksichtigt, dass die körperliche und persönliche Entwicklung von Minderjährigen noch im Gang ist und daher in der Regel begrenzte und flexible Massnahmen zielführend sind.

### **Geschützte Opfer**

Artikel 123c BV verankert den Schutz von Kindern und abhängigen Personen vor Sexualstraftaten.

Der erläuternde Bericht befasst sich mit der Begrifflichkeit von Art 123c BV. Entgegen den Ausführungen des erläuternden Berichts zur Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (vgl. S. 14), ist mit dem Begriff "Kind" in jedem Fall jede Person bis zu ihrem 18. Lebensjahr gemeint. Hier geht es nicht um eine blosser Annahme, dass "es sich vermutlich um den Schutz der Minderjährigen" handelt. Die Schweiz hat das Übereinkommen vom 20. November 1989 über die Rechte des Kindes ratifiziert, welches in Artikel 1 festhält:

Im Sinne dieses Übereinkommens ist ein Kind jeder Mensch, der das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hat, soweit die Volljährigkeit nach dem auf das Kind anzuwendenden Recht nicht früher eintritt.

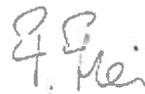
Die Schweizerische Gesetzgebung kennt keine Ausnahme, wonach die Volljährigkeit früher eintreten könnte. Zu Recht hat die Schweiz diesbezüglich keinen Vorbehalt angebracht. Kindern steht aufgrund ihrer physischen und psychischen Entwicklung ein besonderer Schutz und besondere Rechte bis zur Erreichung des 18. Altersjahrs zu. Da die Definition hier zur Diskussion Anlass gab, schlägt Kinderschutz Schweiz vor, die Begriffsklärung in einer Fussnote vorzunehmen.

Besten Dank für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse



Otto Wermuth  
Geschäftsführer



Flavia Frei  
Leiterin Geschäftsfeld Politik

Office fédéral de la justice  
Domaine de direction Droit pénal  
Bundesrain 20  
3003 Berne

Par E-Mail  
corine.kloeti@bj.admin.ch  
franziska.zumstein@bj.admin.ch

Berne, le 2 septembre 2015

**Modification du code pénal et du code pénal militaire (mise en œuvre de l'art. 123c Cst.)**

**Réponse à la consultation**

Madame la Conseillère fédérale,

Nous vous remercions de nous offrir l'opportunité de prendre position à propos de l'objet mentionné ci-dessus.

Protection de l'enfance Suisse se mobilise pour que tous les enfants vivant en Suisse puissent grandir à l'abri de la violence, que leurs droits soient respectés et leur intégrité protégée.

En tant qu'organisation spécialisée, Protection de l'enfance Suisse s'est déjà exprimée à plusieurs reprises, de manière nuancée, durant les débats des Chambres fédérales, à propos de l'interdiction d'exercer une activité pour les auteurs et les auteures condamnés en raison de délits sexuels ainsi qu'à propos de l'initiative de Marche Blanche « Pour que les pédophiles ne travaillent plus avec des enfants ». Protection de l'enfance Suisse est en principe favorable au fait que l'on protège les enfants contre les récidivistes en prononçant une interdiction d'exercer une activité pour les auteurs concernés. De notre point de vue, ce qui plaiderait contre l'initiative, c'est le fait que l'obligation d'interdire à vie une activité pour tous les auteurs et auteures condamnés ne respecte pas le principe de proportionnalité et le droit international.

Protection de l'enfance Suisse ainsi que d'autres organisations de protection de l'enfance et de la jeunesse ont aussi souligné, durant les débats concernant l'interdiction d'exercer une activité, que la majorité des atteintes à l'intégrité sexuelle des enfants n'étaient pas commises par des auteurs déjà condamnés. Une interdiction d'exercer une activité et une interdiction de contact compatibles avec les droits humains pour des auteurs déjà condamnés ont un sens, mais elles ne devraient pas faire oublier que pour mieux protéger les enfants contre les atteintes à leur intégrité sexuelle et contre d'autres formes de violence grave, il serait nécessaire de prendre davantage de mesures et des mesures plus efficaces dans le domaine de la prévention et du dépistage précoce ; pour l'heure, ces dernières sont insuffisantes en Suisse.

### **Appréciation générale**

Nous saluons positivement le fait que le Conseil fédéral, dans sa proposition de mise en oeuvre de l'initiative, – une initiative qui contrevient à un principe important de la Constitution fédérale et du droit international – essaie d'en atténuer les effets négatifs ; nous soutenons donc la variante 1 qui prévoit une clause qui laisse, de manière exceptionnelle, une marge d'appréciation au juge. Protection de l'enfance Suisse s'oppose résolument à la variante 2 qui prévoit dans chaque cas obligatoirement le prononcé d'une interdiction d'exercer une activité.

### **Remarques concernant les différents articles**

L'article 123c Cst. ne contient aucune disposition sur la manière dont l'interdiction d'exercer une activité sera concrétisée et appliquée. Des précisions sont donc nécessaires au niveau de la législation. L'article 123c Cst. devrait, en vertu de la Loi fédérale sur l'interdiction d'exercer une activité, l'interdiction de contact et l'interdiction géographique entrée en vigueur au 1er janvier 2015, être appliqué comme suit :

#### **Variante 1 Article 67 Alinéa 4ter (définition des cas de rigueur)**

Le Conseil fédéral prévoit dans la variante 1 que le principe de proportionnalité puisse être préservé dans certains cas. La possibilité de pouvoir déroger, dans des cas exceptionnels, à l'obligation de prononcer une interdiction d'exercer une activité à vie représente une solution importante, particulièrement dans les cas d'une relation amoureuse entre adolescents. Si des contacts sexuels librement consentis ont lieu par exemple entre des jeunes de 16 et de 20 ans, la personne majeure pourrait, sans cette disposition, avoir l'interdiction toute sa vie de travailler avec des enfants et des jeunes – donc de manière générale avec des personnes de moins de 18 ans. En appliquant la variante 1, la personne majeure mais néanmoins très jeune ne sera pas grevée de l'étiquette « pédophile ». Protection de l'enfance Suisse est favorable à la proposition de la variante 1 pour l'article 67 alinéa 4ter.

### **Art. 67 al.6**

Protection de l'enfance Suisse est favorable à ce que, en vertu de l'alinéa 3, 4 ou 4 bis, une assistance de probation soit ordonnée systématique pour surveiller le respect de l'interdiction d'exercer une activité.

### **Article 371a CP, Extrait spécial du casier judiciaire destiné à des particuliers**

L'article 371a CP prévoit que les personnes qui postulent à une activité professionnelle ou à une activité professionnelle non organisée où elles côtoient des mineurs puissent demander un extrait spécial de leur casier judiciaire.

Protection de l'enfance Suisse est favorable à l'introduction de cette possibilité, pour les employeurs et les associations, d'exiger de la part de leurs collaborateurs et collaboratrices qu'elles présentent un extrait spécial de leur casier judiciaire pour exercer leur activité. Nous considérons que la proposition qui prévoit un extrait spécial du casier judiciaire au contenu restreint est une solution appropriée.

Le fait de pouvoir exiger un extrait spécial du casier judiciaire ne doit pas, toutefois, être interprété comme la garantie d'une sécurité absolue. Car seule une très petite partie des actes d'ordre sexuel fait l'objet d'une condamnation et donc d'une inscription au casier judiciaire. Réclamer cet extrait spécial du casier judiciaire de la part de nouveaux collaborateurs en tant qu'employeur ou qu'association doit donc être envisagé uniquement comme une petite partie des efforts déployés globalement par une entreprise ou une organisation pour prévenir les atteintes contre l'intégrité sexuelle des enfants. Le danger existe que les employeurs n'utilisent pas cette possibilité ou, inversement, s'en contentent et s'imaginent faussement en sécurité. C'est pourquoi les mesures de prévention dans les entreprises, les institutions et les organisations qui travaillent avec des enfants sont indispensables pour prévenir la violence à l'encontre des enfants, malgré l'introduction de l'extrait spécial du casier judiciaire. Pour beaucoup de branches et d'organisations, il est important d'institutionnaliser les mesures de prévention. La Confédération et les cantons doivent, pour protéger les enfants, contribuer à cet effort par des moyens financiers et soutenir les offres de prévention.

### **Droit pénal des mineurs, article 16a DPMIn**

Protection de l'enfance Suisse soutient le fait qu'en Droit pénal des mineurs, on renonce à introduire l'obligation de prononcer, dans le cas de mineurs, une interdiction à vie d'exercer une activité. La loi qui régit la condition pénale des mineurs définit les sanctions qui frappent les personnes ayant commis, avant l'âge de 18 ans révolus, un acte poursuivi pénalement au sens du code pénal. L'article 16a DPMIn prévoit aujourd'hui déjà la possibilité de prononcer une

interdiction d'exercer une activité. C'est une disposition à caractère potestatif. On tient compte ainsi du fait que le développement physique et personnel des mineurs est encore en cours et que, de ce fait, des mesures limitées et flexibles sont mieux adaptées.

### Protection des victimes

L'article 123c Cst. inscrit le principe de la protection des enfants et des personnes dépendantes contre les infractions sexuelles.

Le rapport explicatif commente la terminologie de l'art. 123c Cst. Contrairement aux développements du rapport explicatif relatif à la Modification du code pénal et du code pénal militaire (cf. p. 14), le terme « enfant » désigne toujours une personne de moins de 18 ans révolus. Il ne s'agit par d'une simple hypothèse, à savoir « qu'il s'agit probablement de protéger avant tout les mineurs ». La Suisse a ratifié la Convention relative aux droits de l'enfant du 20 novembre 1989 qui stipule clairement à l'article 1:

Au sens de la présente Convention, un enfant s'entend de tout être humain âgé de moins de 18 ans, sauf si la majorité est atteinte plus tôt en vertu de la législation qui lui est applicable.

La législation suisse ne prévoit pas d'exception où la majorité pourrait intervenir plus tôt. La Suisse n'a, à juste titre, émis aucune réserve à ce sujet. En raison de leur développement physique et psychique, les enfants ont droit à une protection particulière et à des droits particuliers jusqu'à l'âge de 18 ans révolus. Comme la définition a été sujette à la discussion, Protection de l'enfance Suisse propose de rappeler l'explication du terme « enfant » dans une note de bas de page.

En vous remerciant de bien vouloir examiner nos requêtes avec attention, nous vous présentons, Madame la Conseillère fédérale, nos meilleures salutations.



Otto Wermuth  
Secrétaire général



Flavia Frei  
Responsable du domaine 'Politique'

## Stellungnahme zur Vernehmlassung

- zum Bundesbeschluss zur Schaffung einer Verfassungsgrundlage für Vorschriften zur Prävention von Straftaten gegen Kinder, Jugendliche und andere besonders schutzbedürftige Personengruppen.
- zum Bundesgesetz über das Tätigkeitsverbot und das Kontakt- und Rayonverbot.

## 1 Allgemeine Bemerkungen

---

Als zweitgrösster Kinder- und Jugendverband der Schweiz und als Mitglied der Kinderlobby Schweiz sowie des Dachverbandes der Schweizerischen Jugendverbände (SAJV) unterstützt Jungwacht Blauring Massnahmen zum Schutz von Kinder und Jugendlichen.

Insbesondere begrüssen wir den Schutz vor jeder Form physischer oder psychischer Gewaltanwendung. Entsprechend erachtet Jungwacht Blauring den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Pädokriminalität als überaus relevantes Thema und findet es wichtig, dass dieses Anliegen im Rahmen dieser Vernehmlassung diskutiert werden kann.

Jungwacht Blauring ist Mitglied der Fachstelle mira ([www.mira.ch](http://www.mira.ch)), welche präventiv gegen sexuelle Ausbeutung im Freizeitbereich arbeitet. Die Leitenden von Jungwacht Blauring erfahren in Ausbildungskursen, wie mit Grenzverletzungen umzugehen ist, wie die Fachstelle mira unterstützen kann und wie Grenzverletzungen präventiv verhindert werden können.

Dazu besteht in Jungwacht Blauring die Fachgruppe Grenzen ([www.grenzen.jubla.ch](http://www.grenzen.jubla.ch)), welche den Verband in diesem Bereich unterstützt und Ausbildungsmodule anbietet. Leitende in unserem Verband werden geschult und sensibilisiert. Mit der Selbstverpflichtung der Fachstelle mira verpflichten sich unsere Leitenden zum Schutz vor Ausbeutung der Kinder.

## 2 BV Art 123 Absatz 4 (neu)

---

Wir begrüssen den Bundesbeschluss zur Schaffung dieser neuen Kompetenznorm. Damit wird es möglich, dass der Bund flächendeckend Vorschriften erlassen kann, welche pädokriminelle Straftaten gegen Kinder und Jugendliche verhindern helfen.

### StGB, Art. 67 (Tätigkeitsverbot)

Jungwacht Blauring begrüsst auch die Ausdehnung des bestehenden Berufsverbotes auf ein Tätigkeitsverbot, welches auch das Engagement im Freizeitbereich mit einschliesst. Kinder und Jugendliche stehen in einem Abhängigkeitsverhältnis zu ihren erwachsenen Bezugspersonen – beispielsweise zu ihren Eltern, Lehrerinnen und Lehrern oder Begleitpersonen und Leitenden in einem Verein. Diese Abhängigkeit kann überall

zu heiklen Situationen führen – auch im Jugendverband, im Fussballclub, in der Guggenmusik oder im Schwimmverein.

### **StGB, Art. 371a (neu)**

So sehr sich Jubla Schweiz als Anwalt der Interessen der Kinder und Jugendlichen für eine wirksame Prävention vor Pädokriminalität einsetzt, so sehr stellt sie als grosser Jugendverband (30'000 Mitglieder) die in Art. 371a vorgeschlagenen Vollzugsbestimmungen in Frage. Wir können diese Umsetzung aus folgenden Gründen nicht befürworten:

#### **Fehlende Wirkungsorientierung**

Ein Strafregisterauszug sagt nur aus, ob jemand in ein Gerichtsverfahren involviert war, und ob die betreffende Person als schuldig befunden wurde. Bei pädokriminellen Straftaten aber ist dies grundsätzlich sehr selten der Fall: Nach wie vor werden die meisten Vorfälle nicht angezeigt, zu einer Verurteilung des Täters bzw. der Täterin kommt es darüber hinaus selten. Fachstellen der Opferhilfe rechnen mit nur rund 5 % Verurteilungen von sexuellen Straftäterinnen und -tätern. Gibt es im Strafregisterauszug einer Person keinen entsprechenden Eintrag, heisst das also noch lange nicht, dass er oder sie im Hinblick auf Pädokriminalität tatsächlich einen tadellosen Leumund hat.

Die obligatorische Einforderung und Prüfung des Strafregisterauszuges führt also zu einem nur scheinbaren Schutz und ist somit für die wirkungsvolle Prävention irrelevant. Aus Sicht von Jungwacht Blauring müssen aber die neu zu bestimmenden Massnahmen für die Prävention pädokriminellen Verhaltens tatsächlich geeignet sein. Und der nachhaltige Schutz von Kindern und Jugendlichen im ausserberuflichen Bereich wird nach unserer Meinung nur dann erreicht, wenn die Freizeitorganisationen für die Thematik sensibilisiert sind und die dortigen Akteurinnen und Akteure befähigt werden, in kritischen Situationen richtig und wirksam zu handeln. Die soziale Sicherheit und Kontrolle ist in unserem Verband stark verankert.

#### **Unmöglichkeit der Umsetzung**

Organisationen des Freizeitbereichs sollen neu dazu verpflichtet werden, von Personen, welche Betreuungsaufgaben für Kinder und Jugendliche übernehmen, einen speziellen Strafregisterauszug zu verlangen. Aus Sicht von Jungwacht Blauring ist es uns aus verschiedenen Gründen nicht zumutbar, diese Vorschrift umzusetzen:

- Die Ortsgruppen (Scharen) basieren ausschliesslich auf Freiwilligenarbeit. Aus Sicht von Jungwacht Blauring ist es falsch, diese zeitlich und moralisch ohnehin schon sehr engagierten ehrenamtlichen Mitarbeitenden mit zusätzlichen Aufgaben zu belasten. Organisatorisch ist dies ein Ding der Unmöglichkeit, irgendwie so was noch einbauen.
- Wir möchten nicht Aufgaben im Bereich des Straf- und Massnahmenvollzug übernehmen, sondern präventiv wirken. Im Umfeld der Kinder- und Jugendverbände wäre eine Übertragung von solchen Aufgaben besonders problematisch, da dort vielfach Jugendliche oder junge Erwachsene die Hauptverantwortung tragen. Aus

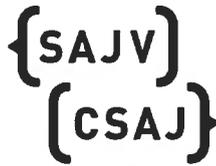
Sicht von Jungwacht Blauring sind sie nicht die geeigneten Akteurinnen und Akteure zur Überprüfung von Strafregisterauszügen im Hinblick auf pädokriminelle Straftaten.

- Die Überprüfung der Auszüge kann nicht einfach an eine übergeordnete Stelle delegiert werden, da diese nicht über genügend Ressourcen verfügen würde, um diese Aufgabe zu erfüllen. In Jungwacht Blauring nehmen pro Jahr 3'000 Jugendliche neu eine Tätigkeit als Leitungsperson auf. Die Überprüfung der Auszüge für all diese Personen würde für die betroffenen Stellen zu einem nicht zu bewältigenden zusätzlichen Aufwand führen. Ein Aufwand, dessen Rechtfertigung zu bezweifeln ist, da einerseits – wie oben dargelegt – die Wirksamkeit der Massnahme in Frage zu stellen ist und da andererseits die Ressourcen der Vereine der ausserschulischen Jugendarbeit für die Aufgaben, die sie zu bewältigen haben, ohnehin schon äusserst knapp sind resp. meistens ehrenamtlich geleistet werden. Die Auswirkungen auf die Volkswirtschaft (Arbeitgeberinnen und -geber) sind gemäss erläuterndem Bericht gross – nicht bedacht wurde dabei offenbar, wie stark dieser Mehraufwand im Freizeitbereich das ohnehin schon stark beanspruchte Milizsystem zusätzlich belasten würde.
- Die Missachtung der Pflicht, vor dem Einsatz einer Person für bestimmte Tätigkeiten einen Strafregisterauszug einzuholen, soll sanktioniert werden. Nach Meinung von Jungwacht Blauring sind hierbei grosse Lücken in der Umsetzung nicht zu vermeiden: Die Ortsgruppen funktionieren sehr autonom – für übergeordnete Stellen ist nicht kontrollierbar, ob neue Leitende ihre Aufgabe angetreten haben, ob dafür der Auszug angefordert, und wenn ja, ob er überprüft wurde. Es stellt sich also die Frage, wer bei den schätzungsweise 500 Ortsgruppen bei Jungwacht Blauring kontrolliert, ob jede neue Leitungsperson einen Auszug beantragt hat und ob dieser auch geprüft wurde. Was passiert mit ehrenamtlich Tätigen, welche nur für einen kurzen Einsatz im Verband tätig sind (Köche/Köchinnen in Lagern, Helfende an Anlässen usw.)? Muss auch für diese konsequenterweise ein Auszug eingefordert werden, bedeutet dies einen riesigen Aufwand.
- In Jugendverbänden leiten und betreuen Jugendliche oder junge Erwachsene die Teilnehmenden. Aufgrund ihres Alters muss man davon ausgehen, dass pädokriminelle Taten in den Jugendverbänden in der Regel von Ersttätern verübt werden. In diesem Fall nützt der Strafregisterauszug nichts. Mit der Massnahme verhindert man nur Rückfälle – Ersttaten können nicht verhindert werden.
- In den Jugendverbänden ist die soziale Kontrolle wirksamer als die nicht durchführbare Kontrolle durch Strafregisterauszüge. Zentral ist, dass sich die Leitenden ihrer Verantwortung bewusst sind.

### **Schlussbemerkung**

Die gesetzliche Verankerung eines scheinbaren Schutzes, wie es mit der obligatorischen Einforderung eines erweiterten Strafregisterauszuges vorgesehen ist, macht wenig Sinn. Aus der Sicht von Jungwacht Blauring ist die Investition in die Sensibilisierungs- und Bildungsarbeit der betreffenden Organisationen im Freizeitbereich am wichtigsten. Wir haben den Handlungsbedarf bereits erkannt und haben uns mit dem Beitritt zum Verein mira selber Auflagen auferlegt. Dazu gehören die Erarbeitung von internen Richtlinien zur Prävention von und Intervention bei sexueller Ausbeutung, die Sensibilisierung unserer Leitungspersonen in unseren Aus- und Weiterbildungen, die Bereitstellung geschulter Anlaufstellen auf Verbands- und Vereinsebene (Kontaktpersonen) sowie der Beizug externer Fachpersonen im Fall eines Verdachts.

Jungwacht Blauring leistet viel in der Prävention und in der Ausbildung ihrer Leitenden. Wir sind überzeugt mit diesen Massnahmen auch in Zukunft die Kinder vor Übergriffen so gut als möglich zu schützen. Der Nutzen der Prävention und der Sensibilisierung ist bedeutender als die Auflage zum Verwaltungsapparat mit beschränkter Wirkung.



Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände  
Conseil Suisse des Activités de Jeunesse  
Federazione Svizzera delle Associazioni Giovanili

Gerbergasse 39  
Postfach  
CH-3000 Bern 13  
T +41 31 326 29 29  
F +41 31 326 29 30

Av. de Beaulieu 9  
CH-1004 Lausanne  
T +41 21 624 25 17  
F +41 21 624 30 41

info@sajv.ch  
www.sajv.ch

info@csaj.ch  
www.csaj.ch

Stellungnahme

**Position der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV), Jungwacht Blauring, Pfadibewegung Schweiz (PBS), SATUS Schweiz und Stiftung Kinderschutz Schweiz zur Volksinitiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen»**

## **Gesetzesvorlage bietet besseren Schutz als Volksinitiative**

**Am 18. Mai 2014 kommt die Volksinitiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen» vors Schweizer Stimmvolk. Verschiedene Kinder- und Jugendorganisationen befinden die vorgeschlagene Verfassungsänderung als unzureichend und irreführend und lehnen diese ab.**

Die Volksinitiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen», eingereicht von der Vereinigung Marche Blanche, verlangt ein obligatorisches, lebenslängliches Tätigkeitsverbot für alle verurteilten Sexualstraftäter/-innen, welche die sexuelle Unversehrtheit eines Kindes oder einer abhängigen Person beeinträchtigt haben. Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV), Jungwacht Blauring, Pfadibewegung Schweiz (PBS), SATUS Schweiz und die Stiftung Kinderschutz Schweiz unterstützen grundsätzlich das Anliegen der Volksinitiative: Personen, die die sexuelle Integrität von Minderjährigen oder abhängigen Personen verletzt haben, sollen nicht mehr mit dieser Personengruppe arbeiten dürfen, solange sie eine Gefahr für die Gemeinschaft darstellen. Grösstmöglicher Schutz für Kinder und Jugendliche vor jeglicher Gewalt ist von zentraler Bedeutung für die Kinder- und Jugendorganisationen — ein Grundsatz, der ausserdem in der UNO-Kinderrechtskonvention verankert ist.

### **Parlament verschärfte Gesetz: rasche Umsetzung gefordert**

Das Parlament verabschiedete, unabhängig von der Volksinitiative und geleitet durch das gleiche Grundanliegen, konkrete, kohärente und anwendungsorientierte Gesetzesverschärfungen in Form eines sogenannten inoffiziellen Gegenvorschlags. Das heute geltende, ungenügende Tätigkeitsverbot wurde vom beruflichen auf den ausserberuflichen und freiwilligen Bereich ausgeweitet und die Möglichkeit eines allgemeinen Kontakt- und Rayonverbots für entsprechende Straftäter/-innen wurde geschaffen. Diese beiden Schutzmassnahmen können in Zukunft nicht nur bei Sexualstraftaten,

sondern bei jeglichen Gewaltstraftaten gegen Kinder, Jugendliche und besonders schutzbedürftige Personen angewendet werden.

Diese vom Gesetzgeber verabschiedeten Verschärfungen könnten rasch umgesetzt werden. Dem wichtigen Anliegen nach umfassenderem Schutz für Kinder, Jugendliche und besonders schutzbedürftige Personen wurde damit auf gesetzlicher Ebene Folge geleistet. Die vorgesehenen Massnahmen gehen über die Initiative hinaus und sind zudem mit dem Völkerrecht konform.

Die Kinder- und Jugendorganisationen begrüssen die verabschiedeten Gesetzesverschärfungen sehr und fordern, dass diese nun möglichst rasch umgesetzt und juristische Praxis werden.

#### Initiative: unzureichend und irreführend

Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV), Jungwacht Blauring, Pfadibewegung Schweiz (PBS), SATUS Schweiz und die Stiftung Kinderschutz Schweiz sehen daher keinen Mehrwert in einer Annahme der Volksinitiative. Diese ist in ihrer Ausführung vielmehr unscharf, unvollständig und widerspricht der Verfassung, da der Verhältnismässigkeit und der Einzelfallgerechtigkeit durch die Unschärfe des Initiativtexts nicht Rechnung getragen wird. Hinzu kommt, dass nur die sexuelle Gewalt an Kindern, Jugendlichen und schutzbedürftigen Personen abgedeckt wird.

Bei der Umsetzung der Initiative auf Gesetzesebene könnten Umsetzungsprobleme entstehen. So erfasst der undifferenzierte Initiativtext auch Fälle von Jugendliebe. Findet zum Beispiel ein beidseitig gewollter, sexueller Kontakt zwischen knapp 16- und 20-jährigen Jugendlichen statt, riskiert die volljährige Person, dass sie lebenslänglich nicht mehr mit Kindern, Jugendlichen und besonders schutzbedürftigen Personen arbeiten darf. Die vom Parlament beschlossenen Gesetzesverschärfungen bilden solche Fälle durch die Wahrung der Einzelfallgerechtigkeit ab. Das Verhalten der 20-jährigen Person ist korrekterweise verboten, dem Verhalten wird aber nicht das Etikett der Pädosexuellen angehängt.

#### Präventionsarbeit und Schutzmassnahmen im Mittelpunkt

Die Initiative erweckt den Anschein, dass sie durch den geforderten Automatismus zu einem vollständigen Schutz vor Sexualstraftäter/-innen führt. Das ist aber nur eine scheinbare Sicherheit: Ersttäter/-innen werden nicht erfasst und es ist tragische Realität, dass nur 5% der Taten in einem Schuldspruch enden.

Damit es gar nicht erst zu Übergriffen kommt, sind präventive Massnahmen, wie Sensibilisierung, Thematisierung, Bildung und Aufklärung von Kindern, Jugendlichen sowie ihren Leitenden und Betreuenden von enormer Wichtigkeit. Elemente, welche die Kinder- und Jugendorganisationen fest in ihrer täglichen Arbeit verankert haben. So haben die Kinder- und Jugendorganisationen Regelungen zum Umgang mit dem Thema ausgearbeitet, Meldestellen eingerichtet und sind der Fachstelle Mira (siehe Box) angeschlossen. Insbesondere im Bereich der sozialen Integration und der Prävention leisten die Kinder- und Jugendorganisationen in ihren ehrenamtlichen Strukturen seit Jahren nachhaltige Arbeit für die Gesellschaft.

Die Initiative und auch die verabschiedeten Gesetzesänderungen, setzen in diesem Sinn eigentlich zu spät an, nämlich dann, wenn bereits Gewalt angewendet wurde. Um einen umfassenderen Schutz vor gewalttätigen Übergriffen gegenüber Kindern und schutzbedürftigen Personen zu gewährleisten, müssen Prävention und Sensibilisierung intensiviert und vom Bund gefördert werden.

**Eine Scheinsicherheit, wie sie die Initiative vorgibt, ist trügerisch und gefährlich: Anwendungsorientierte Gesetze sind hier gefragt. Als zivilgesellschaftliche und verantwortungsbewusste Verbände und Organisationen lehnen wir die Pädophilie-Initiative aufgrund ihrer Verfassungswidrigkeit wegen Verletzung des Verhältnismässigkeitsgebots ab, ohne dabei das Anliegen aus den Augen zu verlieren. Eine wirksame, praktikable Gesetzgebung, die über die Anliegen der Initiative hinausgeht, wurde vom Parlament geschaffen und wird von den Kinder- und Jugendorganisationen vollständig unterstützt. Zudem sollten die Bemühungen im Bereich der**

Prävention und Sensibilisierung weiter intensiviert werden, anstatt einen scheinbaren Schutz herzustellen.

#### Kontakte:

##### SAJV

- Kathrin Balmer, Co-Präsidentin SAJV, kathrin.balmer@sajv.ch, 078 727 69 72
- Annina Grob, Bereichsleiterin Politik SAJV, annina.grob@sajv.ch, 031 326 29 36

##### Jungwacht Blauring

- Anastas Odermatt, Co-Präsident Jungwacht Blauring Schweiz, anastas.odermatt@jubla.ch, 041 419 47 47
- Monika Elmiger, Geschäftsleiterin Jungwacht Blauring Schweiz, monika.elmiger@jubla.ch, 041 419 47 47

##### Pfadibewegung Schweiz (PBS)

- Thomas Gehrig, Präsident Pfadibewegung Schweiz (PBS), thomas.gehrig@pbs.ch, 031 328 05 45
- François Stempfel, Geschäftsleiter Pfadibewegung Schweiz (PBS), francois.stempfel@pbs.ch, 031 328 05 45

##### SATUS Schweiz

- Silvia Wägli, Geschäftsführerin SATUS Schweiz, silvia.waegli@satus.ch, 031 380 18 41

##### Stiftung Kinderschutz Schweiz

- Flavia Frei, Leiterin Fachbereich Kinderschutz, flavia.frei@kinderschutz.ch, 031 398 10 04



Pfadibewegung Schweiz  
Mouvement Scout de Suisse  
Movimento Scout Svizzero  
Moviment Battasendas Svizra



Stiftung Kinderschutz Schweiz  
Fondation Suisse pour la Protection de l'Enfant  
Fondazione Svizzera per la Protezione dell'Infanzia

#### Prävention als zentraler Bestandteil der Kinder- und Jugendarbeit

Jungwacht Blauring und die Pfadibewegung Schweiz (PBS) sind Mitglieder der Fachstelle mira ([www.mira.ch](http://www.mira.ch)), die präventiv gegen sexuelle Ausbeutung im Freizeitbereich arbeitet und die Verbände diesbezüglich unterstützt. Die Leitenden erfahren in Ausbildungskursen, wie mit Grenzverletzungen umzugehen ist und wie Grenzverletzungen präventiv verhindert werden können. Zudem bestehen ExpertInnengremien in den Kinder- und Jugendorganisationen zu dieser Thematik, die Ausbildungsmodulare erarbeiten, womit die Leitenden der Kinder- und Jugendverbände geschult und sensibilisiert werden. Mit der Selbstverpflichtung der Fachstelle mira verpflichten sich die Leitenden zum Schutz vor Ausbeutung der Kinder und Jugendlichen.





Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände  
Conseil Suisse des Activités de Jeunesse  
Federazione Svizzera delle Associazioni Giovanili  
Federaziun Svizra da las Uniuns da Giuventetgna

Gerbergasse 39  
Postfach 292  
CH-3000 Bern 13

T +41 31 326 29 29  
F +41 31 326 29 30

info@sajv.ch  
www.sajv.ch

Av. de Beaulieu 9  
CH-1004 Lausanne

T +41 21 624 25 17

info@csaj.ch  
www.csaj.ch

Bundesamt für Justiz  
Direktionsbereich Strafrecht  
Bundesrain 20  
3003 Bern

Bern, 2. September 2015

## Vernehmlassungsantwort der SAJV zum Umsetzungsvorschlag von Artikel 123c der Bundesverfassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Sommaruga

Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV) möchte Ihnen untenstehend die Vernehmlassungsantwort zu dem vom Bundesrat erarbeiteten Umsetzungsvorschlag des Artikels 123c der Bundesverfassung zustellen, namentlich die Umsetzung der vom Stimmvolk im Mai 2014 angenommenen Initiative „Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen“.

Die SAJV als Dachorganisation von rund 60 Jugendorganisationen und als Sprachrohr der Jugend stellt den Schutz der physischen und psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen ins Zentrum ihrer Arbeit. So leisten Kinder- und Jugendorganisationen seit Jahren einen grossen Beitrag im Bereich der Sensibilisierung, Bildung, Aufklärung und Thematisierung von sexuellen Übergriffen. Diese wichtige Aufgabe übernehmen sie sowohl bei Kindern und Jugendlichen wie auch bei den Leitenden und für die Kinder und Jugendlichen verantwortlichen Personen.

Anpassungen von und Vorschläge zu Gesetzestexten, welche das Thema sexuelle Gewalt beinhalten, haben teils direkte Auswirkungen auf die Tätigkeiten der ausserschulischen Jugendarbeit. Und deshalb haben sich die SAJV und ihre Mitgliedsorganisationen immer wieder und in jüngster Vergangenheit öffentlich dazu geäussert.

So hat die SAJV 2011 an der Vernehmlassung zum „Bundesbeschluss zur Schaffung einer Verfassungsgrundlage für Vorschriften zur Prävention von Straftaten gegen Kinder, Jugendliche und anderer besonders schutzbedürftige Personengruppen“ und zum „Bundesgesetz über das Tätigkeitsverbot und das Kontakt- und Rayonverbot“ teilgenommen. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die SAJV begrüsst, dass das Tätigkeitsverbot auf den Freizeitbereich ausgeweitet und so wirksamer wurde.

Als nicht zielführend wurde der obligatorische Strafregisterauszug bezeichnet. Denn nur wenn eine Verurteilung eines Täters/einer Täterin erfolgt, würde dies im speziellen Registerauszug vermerkt werden. Diese Quote liegt bei 5% aller sexuellen Straftaten und gibt deshalb eine Scheinsicherheit vor.

# {SAJV} {CSAJ}

Zudem wäre die Einführung eines obligatorischen Sonderauszuges mit grossen, praktischen Belastungen für die Jugendorganisationen verbunden: der administrative Aufwand für freiwillig engagierte Jugendliche würde enorm steigen und sie müssten eine grosse Verantwortung wahrnehmen, welche rasch zu Überforderung führen könnte – eine Aufgabe, welche bei den staatlichen Organen anzusiedeln ist.

Die SAJV hatte in ihrer Vernehmlassungsantwort zudem deutlich unterstrichen, dass präventive Massnahmen vermehrt durch die öffentliche Hand unterstützt werden müssen. Denn diese greifen, bevor es zu Übergriffen kommt und bieten folglich einen grösseren Schutz der Integrität von Kindern und Jugendlichen.

Die Kinder- und Jugendorganisationen begrüsst demnach die schlussendlich im Winter 2013 vom Parlament verabschiedeten Gesetzesanpassungen, da auf das Obligatorium verzichtet wurde.

Im Frühjahr 2014, also im Vorfeld der Abstimmung, auf der nun der vorliegende Umsetzungsvorschlag fusst, hatten sich die Kinder- und Jugendorganisationen erneut öffentlich positioniert. Die Pfadibewegung Schweiz, Jungwacht Blauring, SATUS, die Stiftung Kinderschutz Schweiz und die SAJV lehnten die Initiative dezidiert ab.

Aus der Sicht der Kinder- und Jugendorganisationen, eine Haltung welche verschiedene politische Parteien und weitere Fachorganisationen teilten, stand die Initiative im Widerspruch zu der Bundesverfassung, da weder die Verhältnismässigkeit noch die Einzelfallgerechtigkeit, wie beispielsweise bei Fällen von Jugendliebe, berücksichtigt werden. Denn wird jemand wegen einem sexuellen Übergriff verurteilt, würde ein absolutes, lebenslanges Berufs- und Tätigkeitsverbot verhängt werden. Weiter wiesen die SAJV und ihre PartnerInnen darauf hin, dass die Initiative von Marche Blanche nur die sexuelle Gewalt gegenüber Kinder und Jugendlichen und nicht alle weiteren Formen von Gewalt behandelt.

## **Anmerkungen zu den einzelnen Artikeln**

Basierend auf den bereits oben erwähnten Punkten nehmen wir nun zu den einzelnen Artikeln Stellung. Zuerst möchten wir unsere Unterstützung der Variante 1 unterstreichen. Variante 2 ist aus unserer Sicht abzulehnen, da diese keine Härtefallbestimmung enthält.

### Variante 1 Artikel 67 Absatz 4ter (Härtefallbestimmung)

Der Bundesrat ermöglicht mit der Variante 1, dass die Einzelfallgerechtigkeit und die Verhältnismässigkeit gewahrt werden. Diese Möglichkeit ist bei Fällen von Jugendliebe absolut zentral. Denn findet beispielsweise ein gewollter sexueller Kontakt zwischen knapp 16- und 20-jährigen Jugendlichen statt, würde die volljährige Person ohne diese Härtefallbestimmung riskieren, dass sie

# {SAJV} {CSAJ}

lebenslänglich nicht mehr mit Kinder, Jugendlichen und besonders schutzbedürftigen Personen arbeiten darf. Das Verhalten der volljährigen Person ist unbestritten verboten, jedoch wird dem Verhalten mit der Variante 1 nicht das Etikett der Pädosexuellen angehängt. Variante 1 des Artikels 67 Absatz 4ter wird folglich von den Kinder- und Jugendorganisationen begrüsst.

## Artikel 371a, Absatz1 (Sonderauszug)

Dass, wie bereits aus der Vernehmlassung 2011 hervorging, kein Obligatorium für einen Sonderauszug bestehen soll, begrüssen die Kinder- und Jugendorganisationen. Ein solcher Auszug muss weiterhin freiwillig sein und ist aus unserer Sicht absolut keine Garantie dafür, dass Organisationen von sexuellen Übergriffen gefeit sind. Vielmehr muss der Fokus in den Bereichen Prävention und Sensibilisierung gelegt werden.

Ein Sonderprivatauszug kann allenfalls als Mittel zur Abklärung dienen, jedoch ist auch hier zu berücksichtigen, dass dieser nicht vollständig ist weil beispielsweise nicht alle sexuellen Delikte erfasst sind (siehe Merkblatt von CURAVIVA Schweiz zur Verwendung des Privatauszugs und des Sonderprivatauszugs<sup>1</sup>).

## Weiteres

Die Kinder- und Jugendorganisationen unterstützen den Vorschlag, dass das Jugendstrafgesetz ausgenommen ist und somit auf die Einführung eines zwingenden lebenslänglichen Tätigkeitsverbots für minderjährige Jugendliche verzichtet wird. Zu erwähnen ist, dass die Möglichkeit eines fakultativen Tätigkeitsverbots auf Grund von sexuellen Übergriffen bereits im Jugendstrafrecht (Artikel 16a JStG) geschaffen ist.

## **Schlussbemerkungen**

Abschliessend möchten wir unterstreichen, dass die Kinder- und Jugendorganisationen die Variante 1 des Umsetzungsvorschlages zur Initiative „Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen“ vollumfänglich unterstützen. Variante 1 wahrt die Verhältnismässigkeit und erlaubt, unter bestimmten Bedingungen wie beispielsweise im Fall von Jugendliebe, vom lebenslangen Berufs- und Tätigkeitsverbot abzusehen.

Umfänglicher Schutz der physischen und psychischen Integrität von Kindern und Jugendlichen bedeutet aber, dass Massnahmen ergriffen werden, damit es gar nicht erst zu Übergriffen kommt. Hier leisten die Kinder- und Jugendorganisationen ausgezeichnete Arbeit mit den mannigfachen Sensibilisierungs-

---

<sup>1</sup> <http://www.curaviva.ch/Verband/News/PPhrB/?id=00987C5C-F5C6-233B-C9D72995BDFEAE88&method=article.detail>

# {SAJV} {CSAJ}

Bildungs- und Thematisierungsaktivitäten. Dieses Engagement gilt es zu würdigen und wir appellieren an den Bundesrat, mehr finanzielle und strukturelle Mittel im Bereich der Prävention zur Verfügung zu stellen.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse  
SAJV • CSAJ



Andreas Tschöpe  
Geschäftsleiter



Annina Grob  
Bereichsleiterin Politik

Weiterführende Informationen:

- [Stellungnahme Jugendverbände April 2014: Gesetzesvorlage bietet besseren Schutz als Volksinitiative](#)
- [Vernehmlassung SAJV Mai 2011: Stellungnahme SAJV Bundesgesetz zur Prävention von Straftaten gegen Kinder und Jugendliche](#)

Bundesamt für Justiz

Zürich, 3. September 2015

Per E-Mail an:  
corine.kloeti@bj.admin.ch

**Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Umsetzung von Art. 123c BV)**

Sehr geehrte Damen und Herren

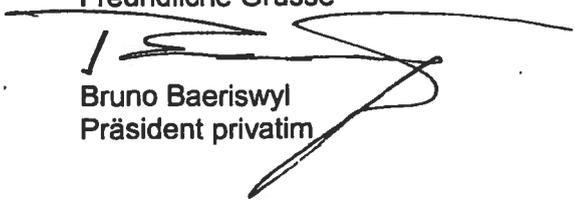
Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Vernehmlassung in obiger Angelegenheit. Gerne nehmen wir im Einzelnen wie folgt Stellung:

Wir teilen die Auffassung, dass der vorgesehene Automatismus bei der Anordnung des Tätigkeitsverbots unweigerlich zu erheblichen Widersprüchen zu den rechtsstaatlichen Verfassungsgrundsätzen und zum Völkerrecht führen wird. Entsprechend würde auch das mit der Prüfung der Anordnung verbundene Datenbearbeiten den Makel der Widerrechtlichkeit bzw. der Überschreitung der rechtsstaatlichen und völkerrechtlichen Grenzen tragen.

Bezüglich der beiden vorgeschlagenen Varianten halten wir fest, dass es in Anbetracht der Schwere des mit einem lebenslangen Tätigkeitsverbots verbundenen Grundrechtseingriffs unverzichtbar ist, dass klare Kriterien aufgestellt werden, wann tatsächlich ein «leichter Fall» (im Sinne der Variante 1) vorliegt oder in welchen Konstellationen von mehreren Straftaten und Massnahmen ein Tätigkeitsverbot verhängt werden soll (Variante 2). Ohne die Festlegung dieser klaren Kriterien bzw. Konstellationen droht denn auch das bei der Prüfung der Anordnung erforderliche Bearbeiten von besonderen Personendaten die Persönlichkeitsrechte der Betroffenen mangels genügend bestimmter Rechtsgrundlagen zu verletzen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Ausführungen.

Freundliche Grüsse



Bruno Baeriswyl  
Präsident privatim



Bundesamt für Justiz  
Direktionsbereich Strafrecht  
Bundesrain 20  
3003 Bern

Bern, 14. Januar 2016

## **Vernehmlassung zur Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes im Rahmen der Umsetzung der Pädophilen-Initiative (Art. 123c BV)**

### **Vernehmlassungsantwort von CURAVIVA Schweiz**

Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne nimmt der nationale Dachverband CURAVIVA Schweiz an der oben erwähnten Vernehmlassung teil und lässt Ihnen vorliegende Stellungnahme in diesem Rahmen zukommen.

Als Branchen- und Institutionenverband mit arbeitgeberpolitischer Ausrichtung vertritt CURAVIVA Schweiz die Interessen seiner Mitgliederinstitutionen aus den Bereichen Menschen im Alter, Erwachsene Menschen mit Behinderung sowie Kinder und Jugendliche mit besonderen Bedürfnissen. Dem nationalen Dachverband CURAVIVA Schweiz sind alle Schweizer Kantone sowie das Fürstentum Lichtenstein angeschlossen. Insgesamt vertritt CURAVIVA Schweiz 2'570 Institutionen, in denen rund 115'000 Bewohnerinnen und Bewohner leben und 130'000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt sind.

Mit dem Ziel, für die sozialen Institutionen und Heime bestmögliche Rahmenbedingungen zu schaffen, engagiert sich CURAVIVA Schweiz auch im Rahmen der Charta zur Prävention von sexueller Ausbeutung, Missbrauch und anderen Grenzverletzungen. Diese fordert eine Null-Toleranz-Politik und setzt vor allem bei den Mitarbeitenden und bei der Stärkung der Personen mit besonderem Unterstützungsbedarf an.

- 1. Übersicht der in der vorliegenden Vernehmlassungsantwort vertretenen Standpunkte**
  - CURAVIVA Schweiz spricht sich grundsätzlich für eine restriktive Regelung aus, bei denen Personen verurteilt werden, weil sie die sexuelle Unversehrtheit eines Kindes oder einer abhängigen Person beeinträchtigt haben. Für solch schwere Verbrechen soll zwingend ein lebenslanges Tätigkeitsverbot erlassen werden.

- Gleichzeitig begrüsst CURAVIVA Schweiz, dass eine völkerrechtlich grundrechtskonforme Umsetzung vorgenommen werden soll. In diesem Zusammenhang begrüsst CURAVIVA Schweiz insbesondere, dass – gemäss erster Variante des Revisionsvorprojekts – das Tätigkeitsverbot auf Gesuch des Verurteilten hin überprüft und inhaltlich oder zeitlich eingeschränkt oder aufgehoben werden kann –sofern eine solche Überprüfung die strikten Voraussetzungen erfüllt.
- CURAVIVA Schweiz begrüsst zwar grundsätzlich die vorgeschlagene Wiedererwägungsregelung, hält sie jedoch für zu kompliziert, unübersichtlich und daher heikel und schwierig umzusetzen. In diesem Zusammenhang übt CURAVIVA Schweiz Kritik an der mangelhaften Definition des Begriffs «pädophile Straftäter im Sinne der Psychiatrie». Die aktuelle Definition birgt bei der Anwendung die grosse Gefahr der Entgleisung.
- CURAVIVA Schweiz begrüsst die weiteren Revisionsvorschläge des Bundesrats.

## 2. Ausgangslage

Am 18. Mai 2014 nahm der Schweizer Souverän die Volksinitiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen» (kurz: «Pädophilen-Initiative») an.

Die Volksinitiative verlangt, dass die Bundesverfassung mit einem neuen Artikel 123c ergänzt wird. Gemäss diesem Artikel verlieren Personen, die verurteilt werden, weil sie die sexuelle Unversehrtheit eines Kindes oder einer abhängigen Person beeinträchtigt haben, endgültig das Recht eine berufliche oder ehrenamtliche Tätigkeit mit Minderjährigen oder Abhängigen auszuüben.

Am 25. April 2014 nahm CURAVIVA Schweiz [Stellung zur Volksinitiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen»](#) und lehnte diese mit der Begründung ab, dass deren Zielsetzung durch das vom Bundesrat und Parlament verabschiedeten Massnahmenpaket aus seiner Sicht besser erfüllt werden<sup>1</sup>: Das anvisierte Ziel der Initiative wurde grundsätzlich befürwortet, doch wies sie viele problematische Punkte, offene Fragen und Schwachstellen auf.

Am 13. Mai 2015 eröffnete der Bundesrat eine amtliche Vernehmlassung zu einem entsprechenden [Gesetzesvorprojekt](#) zur Umsetzung der Pädophilen-Initiative.

## 3. Grundsätzliche Betrachtungen zu Vorbeugung und Bestrafung von pädokriminellen Straftaten

Kinder, Jugendliche und weitere schutzbedürftige Personen vor sexueller Ausbeutung, Missbrauch und anderen Grenzverletzungen zu schützen, ist komplex und anspruchsvoll. Dennoch muss dieser Schutz für die Gesellschaft höchste Priorität haben.

Die vorgeschlagenen Strafnormen decken den Anwendungsbereich des Tätigkeitsverbots auch auf private Tätigkeiten ab, was CURAVIVA Schweiz begrüsst. In diesem Rahmen darf aber nicht ausser Acht gelassen werden, dass ein Berufsverbot weder Ersttäter noch bisher von der Justiz unbehelligte Pädophile aufhalten kann. Leider verhindert ein Berufsverbot auch keine Übergriffe im engsten privaten Umfeld – wo sie am häufigsten stattfinden. Diese Lücke können

---

<sup>1</sup> Die am 13. Dezember 2013 vom Parlament verabschiedeten Massnahmen mit parlamentarischen Geschäftsnummer [12.076](#) stellen keinen wirklichen Gegenvorschlag im technischen Sinne dar, sondern Gesetzesänderungen, die am 1. Januar 2015 in Kraft getreten sind. Mit Rücksicht auf die Annahme der Volksinitiative müssen diese Gesetzesänderungen jetzt entsprechend angepasst und ergänzt werden.

die vorgeschlagenen Strafnormen *nicht* schliessen und tragen entsprechend nur bedingt dazu bei Missbräuche zu verhindern.

Aus Sicht von CURAVIVA Schweiz ist der Prävention sexualisierter Gewalt und anderen Grenzverletzungen höchste Priorität beizumessen. Konkrete Präventionsmassnahmen können einen wertvollen Beitrag leisten, um Übergriffe und Grenzverletzungen zu verhindern. Deshalb engagiert sich CURAVIVA Schweiz als aktives Mitglied in der verbandsübergreifenden Arbeitsgruppe Prävention, welche die Charta Prävention herausgegeben hat und auf ihrer online-Plattform [www.charta-praevention.ch](http://www.charta-praevention.ch) weitere nützliche Informationen zur Prävention publiziert. Zudem bietet CURAVIVA Schweiz diverse Weiterbildungen zum Thema an. Darüber hinaus nimmt der nationale Dachverband dieses Thema sowohl regelmässig im Rahmen ihrer Fachzeitschrift «Curaviva» sowie der Bildungszeitschrift «Gazette» auf, bietet Interessierten auf seiner Website eine «Austauschplattform» an und versorgt die Mitglieder regelmässig mit aktuellen Informationen.

#### **4. Stellungnahme zur vom Bundesrat vorgeschlagenen Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes**

##### **4.1. Grundsätzliche Begrüssung eines lebenslänglichen Verbots**

CURAVIVA Schweiz nimmt die neusten Vorschläge des Bundesrats zur Bestrafung von Übergriffen und Grenzverletzungen an Kindern, Jugendlichen und weiteren schutzbedürftigen Personen grundsätzlich wohlwollend zur Kenntnis.

Im Grundsatz spricht sich CURAVIVA Schweiz dafür aus, dass gemäss allen Varianten des Revisionsvorentwurfs für Täter ein lebenslängliches Verbot von beruflichen sowie von ausserberuflichen Tätigkeiten in Vereinen oder anderen Organisationen erlassen wird (vgl. Artikel 67 Absätze 2<sup>bis</sup>, 3, 4, 4<sup>bis</sup> des Strafgesetzbuchs sowie von Artikel 50 Absätze 2<sup>bis</sup>, 3, 4, 4<sup>bis</sup> des Militärstrafgesetzes): Dies steht aus Sicht von CURAVIVA Schweiz im Einklang mit dem Wortlaut von Artikel 123c der Bundesverfassung, der in dieser Hinsicht keinen Ermessensspielraum bietet und grundsätzlich jede Sexualstraftat als Anlasstat für die Anordnung des lebenslänglichen Tätigkeitsverbots betrachtet, deren Opfer zum Kreis der geschützten Personen gehört.

##### **4.2. Begrüssung des weiten Kreises der betroffenen besonders schutzbedürftigen Personen**

CURAVIVA Schweiz begrüsst den vom Bundesrat vorgeschlagenen weiten Kreis der als besonders schutzbedürftigen Personen, nämlich alle Personen, die aufgrund ihres Alters, einer Krankheit oder einer langfristigen körperlichen oder psychischen Beeinträchtigung bei alltäglichen Verrichtungen oder ihrer Lebensführung auf fremde Hilfe angewiesen sind (Artikel 67a Absatz 6 des Strafgesetzbuchs sowie Artikel 50a Absatz 6 des Militärstrafgesetzes).

##### **4.3. Begrüssung des weiten Kreises der betroffenen strafbaren Handlungen und des dadurch gesetzten Akzents auf Prävention**

CURAVIVA Schweiz begrüsst den vom Bundesrat vorgeschlagenen weiten Kreis der betroffenen Straftaten, die zu einem Verbot führen, wenn die an einer minderjährigen oder andernfalls besonders schutzbedürftige Personen begangen werden (vgl. Artikel 67 Absätze 3, 4, 4<sup>bis</sup> des Strafgesetzbuchs sowie Artikel 50 Absätze 3, 4, 4<sup>bis</sup> des Militärstrafgesetzes).

CURAVIVA Schweiz begrüsst insbesondere, dass nicht nur Verbrechen und Vergehen als Anlasstaten gelten sollen, sondern auch Übertretungen gegen die sexuelle Integrität (z.B. sexuelle

Belästigung). Der nationale Dachverband erhofft sich aus dieser weitreichenden Anwendung des Verbots eine verstärkte präventive Wirkung.

#### **4.4. Begrüssung des weiten Begriffs der verbotenen Tätigkeiten**

CURAVIVA Schweiz begrüsst den vom Bundesrat vorgeschlagenen weiten Begriff der Tätigkeiten, die infolge der Verhängung eines Verbots nicht mehr ausgeübt werden dürfen (vgl. Artikel 67a Absätze 4 und 5 sowie Artikel 50a Absätze 4 und 5 des Militärstrafgesetzes).

#### **4.5. Begrüssung der vorgeschlagenen Härtefallbestimmung in ihrer ersten Variante**

CURAVIVA Schweiz legt Wert darauf, dass jeglicher Konflikt zwischen dem neuen Artikel 123c der Bundesverfassung und weiteren Verfassungs- und Völkerrechtsnormen reduziert bzw. vermieden wird. Deswegen befürwortet der nationale Dachverband die Herstellung praktischer Konkordanz im Rahmen der Umsetzung von Artikel 123c Bundesverfassung. Um Widersprüche innerhalb der Verfassung zu vermeiden, müssen im Rahmen der Umsetzung der neuen Verfassungsbestimmung spezifische Auslegungsregeln berücksichtigt werden. Um dies zu erreichen spricht sich CURAVIVA Schweiz dafür aus, dass das Gericht in leichten Fällen – wenn ein solches Verbot offensichtlich weder notwendig noch zumutbar ist – von der Anordnung eines Tätigkeitsverbotes absehen kann (vgl. erste Variante des vorgeschlagenen Artikel 67 Absatz 4<sup>ter</sup> des Strafgesetzbuchs sowie Artikel 50 Absatz 4<sup>ter</sup> des Militärstrafgesetzes). Entsprechend lehnt CURAVIVA Schweiz ein lebenslanges Berufs- und Tätigkeitsverbot für verurteilte Pädophile *ohne* richterliche Prüfung des Einzelfalls und *unbesehen* der Schwere des Sexualdelikts ab. Durch ein zwingendes und zeitlich unbefristetes Verbot gemäss zweiter Variante von Artikel 67 Absatz 4<sup>ter</sup>, 5, 6 und 7 des Strafgesetzbuchs sowie Artikel 50 Absatz 4<sup>ter</sup>, 5, 6 und 7 des Militärstrafgesetzes würden gleichrangige rechtsstaatliche Garantien – in erster Linie das Verhältnismässigkeitsprinzip – im Artikel 123c der Bundesverfassung zurückgedrängt und dem Gericht keinen Ermessensspielraum eingeräumt.

#### **4.6. Begrüssung mit Vorbehalt der vorgeschlagenen beschränkten Wiedererwägungsmöglichkeiten**

CURAVIVA Schweiz begrüsst grundsätzlich, dass gemäss allen vorgeschlagenen Varianten das Tätigkeitsverbot unter bestimmten Voraussetzungen auf Gesuch des Verurteilten hin überprüft und inhaltlich oder zeitlich eingeschränkt oder aufgehoben werden kann (vgl. Artikel 67c Absatz 5 Buchstaben c–e, Absätze 6 und 6<sup>bis</sup> des Strafgesetzbuchs sowie Artikel 50c Absatz 5 Buchstaben c–d, Buchstabe e, Absätze 6 und 6<sup>bis</sup> des Militärstrafgesetzes). Zu diesen Voraussetzungen zählen laut Revisionsvorentwurf insbesondere, dass vom Täter keine Gefahr mehr ausgeht und er keine Tätigkeiten mehr ausüben darf, welche Anlass für weitere Sexualstraftaten bieten. Diese Voraussetzungen müssen im Einzelfall zwingend erfüllt sein. Allerdings wirkt die Regelung zu den Wiedererwägungsgründen unübersichtlich. Ob eine so komplizierte Kasuistik zur erforderlichen Einhaltung der relevanten rechtstaatlichen und verfahrensmässigen Grundsätze sinnvoll bzw. nötig ist, darf bezweifelt werden.

#### **4.7. Kritik an der mangelhaften Definition von «pädophilen Straftätern im Sinne der Psychiatrie»**

Bei «pädophilen Straftätern im Sinne der Psychiatrie» soll laut Revisionsvorentwurf eine Überprüfung ausgeschlossen und das Tätigkeitsverbot in jedem Fall lebenslanglich dauern (vgl. Artikel 67c Absatz 6<sup>bis</sup> des Strafgesetzbuchs und Artikel 59c Absatz 6<sup>bis</sup> des Militärstrafgesetzes; s. auch dazu erläuternden Bericht, S. 3, 17, 26, 30 und 39). Allerdings wird weder im Revisionsvorentwurf noch im erläuternden Bericht näher umschrieben, was Straftäter im Sinne der Psychiatrie genau sein sollen. CURAVIVA Schweiz bemängelt diese fehlende Spezifizierung,

denn sie birgt eine schwammige Anwendung und dadurch für die konkrete Praxis eine grosse Entgleisungsgefahr.

#### **4.8. Begrüssung der Anwendung vom Privatauszug, vom Sonderprivatauszug sowie der Überwachung und Betreuung durch die Bewährungshilfe**

Für CURAVIVA Schweiz als Arbeitgeberverband hat das Thema Mitarbeitende hohe Priorität. Entsprechend empfiehlt er seinen Mitgliedern, bei der Personalgewinnung und -auswahl gründlich und achtsam vorzugehen. Die Einreichung eines Strafregisterauszugs gilt als Anstellungsvoraussetzung für Mitarbeitende, die in direktem Kontakt mit Personen mit besonderem Unterstützungsbedarf stehen. Der Privatauszug bildet somit ein wichtiges präventives Element. Auch der seit dem 1. Januar 2015 bestehende Sonderprivatauszug – welcher Urteile aufführt, die ein Berufsverbot, ein Tätigkeitsverbot oder ein Kontakt- und Rayonverbot enthalten – wird von CURAVIVA Schweiz begrüsst. Weil der Arbeitnehmer jedoch die Bestätigung des Arbeitgebers (Amtliches Formular) benötigt, wird der administrative Prozess umständlich und bürokratisch. Ausserdem gibt CURAVIVA Schweiz zu bedenken, dass im Sonderprivatauszug ausschliesslich Urteile aufgeführt sind, die ein Tätigkeitsverbot oder ein Kontakt- und Rayonverbot enthalten. Damit sind nicht automatisch alle relevanten Informationsbedürfnisse für soziale Institutionen und Heime abgedeckt. Nicht verzeichnet sind beispielsweise sexuelle Delikte, sofern sie nicht an Kindern oder besonders schutzbedürftigen Personen begangen wurden.

Weiter begrüsst CURAVIVA Schweiz die Überwachung und Betreuung durch die Bewährungshilfe.

Wir danken Ihnen für die ernsthafte Prüfung und Berücksichtigung der oben aufgeführten Anliegen von CURAVIVA Schweiz. Wir stehen für jeglichen sinnvollen Beitrag zur Ausarbeitung der entsprechenden Botschaft des Bundesrates gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

Präsident von CURAVIVA Schweiz

Dr. Ignazio Cassis    Dr. Hansueli Mösle  
Direktor von CURAVIVA Schweiz

---

Bei Rückfragen zur vorliegenden Vernehmlassungsantwort wenden Sie sich bitte an:

Yann Golay Trechsel  
Verantwortlicher Public Affairs  
E-Mail: [y.golay@curaviva.ch](mailto:y.golay@curaviva.ch)  
Tel: 031 385 33 36



Office fédéral de la justice  
Département du droit pénal  
Bundesrain 20  
3003 Berne

Berne, le 1<sup>er</sup> septembre 2015

## **Procédure de consultation sur la modification du code pénal et du code pénal militaire dans le cadre de la mise en œuvre de l'initiative sur les pédophiles (art. 123c Cst. féd.)**

### **Prise de position de CURAVIVA Suisse**

Mesdames, Messieurs,

L'association faîtière nationale CURAVIVA Suisse participe volontiers à la consultation susmentionnée. Dans ce cadre, elle vous communique ici sa position y relative.

CURAVIVA Suisse est une association de branche et d'institutions orientée vers la politique des employeurs, qui défend les intérêts de ses institutions membres des domaines Personnes âgées, Adultes avec handicap et Enfants et adolescents ayant des besoins spécifiques.

L'ensemble des cantons suisses et la Principauté du Liechtenstein sont affiliés à l'association faîtière nationale CURAVIVA Suisse. CURAVIVA Suisse représente à elle seule 2'570 institutions où vivent quelque 115'000 résidentes et résidents et qui emploient 130'000 personnes.

Afin de créer les meilleures conditions cadre possibles en faveur des institutions sociales et des homes, CURAVIVA Suisse s'engage aussi dans le cadre de la Charte pour la prévention des abus sexuels, de la maltraitance et d'autres formes de violation de l'intégrité. Visant à une politique de tolérance zéro, celle-ci inscrit principalement sa démarche au niveau des collaborateurs et du soutien des personnes présentant des besoins particuliers d'assistance.

#### **1. Aperçu des positions défendues dans la présente prise de position**

- Fondamentalement, CURAVIVA Suisse se prononce en faveur d'un règlement restrictif prévoyant la condamnation de personnes ayant porté atteinte à l'intégrité sexuelle d'un enfant ou d'une personne dépendante. L'interdiction d'exercer à vie doit impérativement être prononcée pour des infractions d'une telle gravité.

- En même temps, CURAVIVA Suisse appelle de ses vœux une mise en œuvre conforme aux droits fondamentaux. Dans ce contexte, CURAVIVA Suisse salue particulièrement le fait que – selon la première option de l'avant-projet de révision – l'interdiction d'exercer puisse être réexaminée et aménagée autant sur le fond qu'en termes de durée ou levée à la demande du condamné – dans la mesure où un tel réexamen satisfait à de strictes conditions.
- Si CURAVIVA Suisse approuve sur le fond le règlement de réexamen proposé, elle le tient néanmoins pour trop compliqué, peu compréhensible et par conséquent difficile à mettre en œuvre. À cet égard, CURAVIVA Suisse émet des critiques relatives au manque de précision dans la définition du concept «d'auteurs d'actes pédophiles au sens psychiatrique du terme». Dans la pratique, un grand risque de dérive résulterait de la définition actuelle.
- CURAVIVA Suisse approuve les autres propositions de révision du Conseil fédéral.

## 2. Etat des lieux

Le 18 mai 2014, le peuple suisse a accepté l'initiative populaire «Pour que les pédophiles ne travaillent plus avec des enfants» (sous forme abrégée: «Initiative sur les pédophiles»).

L'initiative populaire exige qu'un nouvel article 123c soit ajouté à la Constitution. Selon cet article, quiconque est condamné pour avoir porté atteinte à l'intégrité sexuelle d'un enfant ou d'une personne dépendante est définitivement privé du droit d'exercer une activité professionnelle ou bénévole en contact avec des mineurs ou des personnes dépendantes.

Le 25 avril 2014, CURAVIVA Suisse a [pris position sur l'initiative populaire «Pour que les pédophiles ne travaillent plus avec des enfants»](#), la rejetant au motif que, de son point de vue, ses objectifs seraient mieux atteints par l'ensemble des mesures adoptées par le Conseil fédéral et le Parlement<sup>1</sup>: l'objectif visé par l'initiative était certes approuvé sur le fond, mais celle-ci présentait de nombreux points problématiques, des questions non résolues et des faiblesses.

Le 13 mai 2015, le Conseil fédéral a ouvert une procédure de consultation officielle relative à un [avant-projet de loi](#) correspondant pour la mise en œuvre de l'initiative sur les pédophiles.

## 3. Considérations de fond sur la prévention et la répression d'infractions pédocriminelles

Protéger les enfants, les adolescents et d'autres personnes vulnérables contre les abus sexuels, la maltraitance et d'autres formes de violation de l'intégrité constitue une tâche complexe et ambitieuse. Néanmoins, la société doit ranger cette protection au plus haut niveau de priorité.

Les normes pénales proposées étendent le domaine d'application de l'interdiction d'exercer également aux activités privées, un point approuvé par CURAVIVA Suisse. Dans ce contexte, il ne faut toutefois pas perdre de vue qu'une interdiction d'exercer ne peut arrêter ni les primo-délinquants ni les pédophiles jusqu'à présent non inquiétés par la justice. En outre, une interdiction d'exercer n'empêche malheureusement pas non plus les abus dans l'environnement privé le plus restreint – où ils se produisent dans leur grande majorité. Les normes pénales propo-

---

<sup>1</sup> Les mesures adoptées le 13 décembre 2013 par le Parlement sous le numéro d'objet parlementaire [12.076](#) ne représentent pas un véritable contre-projet au sens technique du terme, mais des modifications de la législation qui sont entrées en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 2015. Compte tenu de l'acceptation de l'initiative populaire, la législation doit maintenant être adaptée et complétée.

sées *ne peuvent pas* combler cette lacune et, par conséquent, elles ne contribuent à empêcher les abus que de manière limitée.

Selon CURAVIVA Suisse, il faut accorder la plus haute priorité à la prévention de la violence sexuelle et des autres violations de l'intégrité. Des mesures de prévention concrètes peuvent apporter une contribution précieuse pour empêcher les abus et les violations de l'intégrité. C'est la raison pour laquelle CURAVIVA Suisse s'engage en tant que membre actif dans le groupe de travail inter-associatif Prévention qui a édité la Charte pour la prévention et qui publie d'autres informations utiles à ce sujet sur sa plate-forme en ligne [www.charta-praevention.ch](http://www.charta-praevention.ch). De plus, CURAVIVA Suisse offre différentes formations continues traitant de ce sujet. En outre, l'association faîtière nationale intègre régulièrement ce sujet dans le cadre de sa revue spécialisée «Curaviva» ainsi que de son magazine «Gazette» consacré à la formation, elle offre aux personnes intéressées une plate-forme d'échanges sur son site et propose régulièrement des informations actuelles à ses membres.

#### **4. Prose de position sur les modifications du code pénal et du code pénal militaire proposées par le Conseil fédéral**

##### **4.1. Approbation de fond de l'interdiction à vie**

Sur le fond, CURAVIVA Suisse prend note avec satisfaction des dernières propositions du Conseil fédéral relatives à la répression d'abus et de violations de l'intégrité commis sur des enfants, des adolescents et d'autres personnes vulnérables.

Sur le fond, CURAVIVA Suisse se prononce pour que soit promulguée, conformément à toutes les options de l'avant-projet de révision, une interdiction à vie d'exercer des activités professionnelles et extraprofessionnelles au sein d'associations ou d'autres organisations (cf. article 67, alinéas 2<sup>bis</sup>, 3, 4, 4<sup>bis</sup> du code pénal ainsi que l'article 50, alinéas 2<sup>bis</sup>, 3, 4, 4<sup>bis</sup> du code pénal militaire): du point de vue de CURAVIVA Suisse, cela correspond au libellé de l'article 123c de la Constitution fédérale qui, à ce sujet, n'offre aucune marge de manœuvre et considère que chaque infraction sexuelle dont la victime fait partie du cercle des personnes protégées est un acte punissable justifiant le prononcé de l'interdiction d'exercer à vie.

##### **4.2. Approbation du large cercle des personnes particulièrement vulnérables concernées**

CURAVIVA Suisse salue la proposition du Conseil fédéral relative au large cercle de personnes particulièrement vulnérables, c'est à dire toutes les

per-sonnes qui ne peuvent pas accomplir les actes ordinaires de la vie ou déterminer entièrement leur existence sans l'assistance d'autrui en raison de leur âge, d'une maladie ou d'une infirmité physique ou psychique (article 67a, alinéa 6 du code pénal ainsi qu'article 50a, alinéa 6 du code pénal militaire).

##### **4.3. Approbation de la large palette d'infractions pénales concernées et de l'accent mis ainsi sur la prévention**

CURAVIVA Suisse salue la proposition du Conseil fédéral relative à la large palette d'infractions concernées qui entraînent une interdiction si elles sont commises sur des personnes mineures ou particulièrement vulnérables (cf. article 67, alinéas 3,4, 4<sup>bis</sup> du code pénal ainsi qu'article 50, alinéas 3, 4, 4<sup>bis</sup> du code pénal militaire).

CURAVIVA Suisse salue en particulier le fait que sont considérés comme actes punissables non seulement les crimes et les délits, mais aussi les contraventions commises contre l'intégrité sexuelle (par ex. le harcèlement sexuel). L'association faîtière nationale espère que cette large application de l'interdiction en renforcera l'effet préventif.

#### **4.4. Approbation du concept étendu «d'activités interdites»**

CURAVIVA Suisse approuve la proposition du Conseil fédéral relative au concept étendu d'activités dont l'exercice n'est plus autorisé suite au prononcé d'une interdiction (cf. article 67a, alinéas 4 et 5 du code pénal ainsi que l'article 50a, alinéas 4 et 5 du code pénal militaire).

#### **4.5. Approbation de la première option proposée pour la clause de cas de rigueur**

CURAVIVA Suisse attache beaucoup d'importance au fait que tout conflit entre le nouvel article 123c de la Constitution fédérale et d'autres normes constitutionnelles et légales de droit public soit réduit ou évité. L'association faîtière nationale approuve donc l'établissement d'une concordance pratique dans le cadre de la mise en œuvre de l'article 123c de la Constitution fédérale. Afin d'éviter toute contradiction au sein de la Constitution fédérale, il convient de tenir compte de règles d'interprétation spécifiques dans le cadre de la mise en œuvre de la nouvelle disposition constitutionnelle. Dans ce but, CURAVIVA Suisse se prononce pour que, dans des cas de peu de gravité, le tribunal puisse renoncer à prononcer une interdiction d'exercer – si, de toute évidence, une telle interdiction n'est ni nécessaire ni raisonnable – (cf. première option d'article 67, alinéa 4<sup>ter</sup> du code pénal ainsi que d'article 50, alinéa 4<sup>ter</sup> du code pénal militaire). Par conséquent, CURAVIVA Suisse refuse une interdiction à vie d'exercer une activité professionnelle et extraprofessionnelle pour les pédophiles condamnés *sans* examen judiciaire du cas d'espèce et *indépendamment* de la gravité de l'infraction sexuelle. Une interdiction impérative et illimitée dans le temps selon la seconde option d'article 67, alinéas 4<sup>ter</sup>, 5, 6 et 7 du code pénal ainsi que d'article 50, alinéas 4<sup>ter</sup>, 5, 6 et 7 du code pénal militaire réduirait à leur plus simple expression certaines garanties juridiques de même portée – en premier lieu le principe de la proportionnalité – face à l'article 123c de la Constitution fédérale, et aucune marge de manœuvre ne serait plus accordée au tribunal.

#### **4.6. Approbation sous réserve des possibilités de réexamen limitées proposées**

Sur le fond, CURAVIVA Suisse salue le fait que, selon toutes les options proposées, l'interdiction d'exercer puisse être réexaminée à certaines conditions et aménagée autant sur le fond qu'en termes de durée, voire levée à la demande du condamné (cf. article 67c, alinéa 5, lettres c à e, alinéas 6 et 6<sup>bis</sup> du code pénal ainsi qu'article 50c, alinéa 5, lettres c à d, lettre e, alinéas 6 et 6<sup>bis</sup> du code pénal militaire). Aux termes de l'avant-projet de révision, font notamment partie de ces conditions le fait que l'auteur de tels actes ne représente plus aucun danger et qu'il n'ait plus le droit d'exercer des activités qui offrent des occasions de commettre d'autres infractions sexuelles. Ces conditions doivent impérativement être remplies dans chaque cas. Toutefois, les règles régissant les cas de réexamen manquent de clarté. Il est permis de douter qu'une casuistique aussi complexe soit nécessaire ou même judicieuse pour assurer le respect des principes de droit et de procédure pertinents.

#### **4.7. Critique relative au manque de précision dans la définition du concept «d'auteurs d'actes pédophiles au sens psychiatrique du terme»**

Selon l'avant-projet de révision, un réexamen doit être exclu et l'interdiction d'exercer doit dans tous les cas être valable à vie pour les pédophiles « au sens psychiatrique du terme ». (cf. article 67c, alinéa 6<sup>bis</sup> du code pénal et article 59c, alinéa 6<sup>bis</sup> du code pénal militaire; à ce sujet,

voir également le rapport explicatif, pages 3, 17, 26, 29 et 37). Toutefois, on ne trouve de description précise du concept « d'auteur d'actes punissables au sens psychiatrique ni dans l'avant-projet de révision ni dans le rapport explicatif. CURAVIVA Suisse dénonce ce défaut de spécification car il fait redouter une application floue et un trop grand risque de dérives dans la pratique concrète.

#### **4.8. Approbation de l'application de l'extrait ordinaire destiné à des particuliers, de l'extrait spécial destiné à des particuliers ainsi que de la surveillance et du suivi par l'assistance de probation**

En tant qu'association d'employeurs, CURAVIVA Suisse accorde un niveau de priorité élevé à la thématique des ressources humaines et recommande par conséquent à ses membres de faire preuve d'une minutie et d'une vigilance particulières lors du recrutement et de la sélection du personnel. La présentation d'un extrait du casier judiciaire est considérée comme une condition expresse à l'embauche des collaborateurs qui sont en contact direct avec des personnes présentant des besoins d'assistance particuliers. L'extrait ordinaire destiné à des particuliers constitue donc un élément préventif important. L'extrait spécial destiné à des particuliers, qui existe depuis le 1<sup>er</sup> janvier 2015 – et qui énonce des jugements contenant une interdiction d'exercer une activité professionnelle ou extraprofessionnelle ou une interdiction de contact ou bien une interdiction géographique – est également salué par CURAVIVA Suisse. Néanmoins, le processus administratif devient malcommode et bureaucratique étant donné que l'employé a besoin de la confirmation de l'employeur (formulaire officiel). De plus, CURAVIVA Suisse fait remarquer que seuls les jugements qui contiennent une interdiction d'exercer, une interdiction de contact ou une interdiction géographique sont énoncés dans l'extrait spécial destiné à des particuliers. Il en découle que tous les besoins pertinents d'information pour les institutions sociales et les homes ne sont pas automatiquement couverts. Par exemple, les délits sexuels ne sont pas consignés dans la mesure où ils n'auraient pas été commis sur des enfants ou des personnes particulièrement vulnérables.

Pour le reste, CURAVIVA Suisse approuve la surveillance et le suivi par l'assistance de probation.

Nous vous remercions de bien vouloir examiner scrupuleusement les requêtes de CURAVIVA Suisse indiquées ci-dessus et de les prendre en considération. Nous nous tenons volontiers à votre disposition pour toute contribution utile à l'élaboration du message correspondant du Conseil fédéral.

Avec nos cordiales salutations.

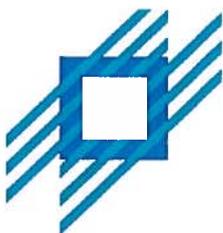
Dr Ignazio Cassis  
Président de CURAVIVA Suisse

Dr Hansueli Mösle  
Directeur de CURAVIVA Suisse

---

Prière de bien vouloir adresser toute question relative à la présente prise de position à :

Yann Golay Trechsel  
Responsable Public Affairs  
Courriel: [y.golay@curaviva.ch](mailto:y.golay@curaviva.ch)  
Tél.: 031 385 33 36



**SKJP**  
**ASPEA**  
**ASPEE**

Schweizerische Vereinigung für Kinder- und Jugendpsychologie  
Association Suisse de Psychologie de l'Enfance et de l'Adolescence  
Associazione Svizzera di Psicologia dell'Età Evolutiva

Bundesamt für Justiz  
Direktionsbereich Strafrecht,  
Bundesrain 20  
3003 Bern

Vernehmlassung  
Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Umsetzung von Art. 123c  
BV)

Sehr geehrte Damen und Herren

Danke, dass sie uns für die Vernehmlassung berücksichtigt haben. Wir haben die Frist zur  
Einreichung verpasst. Trotzdem würden wir gerne noch kurz wie folgt Stellung nehmen:

- Danke für die sorgfältige Arbeit. Das Thema ist vor allem für den Jugendbereich ein  
sehr sensibles und braucht den grösstmöglichen Individualisierungsspielraum um  
zwischen entwicklungsbedingtem Explorationsverhalten und gezielter Ausbeutung  
unterscheiden zu können.
- Variante 1: wir finden diese Variante sinnvoll.
- Die Erläuterungen Absatz 4ter (Variante 1) entsprechen unserem Erfahrungsbereich.

Nochmals besten Dank für die Berücksichtigung der SKJP in der Vernehmlassung.

Philipp Ramming

Präsident SKJP / ASPEA / ASPEE / SACAP

SKJP Schweizerische Vereinigung für Kinder- und Jugendpsychologie  
ASPEA Association Suisse de Psychologie de l'Enfance et de l'Adolescence  
ASPEE Associazione Svizzera di Psicologia dell'Età Evolutiva  
SACAP Swiss Association for Child and Adolescent Psychology

Falkenriedweg 65  
CH-3032 Hinterkappelen  
philipp.ramming@bluewin.ch  
H: + 41 79 535 76 66

